



Plenarprotokoll

12. Sitzung

Kiel, Freitag, 29. September 2000

Modellversuch zum Wegweiserecht bei häuslicher Gewalt

825

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/376

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD,
CDU, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/422

Silke Hinrichsen [SSW] 825
Anna Schlosser-Keichel [SPD] 827
Monika Schwalm [CDU]..... 827
Günther Hildebrand [F.D.P.]..... 828
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]..... 829
Anne Lütkes, Ministerin für Justiz,
Frauen, Jugend und Familie 830

Beschluss: Annahme des Antrages
Drucksache 15/422..... 831

Verringerung der Arbeitslosigkeit längerfristig Arbeitsloser

831

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/215

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/431

Werner Kalinka [CDU] 831
Wolfgang Baasch [SPD] 832
Dr. Heiner Garg [F.D.P.] 833
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN] 835
Silke Hinrichsen [SSW] 836
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Ge-
sundheit und Soziales..... 837

Beschluss: Überweisung an den Sozialaus-
schuss..... 838

Bundeswehrstrukturreform..... 839

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/351

Heinz Maurus [CDU]..... 839, 848
Hermann Benker [SPD]..... 840
Joachim Behm [F.D.P.] 842
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN] 843
Lars Harms [SSW] 845
Klaus Buß, Innenminister 846

Beschluss: Überweisung an den Innen- und
Rechtsausschuss und den Wirtschafts-
ausschuss..... 848

Gemeinsame Beratung 849

a) Zielvereinbarung zwischen dem Land und den Hochschulen..... 849

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/365

b) Weiteres Verfahren zum Abschluss von Zielvereinbarungen mit den Hochschulen in Schleswig-Holstein 849

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/379

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] 849, 854
Jost de Jager [CDU] 850, 857
Jürgen Weber [SPD] 852
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]..... 853
Anke Spoorendonk [SSW]..... 854
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bil-
dung, Wissenschaft, Forschung und
Kultur 855

Beschluss: Überweisung des Antrages Drucksache 15/365 an den Bildungsausschuss.....	857	Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	879
Internat Schloss Plön	858	Lars Harms [SSW]	880
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/364		Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	881
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/423		Beschluss: Annahme	883
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	858	Handelsschiffbau bei HDW	883
Werner Kalinka [CDU]	859	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/425	
Dr. Henning Höppner [SPD]	860	Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	883
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	862	Thomas Stritzl [CDU]	885
Anke Spoorendonk [SSW].....	863	Thomas Rother [SPD]	886
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.....	863	Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]	887
Jost de Jager [CDU]	865	Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	888
Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss.....	865	Lars Harms [SSW]	889
Bewirtschaftung der Hamburger Hallig..	866	Beschluss: Beratung abgeschlossen	890
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/352		Zukunft des Wohnungsbaus	890
Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/407		Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/381 (neu - 2. Fassung)	
Jürgen Feddersen [CDU].....	866, 872	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/437	
Wilhelm-Karl Malerius [SPD]	867	Renate Gröpel [SPD].....	890
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]	868	Gero Storjohann [CDU]	892
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	869	Günther Hildebrand [F.D.P.].....	895
Lars Harms [SSW]	870	Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	896
Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]	872	Silke Hinrichsen [SSW]	897
Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten	873	Klaus Buß, Innenminister	898
Jürgen Feddersen [CDU], zur Geschäftsordnung	875	Beschluss: Annahme des Antrages 15/381 (neu - 2. Fassung).....	900
Beschluss: Überweisung an den Umweltausschuss	875	Wolfgang Kubicki [F.D.P.], zur Geschäftsordnung	900
Übernahme des Streckennetzes der DB AG durch Bund und Land	875	Sozialversicherungspflicht der Studierenden	901
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/370		Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/383	
Bernd Schröder [SPD].....	875	Beschluss: Annahme	901
Uwe Eichelberg [CDU]	876, 883	Fehlfahrten bei Rettungsdiensteinsätzen .	901
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]	878	Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/384	

Beschluss: Überweisung an den Sozialaus-
schuss 901

**Verbraucherberatung Schleswig-Holstein
e.V.** 901

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/415

Beschluss: Annahme 901

**Wahl der Mitglieder für den Stiftungsrat
der Kulturstiftung des Landes Schleswig-
Holstein** 901

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
Drucksache 15/355

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/414

Beschluss: Annahme 901

**Finanzielle Absicherung des Programms
„Ziel - Zukunft im eigenen Land“ (2000 -
2006)** 901

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/380

Beschluss: Annahme 901

* * * *

Regierungsbank:

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsi-
dentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und
Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis-
senschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und
Forsten

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft,
Technologie und Verkehr

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume,
Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

* * * *

Beginn: 10:01 Uhr

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche allen
einen wunderschönen guten Morgen.

Wir setzen die 5. Tagung fort. Bevor wir zu Tagesord-
nungspunkt 22 kommen, möchte ich der Kollegin Mo-
nika Schwalm zum heutigen Geburtstag gratulieren.

(Beifall)

Außerdem möchte ich mitteilen, dass nach Erklärung
der Fraktion die Abgeordneten Thorsten Geißler und
Herlich Marie Todsens-Reese beurlaubt sind. Wegen
dienstlicher Verpflichtung auf Bundesebene sind Mini-
sterpräsidentin Heide Simonis und Minister Claus
Möller beurlaubt.

In der Loge darf ich Herrn Abgeordneten Kayayerli
begrüßen, Vorsitzender der Freundschaftsgruppe
deutsch-türkischer Parlamentarier im türkischen Par-
lament,

(Beifall)

in Begleitung von Mitgliedern der türkischen Gemein-
schaft und der türkischen Gemeinde. Herzlich will-
kommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 22 auf:

Modellversuch zum Wegweiserecht bei häuslicher Gewalt

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/376

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU,
F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abge-
ordneten des SSW
Drucksache 15/422

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Dem ist
nicht so.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für den
SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag hat Frau
Abgeordnete Hinrichsen.

(Lothar Hay [SPD]: Was ist denn auf der Re-
gierungsbank eigentlich los? Sind die schon in
den Ruhestand getreten? - Unruhe)

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Guten Morgen, meine Damen und
Herren! Wir haben in unserer Gesellschaft mittler-
weile ausgeklügelte rechtliche Regelungen, um mit
Gewalt umzugehen. Trotzdem tun wir uns immer noch
schwer damit, wenn **Gewalt in Partnerschaften und**

(Silke Hinrichsen)

Familien vorkommt, insbesondere im häuslichen Bereich. Lange Zeit hat sich der Gesetzgeber der Verantwortung entzogen, wenn es um Gewalt in der Privatsphäre ging. Glücklicherweise ist in den letzten Jahren die Einsicht gewachsen, dass wir die Opfer nicht allein lassen können, nur weil die Gewalt innerhalb der Familie bleibt und dort häufig verschwiegen wird.

Mit dem heute vorliegenden Antrag soll noch ein wichtiger Schritt in diese Richtung getan werden. Es soll ein Weg versucht werden, mit dem Problem umzugehen, dass Täter und Opfer unter einem Dach wohnen. Es kann nicht sein, dass Frauen mit ihren Kindern die Flucht ins Frauenhaus ergreifen müssen, wenn der Mann das Prügeln anfängt. Wer prügelt, geht. Das muss ganz klar sein.

In **Österreich** hat man gute **Erfahrungen** damit gemacht, Gewalttätern im Falle häuslicher Gewalt durch einen polizeilichen Platzverweis die rote Karte zu zeigen. Wer Frau, Lebensgefährtin, Kinder oder andere Angehörige schlägt, wird aus der gemeinsamen Wohnung gewiesen und darf sich für einen bestimmten Zeitraum nicht mehr blicken lassen. Dies hat mehrere Vorteile. Den Tätern wird deutlich gemacht, dass ihre Gewalt Konsequenzen hat. Den Opfern wird gezeigt, dass sie mit ihren Problemen nicht allein gelassen werden.

Die bisherigen Erfahrungen in Österreich haben gezeigt, dass dies auch wirken kann: Die Opfer werden geschützt und bekommen die Möglichkeit, neue Lebensperspektiven zu entwickeln; die Täter werden verwahrt und bekommen die Möglichkeit, sich mit ihren Gewaltproblemen auseinander zu setzen. Der Platzverweis wird so zum Einstieg in eine dauerhafte Konfliktlösung.

Dass dies ein nachahmenswerter Ansatz ist, hat als erstes in Deutschland das Bundesland **Baden-Württemberg** erkannt. Dort läuft seit dem Frühjahr ein **Modellversuch** mit einem **Wegweiserecht**, der unter Berücksichtigung des bestehenden Landesrechts durchgeführt wird. Die Maßnahmen umfassen in Anlehnung an das österreichische Modell einen Dreiklang aus polizeilichem Platzverweis, Beratungs- und Betreuungsangeboten. Erste Fallbeispiele zeigen, dass dies auch funktioniert.

Es steht deshalb **Schleswig-Holstein** gut zu Gesicht, wenn wir das zweite Bundesland werden, das den Betroffenen häuslicher Gewalt auf diese Weise helfen kann.

(Beifall im ganzen Haus)

Deshalb haben wir den ursprünglichen Antrag eingereicht. Wir freuen uns ausgesprochen darüber, dass

unsere Initiative bei allen Fraktionen auf Gegenliebe gestoßen ist. Durch den Abstimmungsprozess konnten noch einige Verbesserungen in den Antrag eingebracht werden. Dafür möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen ausdrücklich bedanken.

(Beifall im ganzen Haus)

Vor allem die Einbettung in das **Kooperations- und Interventionskonzept**, „KIK“, ist sinnvoll, um eine Integration in die Hilfen für Gewaltopfer zu erreichen. Hier können die Opfer auch während und nach der Wegweisung beraten, betreut und begleitet werden.

Der Umgang mit der Gewalt hat zwei Seiten: Natürlich können wir Gewalt dadurch verhindern, dass wir potentielle Opfer und Täter räumlich trennen. Das kann aber staatlicherseits immer nur zeitlich befristet geschehen. Eine wirksame Prävention von Gewalt muss dafür sorgen, dass die Täter ihre Aggressionen nicht mehr in Gewalt ausleben. Deshalb gehört zu einem Konzept zur Vermeidung häuslicher Gewalt auch, dass man dem Täter die Möglichkeit eröffnet, an sich zu arbeiten. Gerade dieses soziale Training für gewalttätige Männer ist auch ein Bestandteil des „KIK“.

Das Wegweiserecht im Falle von Gewalt im sozialen Nahraum soll auch eine Unterstützung für die Polizistinnen und Polizisten sein, die täglich in häusliche Konflikte eingreifen müssen. Es gehört sicherlich zu den häufigsten, aber auch schwierigsten Aufgaben im **polizeilichen Alltag**, vor Ort in **häusliche Konflikte** eingreifen zu müssen. Sie haben mit dem Wegweiserecht ein Instrument, um diese Aufgabe zu bewältigen. Aber gerade deshalb gibt der Antrag vor, dass diese Maßnahmen in Zusammenarbeit mit der Polizei zu entwickeln sind. Sie sind diejenigen, die vor Ort arbeiten.

Der gesamte Landtag sendet heute ein deutliches Signal: Gewalttäter sollen in Zukunft wissen, dass **Gewalt** gegen ihre Nächsten deutliche **Konsequenzen** haben wird. Sie müssen nämlich gehen. Die Opfer sollen in Zukunft wissen, dass sie nicht allein sind. Wir erwarten, dass die Landesregierung dafür sorgt, dass dies in unserem Land schnell Wirklichkeit wird. Wir hoffen natürlich auch, dass sich viele Städte und Kommunen daran beteiligen.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die SPD erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Anna Schlosser-Keichel das Wort.

Anna Schlosser-Keichel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als es in meiner Fraktion bei der Arbeitsverteilung für diese Landtagstagung um den Antrag **Wegweiserecht bei häuslicher Gewalt** ging, hieß es ohne Zögern: Frauenthema. Aber, Kolleginnen und Kollegen, das stimmt so nicht. Gewalt gegen Frauen und Kinder - darum handelt es sich ja in der Regel, wenn wir über häusliche Gewalt sprechen -, das ist kein Frauenthema, das ist kein Frauenproblem. Es ist ein Problem unserer Gesellschaft und unseres Rechtsstaats. Denn nicht nur Nachbarn sehen und hören weg, wenn es nebenan wieder einmal kracht. Auch staatliche Institutionen haben in der Vergangenheit häusliche Gewalt nicht nur missbilligt, sondern geradezu toleriert.

Schon die Bezeichnung häusliche Gewalt ist an sich eine Irreführung, eine Verniedlichung, die verharmlost, was sich hinter dem Begriff verbirgt, nämlich: Körperverletzung, Psychoterror, Vergewaltigung, Folter, Freiheitsberaubung, Totschlag - mit einem Wort: **Menschenrechtsverletzungen**. Wir sprechen also nicht über Kavaliersdelikte. Und was sich gewalttätig in den eigenen vier Wänden abspielt, ist keine Privatangelegenheit. Es wird aber oft so damit umgegangen, als wäre es eine Privatangelegenheit. Viele Frauen vertrauen nicht auf ein staatliches Eingreifen zu ihren Gunsten, oder sie haben dieses Vertrauen verloren. Sie flüchten!

Im Jahr 1999 haben rund 2.500 Frauen und Kinder in den Schleswig-Holsteinischen Frauenhäusern Schutz gesucht, und zwar in der Regel erst, nachdem sie wiederholt geschlagen worden waren. Das ist untragbar. Nicht die Opfer sollen fliehen müssen, der Schläger muss gehen.

(Beifall im ganzen Haus)

Deshalb bin ich froh, dass wir es - trotz einiger Diskussionen über Spiegelstriche noch am vergangenen Mittwoch Nachmittag - geschafft haben, diesen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zu formulieren. Ich hoffe, damit werden wir in der Sache ein Stück weiterkommen.

Die **Bundesregierung** hat einen **Aktionsplan** zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen auf den Weg gebracht und wir sollen und wollen unseren **Landesanteil** erbringen. Ein Punkt, der in unsere Zuständigkeit fällt, ist, die Wegweisung von Gewalttätern aus der gemeinsamen Wohnung durchzusetzen. Dazu ist es nötig, die schon bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten noch konsequenter auszuschöpfen. Das heißt auch, die Beteiligten bei Polizei und Justiz für diese Probleme zu sensibilisieren und entsprechende Fortbildungen anzubieten. Denn es erfordert in der Tat oft

einen Spagat für die Beamten, etwa zwischen dem Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung und einem Eingriff zugunsten von bedrängten Frauen und Kindern abzuwägen.

Wichtig und hilfreich in diesem Zusammenhang - das haben die Erfahrungen im Ausland und in Baden-Württemberg bereits gezeigt - ist die enge Zusammenarbeit zwischen der Polizei und Einrichtungen, die Erfahrungen in der Beratung von betroffenen Frauen haben. Und wichtig - da möchte ich ausdrücklich meine Vorrednerin unterstützen - ist auch die Arbeit mit den Tätern, damit der Teufelskreis der Gewalt nicht immer weitergeht mit der bisherigen Partnerin und auch nicht neu beginnt mit der nächsten Partnerin.

Diese **Zusammenarbeit der Institutionen**, die Fortbildung, ist bereits im Konzept „KIK“ erprobt, das nach einer Modellphase in Kiel inzwischen auf das Land ausgedehnt worden ist. Ich bin davon überzeugt, dass bei „KIK“ auch die Aufgabe gut angesiedelt ist, mit dem bestehenden Instrument des Platzverweises effektiver umzugehen beziehungsweise aufzuzeigen, wo Handlungsbedarf besteht. Auf jeden Fall muss aber sichergestellt werden, gegebenenfalls durch neue und eindeutigere rechtliche Regelungen, dass dieser **Platzverweis** so ausreichend terminiert ist, dass es den Frauen möglich ist, rechtliche Hilfe in der Zeit der Abwesenheit des gewalttätigen Partners in Anspruch zu nehmen.

Meine Damen und Herren, Herr Präsident, wir beantragen die Abstimmung in der Sache. Wir hoffen, dass wir in den Ausschüssen bald etwas über erste Schritte zur Umsetzung hören werden.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich begrüße jetzt auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Gustav-Johannsen-Skole aus Flensburg. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort für die CDU-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Monika Schwalm.

Monika Schwalm [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Häusliche Gewalt ist keine Privatangelegenheit. **Gewalt gegen Frauen und Kinder** ist ein schweres Vergehen und darf nicht als Kavaliersdelikt angesehen werden. Daher ist es richtig, alles zu versuchen, den Schutz der Betroffenen zu verbessern. Darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir auch den gemeinsamen Antrag mit unterschrieben.

(Monika Schwalm)

Allerdings gibt es aus Sicht der Innen- und Rechtspolitik auch einige kritische Anmerkungen. Ich werde mich auf diese Punkte - nicht nur im Hinblick auf den heutigen Zeitplan - beschränken. Es ist ja auch nicht nötig, dass wir in der Sache alle dasselbe sagen.

Erstens. Durch den polizeilichen Verweis aus der Wohnung der Familie wird der Betroffene in einem besonders empfindlichen, grundrechtlich intensiv geschützten Bereich seiner Privatsphäre getroffen. Die **Unverletzlichkeit der Wohnung** ist grundgesetzlich geschützt. Daher müssen wir darauf achten, dass die Kompetenzen der Polizei nicht auf Kosten der Justiz ausgeweitet werden. Hier kann es nur darum gehen, eine akute Gewaltsituation zu beenden, gewalttätige Männer sofort aus der Wohnung zu entfernen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aus unserer Sicht ist es unerlässlich, dass sich an eine solche Maßnahme eine gerichtliche Kontrolle und eine abschließende Entscheidung anschließen. Frau Ministerin, insofern begrüßen wir ausdrücklich Ihre Initiative, auf Bundesebene eine gemeinsame Arbeitsgruppe der Justiz- und Innenminister einzurichten, die den Auftrag hat, gesetzliche Formulierungen zu finden, die diese Eilkompetenz der Polizei auf eine zweifelsfrei rechtsstaatliche Grundlage stellen.

(Beifall im ganzen Haus)

Zweitens. Man kann auch ein Fragezeichen setzen, ob es denn zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll und dringend notwendig ist, einen eigenen **Modellversuch** hier in Schleswig-Holstein durchzuführen. Wir hätten auch gut damit leben können, zunächst einmal die Ergebnisse des Modellversuchs in Baden-Württemberg abzuwarten, der erst wenige Monate läuft.

Und drittens sollten wir im Auge behalten, dass dies auch wieder eine neue Herausforderung für unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ist. Sicher, unsere **Polizei** ist hervorragend ausgebildet. Aber in diesem konfliktbeladenen Bereich kommt der **Fortbildung** eine besondere Bedeutung zu. Aus unserer Sicht ist die Broschüre aus Baden-Württemberg „Handreichung für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte für polizeiliches Einschreiten bei Gewaltkonflikten im sozialen Nahraum“ - so heißt sie nämlich - eine hervorragende Grundlage.

Wie gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Bedenken haben wir heute zurückgestellt, denn Gewalt gegen Frauen und Kinder ist keine Privatangelegenheit.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die F.D.P.-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Günther Hildebrand.

Günther Hildebrand [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Liebe Frau Schlosser-Keichel, auch wir haben natürlich in der Fraktion darüber gesprochen und sind zu dem Ergebnis gekommen: Das ist ein Männerthema!

(Beifall bei der F.D.P. sowie der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD] und Anna Schlosser-Keichel [SPD])

Zum Inhalt des Antrages und zum Verfahren ist jetzt schon hinreichend etwas gesagt worden. Die Fraktionen sind sich einig, hier in **Schleswig-Holstein** einen **Modellversuch** durchzuführen. Deshalb hier nur noch einige wenige Anmerkungen!

Das Wegweiserecht wurde - wie schon gesagt - in Österreich - -

(Zurufe: „Wegg“!)

- „Wegg“, Entschuldigung, das Wegweiserecht! Der Herr Präsident hat dazu schon etwas gesagt. Dem ist eine gewisse Logik nicht abzuspüren.

Das Wegweiserecht wurde in Österreich im Jahr 1997 eingeführt, Baden-Württemberg hat - wie schon gesagt - sich inspirieren lassen und einen eigenen Modellversuch gestartet. Er wird in mehr als 40 Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg durchgeführt.

Der Antrag überträgt die Aufgabe der Entwicklung des Modells allein auf die **Exekutive** und weist dem **Parlament** nur die Aufgabe der begleitenden Kontrolle in Form der Entgegennahme von Zwischenberichten zu. Dieser Weg ist in einem Modellversuch gangbar und entspricht dem Willen der Antragstellerin, die möglichst rasch zu einer Umsetzung gelangen möchte. Die F.D.P.-Fraktion hätte sich mehr parlamentarische Beteiligung in der Konzeptionsphase gewünscht, respektiert aber selbstverständlich im Sinne des gemeinsamen Antrages den Willen der Antragstellerin.

Ich glaube, wir alle sind uns einig, dass in Schleswig-Holstein das Rad nicht neu erfunden werden muss. Die Erfahrungen aus Österreich und Baden-Württemberg müssen die Grundlage des Konzepts in Schleswig-Holstein bilden.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

Dabei ist insbesondere auf zwei Dinge zu achten. Erstens ist die erfolgreiche Anwendung dieses Instruments der Wegweisung auf eine gut funktionierende

(Günther Hildebrand)

Koordination aller beteiligten Behörden und Einrichtungen angewiesen. Dies muss gerade in der Erprobungsphase, in der alle Beteiligten Neuland betreten, gewährleistet sein.

Zweitens gehören Auseinandersetzungen im so genannten sozialen Nahraum für die Polizistinnen und Polizisten zu den schwierigsten Einsätzen. Frau Schwalm hat bereits darauf hingewiesen. Eine umfassende **Schulung** und eine gute Information zum Thema sind unbedingt notwendig, um den Modellversuch erfolgreich zu gestalten, damit wir ihn anschließend flächendeckend einführen können, was wir ja sicherlich auch alle wollen.

(Beifall bei F.D.P., SPD und SSW)

Die F.D.P. regt deshalb an, den Polizistinnen und Polizisten frühzeitig **Informationsmaterial** speziell zu diesem Thema zur Verfügung zu stellen. Eine Orientierung an der Praxis von Baden-Württemberg - Frau Schwalm sagte es schon; dort gibt es eine entsprechende Broschüre - sollte hier erfolgen. Wir können uns nur wünschen, dass dieser Modellversuch wirklich zum Erfolg führt und wir hier im Bereich der häuslichen Gewalt zu einem befriedigenden Ergebnis kommen.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Frau Irene Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über die Ermöglichung einer Maßnahme, die nach meinem Gerechtigkeitsverständnis eigentlich selbstverständlich sein sollte. Zum Glück wird sie in unserem Lande längst - zumindest mit dem Modell „KIK“ hier im Kieler Raum - praktiziert.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Selbstverständlich sollte es sein, dass dann, wenn in einer Lebensgemeinschaft einer der beiden Partner diese Lebensgemeinschaft durch Gewalttätigkeit gefährdet, er die gemeinsame Wohnung verlassen muss. Der Täter muss gehen, nicht das Opfer.

(Beifall im ganzen Haus)

Und doch sieht es in der Realität anders aus. Noch sind es zumeist die Frauen, die nach Misshandlungen aus Furcht die Wohnung verlassen. Selbst diese Möglichkeit, dass Frauen gehen können, ohne auf die Auf-

nahme durch Verwandte oder Freunde angewiesen zu sein, ist erst seit vergleichsweise kurzer Zeit vorhanden, nämlich seit es Frauenhäuser und Anlaufstellen für Frauen in Not gibt. Diese haben wir zum Glück in diesem hohen Hause immer mit großer Aufmerksamkeit bedacht und haben sie in Schleswig-Holstein bundesweit einmalig hervorragend gesichert.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD] und Renate Gröpel [SPD])

Sehr geehrte Damen und Herren, mit der Frauenbewegung der Siebziger- und Achtzigerjahre wurde das Phänomen „**Gewalt in der Familie und in der Beziehung**“ zum ersten Mal öffentlich thematisiert. Damit kam endlich etwas Licht in eines der größten Dunkelfelder des Kriminalitätsgeschehens. Ein weiterer Meilenstein im Kampf gegen Männergewalt in engen persönlichen Beziehungen war Mitte der Neunzigerjahre die Einführung des Straftatbestandes der Vergewaltigung in der Ehe.

Im Jahre 1996, kurz nachdem ich das erste Mal in den Landtag gewählt wurde, hatten wir im Hohen Hause eine lebhaftige Debatte um das Widerspruchsrecht der Ehefrau gegen die Strafverfolgung. Diese Debatte endete in großer Einstimmigkeit. Das war für mich eine sehr frühe Sternstunde dieses Parlaments; denn das entstand hier im Laufe der Debatte. So etwas wünsche ich mir öfter einmal.

Die Schaffung eines gesicherten rechtlichen **Instrumentes zum Verweis** des Gewalttäters aus der gemeinsamen Wohnung ist ein weiterer wichtiger Schritt gegen Gewalt in der Familie, egal, ob dies durch einen neuen Paragraphen oder die Anwendung der vorhandenen Regelung geschieht. Immer noch ziehen viele misshandelte Frauen ihren einmal gestellten Strafantrag zurück oder verweigern die Aussage. Dies geschieht in der Regel aus Angst vor weiterer Gewalt oder in dem Moment, in dem der gewalttätige Mann Besserung gelobt.

Die Bereitschaft, diesen Beteuerungen zu glauben, wird sicherlich gesteigert, wenn hierin die einzige Möglichkeit besteht, wenigstens kurzfristig in die eigene vertraute Wohnung zurückzukehren. Häufig sind da ja auch noch die Kinder. Ich muss das nicht weiter ausführen; Sie können sich das alle sicherlich sehr gut vorstellen.

Ich bin sehr froh, dass wir mit dem „KIK“, dem **Kieler Interventionskonzept**, bereits vor einigen Jahren die Situation misshandelter Frauen und Kinder wesentlich verbessern konnten. Wir waren uns auch einig, dass wir dieses Modell landesweit ausdehnen wollten, weil es sich bewährt hatte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Irene Fröhlich)

Insofern war aus unserer Sicht ein Modell gar nicht mehr erforderlich. Ich denke, dass bei den Koordinatorinnen des „KIK“, des Kieler Interventionskonzepts, die Entwicklung eines Konzeptes für den Platzverweis in guten Händen ist.

Lassen Sie mich unter dem Eindruck der gestrigen Rechtsextremistendebatte noch Eines hinzufügen. Die Bekämpfung von Gewalt - besonders Männergewalt - in der Familie ist nicht nur ein Schritt zum Schutz der Frauen, es ist zugleich auch ein Beitrag zur **Kriminalitätsprävention** angesichts der Gewaltkriminalität in unserer Gesellschaft. Das in der Familie erlebte Aggressionspotential prägt die Kinder in ihrem eigenen Gewaltverhalten in der Schule, gegenüber alten Menschen, aber auch als künftige Eltern. So jedenfalls stellte es Generalstaatsanwalt Erhard Rex im Oktober 1997 anlässlich einer Kampagne gegen Männergewalt dar.

Ich freue mich, dass sich heute nicht nur alle Fraktionen hinter diesen Antrag gestellt haben, sondern dass offenbar jetzt auch alle Fraktionen da angekommen sind, wo wir schon lange meinten hin zu müssen, nämlich dass private Gewalt ein öffentliches Ereignis ist, und ich freue mich besonders, dass offenbar auch unsere männlichen Kollegen bei der Erkenntnis angekommen sind, dass es sich hier um keine Privatangelegenheit und um keine Frauenangelegenheit handelt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, F.D.P. und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Landesregierung erhält Frau Ministerin Lütkes.

Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass heute im Landtag eine gesellschaftliche Debatte über Gewalt gegen Frauen und Kinder - zusammengefasst unter dem etwas merkwürdigen Begriff der häuslichen Gewalt - stattfand, die zu einem gemeinsamen Diskussionsstand führte, der akzeptiert - wie es eben schon ausgeführt worden ist -, dass diese Art der Männergewalt keine Privatsache und insbesondere keine Frauensache ist.

Gemeinsam mit dem Herrn Innenminister möchte ich übereinstimmend deutlich machen, dass die Landesregierung sehr intensiv daran arbeitet, das, was Sie hier als **Modell** vorschlagen, in die **Praxis** umzusetzen. Sie haben sich auf „KIK“ bezogen. „KIK“ ist nicht nur ein Modellversuch, sondern „KIK“ ist auch ein richtiger Schritt hin zu einer intensiven Zusammenarbeit im

ganzen Land. Insofern hat Schleswig-Holstein im Verhältnis zu den anderen Bundesländern schon einen ganz bedeutenden Schritt nach vorn getan. Glauben Sie mir als - wenn ich es einmal so sagen darf - „alter“ Fachfrau, dass ich das aus dem Blick der anderen Bundesländer gut beurteilen kann.

Wir sind hier also an einem historischen Zeitpunkt, in dem es zugegeben sehr wichtig ist, dass der Landtag einvernehmlich noch einmal das Signal aussendet, dass häusliche Gewalt gesellschaftlich geächtet ist und dass dahin gehend Einigkeit herrscht, dass der **Kreislauf der Gewalt** im Kindesalter beginnt. Sie haben gestern sehr intensiv über Rechtsextremismus diskutiert. Frau Fröhlich hat sich gerade noch einmal darauf bezogen. Ich teile diese Ansicht, dass dieser Kreislauf im Kindesalter durchbrochen werden muss. Kinder müssen eine Privatsphäre haben, die gewaltfrei ist.

(Beifall im ganzen Haus)

Wenn die Politik und die Gesellschaft es nicht schaffen, gerade diese Privatsphäre für die Frauen und Kinder zu sichern, dann werden wir es sehr schwer haben im Kampf gegen rechte Ideologien und gegen rechte Gewalt. Deshalb ist die Erkenntnis richtig, die heute schon vorgetragen worden ist, dass nicht die Frauen und Kinder als Opfer diese Privatsphäre verlassen, sondern die Männer als Täter diesen gewaltfreien Raum akzeptieren und weggehen müssen.

Nun wollen Sie einen **Modellversuch** beschließen. Sie wissen, dass die Rechtslage bundesweit diskutiert wird. Wir gehen davon aus, dass auf der Basis des geltenden Landesrechts ein solcher Modellversuch durchgeführt werden kann. Wir wissen aber auch, dass das geltende Recht nur einen kurzen Platzverweis zulässt; ansonsten haben wir allenfalls eine Generalklausel im Gesetz.

Wir werden das gemeinsam beobachten müssen, aber wir werden gemeinsam auch die Verpflichtung haben - insofern ist es nicht nur Ländersache -, gerade im **Familienrecht** eine klarere **Rechtslage** zu schaffen und das Instrument des Ehwohnungszuweisungsverfahrens so deutlich zu regeln, dass es mit dem Recht der Frauen und Kinder korrespondiert, in der Wohnung zu bleiben. Es darf nicht nur eine polizeiliche Maßnahme sein;

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

denn es kann nicht Aufgabe der einzelnen Polizeibeamten sein, auf Dauer diese Privatsphäre zu sichern.

(Holger Astrup [SPD]: Richtig!)

Für die Polizeibeamten ist es besonders schwierig, in dieser sehr aufgeregten Situation sehr schnell diesen Platzverweis durchzusetzen.

(Ministerin Anne Lütkes)

Es sind viele Fachleute im Plenum, die sehr genau wissen, dass in dieser Situation der gewaltvollen Auseinandersetzung **polizeiliche Eingriffsmöglichkeiten** sehr klug und sehr ruhig durchgesetzt werden müssen. Daher sind wir uns darin einig, dass **Fortbildungsmaßnahmen** nicht neu angefangen werden müssen, sondern auch laufen. Ich habe damit schon angefangen. Dies ist eine sehr sensible Aufgabe, die auch nicht die Lösung ist.

Die Lösung liegt vielmehr in einer sorgfältigen, auf Dauer gerichteten familienrechtlichen Auseinandersetzung, die die Ehwohnung für Kinder und Frauen sichert und es nicht dem Zufall oder der Machtauseinandersetzung überlässt, dass dieser private Lebens- und Erziehungsraum für die Kinder gesichert bleibt und Frauen - auch das haben Sie schon gesagt - nicht diejenigen sind, die flüchtend in ein Frauenhaus laufen müssen, während die Männer in der Wohnung bleiben und keine Notwendigkeit zur Einsicht in das haben, was geschehen ist.

Deswegen bitte ich Sie, im Rahmen der künftigen weiteren Behandlung darüber nachzudenken, wie parallel zu den Unterstützungsmaßnahmen für Frauen und Kinder die Einsicht in die Schuld und in notwendige Veränderungen bei den Tätern nicht nur geweckt werden, sondern auch zu Handlungsschritten gelenkt werden kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir haben hier in Schleswig-Holstein Ansätze der **Täterarbeit**, nicht nur der Therapiearbeit. Es ist ja mehr als Therapie, die notwendig ist. Es ist aber noch eine sehr breite gesellschaftliche Aufklärungsarbeit notwendig, dass Männer, dass Väter es annehmen und nicht nur - wie in den Beispielen aus Baden-Württemberg ersichtlich - hinnehmen, dass sie aus der Ehwohnung verwiesen werden, aber keine Veränderung der Verhältnisse angehen und - wenn ich es salopp sagen darf - vielleicht in der nächsten Beziehung weitermachen. Wir müssen grundlegende Veränderungen schaffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU, SSW und der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.] und Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit treten wir in die Abstimmung ein. Wir stimmen jetzt über den Antrag des SSW in der Form des Änderungsantrages von SPD, CDU, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW,

Drucksache 15/422, ab. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 9:

Verringerung der Arbeitslosigkeit längerfristig Arbeitsloser

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/215

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 15/431

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! **Langzeitarbeitslosigkeit** ist eine besonders bedrückende Belastung. Es ist wichtig, dass die Betroffenen wissen, ihr Problem ist unser Thema hier im Landtag. Frau Simonis hat in der Regierungserklärung angekündigt, bis 2005 solle niemand in diesem Land länger als sechs Monate arbeitslos sein. Diese Ankündigung ist prima; wir unterstützen sie sehr, wenn sie denn Wirklichkeit würde. Es ist jedoch auch Realität, dass derzeit in Schleswig-Holstein mehr als die Hälfte aller Arbeitslosen länger als sechs Monate arbeitslos ist.

Ich betrachte es als einen gewissen Realitätsverlust, wenn Herr Hentschel in einer Pressemitteilung feststellt, dass die jetzige Situation eine riesige Chance für Langzeitarbeitslose in diesem Land sei.

Die **Landesregierung** hat von 1988 bis 1999 720 Millionen DM einschließlich der Mittel vom Arbeitsamt und der EU-Fördermittel in die entsprechenden **Programme** gegeben. Seit 1997 haben wir im Lande die Tendenz, dass die Zahl derjenigen, die länger als sechs Monaten arbeitslos sind, größer wird als die Zahl derjenigen, die nur einer „normalen“ Arbeitslosigkeit unterliegen.

Laut Pressemitteilung der Sozialministerin vom 30. Juni wurden in diesem Jahr bis dahin 1.300 Vermittlungen in diesem Sektor vorgenommen. Das ist angesichts der Zahl von etwa 55.000 betroffenen Personen eine sehr geringe Zahl.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Eine sehr gute Zahl!)

(Werner Kalinka)

- Wenn innerhalb von sechs Monaten 1.300 Personen von insgesamt 55.000 vermittelt werden, dann ist das für mich keine erfreuliche Zahl. Das ist zu wenig!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Auch in diesem Haus ist davor gewarnt worden, dass der Haushalt 2001 in eine soziale Schieflage zu kommen drohe. Wenn wir uns die **Arbeitsförderungsmaßnahmen** anschauen, die in diesem Monat diskutiert werden, möchte ich auf zwei Aspekte besonders aufmerksam machen. Es ist zu befürchten, dass bei entsprechenden Gesellschaften die **Stammarbeitskräfte** kaum noch finanziert werden können, weil die **Prämie** - jedenfalls im Augenblick - allein vom Erfolg abhängig gemacht werden soll.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Und dass eine Förderung von nur einem Jahr Probleme aufwerfen wird, liegt auf der Hand.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch eines erwähnen. Wenn das Alter derjenigen, die in diesem Land Sozialhilfe beziehen müssen, bei knapp 50 % unter 25 Jahren liegt - also vor allem die Kinder des Personenkreises, über den wir hier sprechen, betroffen sind -, dann sollte uns diese Zahl zusätzlich ins Bewusstsein rücken.

Nach meiner Meinung ist es wichtig, dass wir über diese aktuellen Fragen einen **Bericht der Landesregierung** erhalten, was sie zu tun gedenkt, und dass wir darüber in der 7. Tagung - das ist mein Antrag - politisch diskutieren und streiten können.

Sie haben erklärt, Frau Moser, bis zum Ende der Legislaturperiode solle allen Arbeitslosen in den ersten sechs Monaten ihrer Arbeitslosigkeit ein Angebot unterbreitet werden. Dies ist eine feine Nuance gegenüber dem, was Frau Simonis gesagt hat, die nämlich gesagt hat, jeder solle einen Arbeitsplatz bekommen. Ich bin der Ansicht, dass wir uns über die Frage, was Sie nun genau meinen, austauschen müssen und dass ein weiterer Punkt eine Rolle in diesem Bericht spielen sollte: Die Frage der gesellschaftlichen Auswirkung auf diejenigen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Dies ist ein Kreislauf der Betroffenen, der Familienprobleme, der Vereinsamung, des immer weiter Ins-Abseits-Kommens, der uns nicht gleichgültig sein kann. Deswegen ist das Problem der **Langzeitarbeitslosigkeit** nicht nur ein Arbeitsmarktproblem, sondern auch ein **gesellschaftspolitisches Problem**, das in diese Diskussion einbezogen werden muss.

(Beifall bei der CDU)

Der Umgang mit den Schwachen ist ein Indiz für soziale Gewichtung.

(Jutta Schümann [SPD]: Das stimmt!)

Diese soziale Gewichtung müssen wir in den nächsten Jahren bei unseren Maßnahmen im Land beachten und berücksichtigen. Viele Worte, viel Geld, aber wenig Erfolg reichen jedenfalls nicht aus. Deswegen möchten wir eine Debatte zu diesem Thema führen, das Thema in den Mittelpunkt der Betrachtung stellen und den Antrag der F.D.P.-Fraktion gern einbeziehen. Wir wollen Taten sehen - und weniger Worte.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der SPD hat Herr Abgeordneter Wolfgang Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es kommt darauf an, die **Langzeitarbeitslosigkeit** zu bekämpfen beziehungsweise deren Entstehung in Zukunft bereits im Vorfeld zu verhindern. Dies ist nicht nur eine immer wieder formulierte Aussage, sondern Bestandteil von politischem Handeln beziehungsweise der Arbeitsmarktpolitik, wie sie von der Europäischen Union, der Bundesregierung und auch der schleswig-holsteinischen Landesregierung aktiv betrieben wird.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD], Renate Gröpel [SPD] und Jutta Schümann [SPD])

Mit dem Arbeitsmarktprogramm Arbeit für Schleswig-Holstein 2000 sind viele Hoffnungen und Erwartungen verknüpft. Aktive Arbeitsmarktpolitik darf nicht in ihrem Engagement nachlassen. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt bestärkt mich in der Überzeugung, dass die **Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt** für die meisten Arbeitssuchenden der richtige Weg ist. Es geht darum, Menschen Lebens- und Berufsperspektive zu geben. Richtig bleibt aber auch die Feststellung, dass auf Arbeitgeberseite oftmals erhebliche Vorbehalte gegen die Einstellung von Langzeitarbeitslosen bestehen.

Weiter bleibt festzuhalten, dass Langzeitarbeitslose vielfach auch über weitere Vermittlungerschwernisse verfügen, wobei sich die oft jahrelange Arbeitslosigkeit als eigenständiges Problem entwickeln kann. Hier bedarf es einer auf die Person - auf den von langfristiger Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen - direkt zugeschnittenen individuellen Maßnahme, um die **Arbeitsfähigkeit** dieser Person zu bewahren, auszu-

(Wolfgang Baasch)

bauen oder gegebenenfalls wiederherzustellen. Das leistet zum Beispiel das Programm ASH 2000.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wer sich bei den Beschäftigungsträgern im Land Schleswig-Holstein umhört und die Erfahrungen der vielfältigsten Beschäftigungsträger, die wir in Schleswig-Holstein haben, auswertet, sieht, dass die Vermittlung von Sozialhilfeberechtigten in den ersten Arbeitsmarkt erfolgreich ist.

Ich will nicht in eigener Befangenheit über Zahlen der Lübecker Beschäftigungsgesellschaft berichten, sondern über Zahlen der **Beratungs- und Vermittlungsagentur BEVA in Neumünster**. Wenn Herr Geerds gesprochen hätte, hätte er diese Zahlen sicherlich auch gern in den Vordergrund gestellt. Im Jahresbericht 1999 weist die BEVA für das Jahr 1999 211 Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt aus. Das ist ein - wie ich finde - sehr erfolgreiches Ergebnis. Im Jahr 2000 sind es zur Jahreshälfte bereits über 160 Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt. Das ist wirklich gute Arbeit, die dort in Neumünster geleistet wird.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen ist es auch keine Überraschung, dass der **Programmpunkt ASH 21** mit der Überschrift „Beschäftigung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeberechtigten“ der bisher am stärksten nachgefragte Programmteil des neuen ASH-Programms 2000 ist. Bis zum 30. Juni 2000 gab es in Schleswig-Holstein 1.363 Teilnehmer. Das ist ein deutliches Signal. Herr Kalinka, für jeden Einzelnen dieser Menschen bedeutet das einen Weg aus der Sackgasse - und das ist uns wichtig. Dabei ist es unbedeutend, ob es viele oder wenige sind.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

ASH 2000 kommt mit seiner Zielgruppenorientierung als zentralem Bestandteil einer aktiven Arbeitsmarktpolitik den beschäftigungspolitischen Leitlinien der Europäischen Union nach. Qualitätswettbewerb und Evaluation der Maßnahmen sind dabei Bestandteil des Programms ASH 2000. Programme zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit sind ebenso Programmteile wie die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die Situation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Situation von Migrantinnen und Migranten, die eigenständige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erfordern. In der arbeitsmarktpolitischen Diskussion bleibt die Gruppe der Schwerbehinderten - wie auch der Personenkreis der gering qualifizierten

Menschen - eine wichtige Zielgruppe. Ihre entsprechenden Programmpunkte finden wir im Programm ASH 2000.

Vor dem Hintergrund der jahrelangen Debatte um die Wirksamkeit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik - wie wir sie auch heute in den Anträgen von CDU und F.D.P. wiederfinden - bleibt festzuhalten, dass es eine Überforderung der Arbeitsmarktpolitik wäre, von ihr allein die Lösung der Probleme der Beschäftigungspolitik - beziehungsweise die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit - zu erwarten.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Aktive **Arbeitsmarktpolitik** bleibt ein unverzichtbares und eigenständiges Element in einem beschäftigungspolitischen Gesamtkonzept. Die Landesregierung hat das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ mit dem Wachstums- und Beschäftigungsprogramm - dem Regionalprogramm 2000 - und dem Programm „Zukunft auf dem Lande - „ZAL“ - zur Initiative „Zukunft im eigenen Land“ zusammengeschnürt. Mehr und neue Arbeit fördern und moderne Strukturentwicklung betreiben - das sind die richtigen Antworten der Landesregierung auf die noch immer zu hohe Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Wir beantragen, die vorliegenden Anträge dem Sozialausschuss zu überweisen und die Beratungen dort fortzusetzen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der F.D.P. hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin, ich freue mich, dass Sie heute wieder bei uns sind.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich möchte im Hinblick auf die Leistungsbilanz, die in den vergangenen Tagen über das Sozialministerium gezogen wurde, mit einer Vorbemerkung beginnen. Kritik an der Arbeit der Landesregierung ist natürlich originäre Aufgabe der Opposition. Ebenso originäre

(Dr. Heiner Garg)

Aufgabe ist es aber, Alternativen aufzuzeigen und konstruktive Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das sieht jedenfalls die F.D.P.-Fraktion so. In diesem Zusammenhang sehe ich auch die beiden vorliegenden Anträge - den der CDU sowie den Änderungs- beziehungsweise Ergänzungsantrag meiner Fraktion.

Sehr geehrte Frau Ministerin Moser, mit unserem Antrag bietet Ihnen die F.D.P.-Fraktion konstruktive Zusammenarbeit an, damit **ASH 2000** ein Erfolg wird, wobei wir der Auffassung sind, dass das Programm ohne Erfolgskontrolle kein Erfolg werden wird. Ich will ausdrücklich anerkennen, dass in den Förderrichtlinien hierzu erste Schritte eingeleitet wurden.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eigentlich bin ich davon ausgegangen, dass der Antrag der CDU mittlerweile überflüssig geworden ist - überflüssig deshalb, weil ich erwartet habe, dass die Landesregierung den Vorwurf nicht auf sich sitzen lassen wird, im März anzukündigen, Arbeitslose innerhalb von sechs Monaten in Beschäftigung vermitteln zu wollen, und bis heute nicht konkret darzulegen, wie sie dieses Ziel erreichen will. In diesem Zusammenhang ist es nicht damit getan, lediglich auf das Programm ASH 2000 zu verweisen.

Ich sage ganz deutlich, dass ich im Hinblick auf die Forderung der CDU, sämtliches **Datenmaterial** über alle früheren und derzeitigen finanziellen Aufwendungen und Förderinstrumente abzufordern, Auskunft über alle Tätigkeiten von Wirtschaft, Staat, Arbeitsämtern und Trägern von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu erbitten, etwas skeptisch bin. Lieber Herr Kollege Kalinka, ich frage mich, was Sie mit dem ganzen Papierberg wollen.

(Beifall bei F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Konkrete Aufschlüsse darüber, wie es dazu gekommen ist, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Schleswig-Holstein über Jahre hinweg kontinuierlich zugenommen hat, kann eine solche Informationssammlung nicht geben. Was wir konkret bräuchten, ist eine saubere **wirtschafts- und arbeitsmarkttheoretische Analyse** der vergangenen Jahre, die insbesondere die sektorale Entwicklung berücksichtigt, um konkrete wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Schlüsse ziehen zu können. Damit verbunden wäre dann eine Effizienzanalyse der bisherigen aktiven Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung, damit Fehlsteuerungen

bei der Weiterentwicklung vermieden und Erfolgreiches fortgesetzt werden kann.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hap-pach-Kasan [F.D.P.] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Schließlich bräuchten wir ein funktionierendes **Kontrollinstrumentarium**, das integraler Bestandteil des Programms sein muss.

Die Förderphilosophie von ASH 2000 geht davon aus, Arbeitslose - oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen - möglichst unverzüglich wieder ins Arbeitsleben zu integrieren und Qualifizierung auf allen Ebenen zu fördern. Ich kann nur sagen: Willkommen im Club! Nichts anderes fordert die F.D.P.-Fraktion seit mehr als acht Jahren.

(Beifall bei der F.D.P.)

In diesem Zusammenhang will ich darauf hinweisen, dass sich ähnliche Zielformulierungen bereits in den Richtlinien zu ASH I und den Folgeprogrammen finden. Nur hat sich bislang kaum jemand daran gehalten. Was heute mit Pauken und Trompeten als Umsteuerungsprozess gefeiert wird, wäre in dieser Form gar nicht notwendig, hätte man in der Vergangenheit die selbst gesteckten Ziele etwas konsequenter verfolgt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, wir müssen die Landesregierung doch jetzt vor allem dazu bringen, den angekündigten arbeitsmarktpolitischen Kurs auch tatsächlich einzuschlagen. Die Ministerin muss in die Pflicht genommen werden, das selbst formulierte ökonomische Kriterium - mit begrenztem Aufwand eine möglichst hohe Integrationsquote erreichen zu wollen - konsequent und permanent anzulegen. Wir alle - und ich sage das mit Blick auf die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, die uns in der Vergangenheit immer wieder Böswilligkeit unterstellt haben - müssen doch vor allem ein Interesse daran haben, dass der Erfolg des Programms ASH 2000 jederzeit nachvollziehbar ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Kollege Baasch, es ist im Interesse der Menschen, für die dieses Programm gedacht ist, möglichst frühzeitig eventuelle Fehlsteuerungen zu erkennen und rechtzeitig korrigieren zu können. Uns allen muss es darum gehen, arbeitslosen Frauen und Männern wieder eine Perspektive zu geben. Daher bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen, damit wir gemeinsam sehr genau darauf achten können, dass das selbst gesteckte

(Dr. Heiner Garg)

Ziel der Landesregierung in Zukunft auch tatsächlich erreicht wird.

(Beifall bei F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der Grünen erteile ich jetzt dem Fraktionsvorsitzenden Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Einen schönen guten Morgen, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich bei Herrn Garg ausdrücklich für den konstruktiven Beitrag, der sich wohltuend von dem unterscheidet, was wir häufig von der Opposition - und heute von der CDU - gehört haben.

Sie können sicherlich würdigen, dass in der rot-grünen Zusammenarbeit wichtige Entscheidungen getroffen werden. Es passiert nämlich das, was wir immer eingefordert haben, eine **Arbeitsmarktpolitik**, die sich am dänischen Vorbild, am aktiven Arbeitsmarkt orientiert. Es gelingt, in dieser Richtung Fortschritte zu machen. Das ist ein guter Prozess, der in dieser Koalition eingeleitet worden ist.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Ich freue mich, dass wir mit diesem Prozess Schritt für Schritt weiterkommen.

ASH 2000 liegt vor. **ASH 2000** ist noch keineswegs zum Erfolg geführt. Das kann es nach einem halben Jahr auch noch gar nicht sein, weil eine solche Umorientierung logischerweise auf eine Menge von Problemen stößt. Sie stößt auf eine Menge von Problemen bei Trägern. Die Träger waren bisher gewohnt, pauschal abzurechnen. Jetzt müssen sie einzeln abrechnen. Sie kriegen das Geld erst hinterher; bisher haben sie es im Wesentlichen vorher bekommen. Wir haben also eine ganz andere Situation für die Träger. Diese können die großen Träger, die kommunalen Träger leichter bewältigen als die kleinen. All diese Dinge spielen bei der Umsteuerung eine Rolle.

Die **Programme**, die direkt auf den **ersten Arbeitsmarkt** zielen, die sich direkt an Arbeitgeber richten, müssen von diesen erst aufgenommen werden. Sie müssen wissen, dass es diese Programme gibt, und sie müssen lernen, damit umzugehen. Sie müssen lernen, damit umzugehen, was man mit einer Jobrotation und Weiterem machen kann.

Hier müssen erst Erfahrungen gemacht werden, das muss sich erst einspielen. Möglicherweise ist es auch notwendig nachzukorrigieren. Wir in der Fraktion haben deshalb nicht gewartet, bis es einen Bericht gibt, sondern haben bereits vor dem Sommer unsere erste fraktionsinterne Veranstaltung zu diesem Thema gemacht. Dazu haben wir Leute eingeladen, die bei den Trägern arbeiten. Wir haben das Ministerium eingeladen. Wir haben ausführlich mit ihnen über die Situation und die Probleme diskutiert. Wir haben verabredet, dass wir diesen Prozess kontinuierlich weiter begleiten. Wir wissen, was vor Ort stattfindet. Wir wissen, welche Probleme bei einer solchen Neusteuerung auftreten. Wir wissen auch, dass nachkorrigiert wird. Das Ministerium sagte uns, dass laufend nachkorrigiert werde. Während des laufenden Prozesses werden sozusagen ständig die Richtlinien überprüft, es wird nachgesteuert, um dort zu Verbesserungen zu kommen, wo Probleme auftreten.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das begrüße ich außerordentlich.

Zur Generallinie der Arbeitsmarktpolitik! Es kommt dabei auf Folgendes an.

Erstens - das ist die Grundlinie -: Wir brauchen eine **Senkung der Lohnnebenkosten**. Sonst kriegen wir insbesondere in den unteren Einkommensbereichen die Probleme nicht gelöst.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Bei 40 % Lohnnebenkosten ab der ersten Mark, die jemand verdient, sind wir im europäischen Maßstab einmalig. Das ist eines der größten Hindernisse auf dem unteren Sektor des Arbeitsmarktes, Arbeitsplätze zu schaffen.

Zweitens: Wir brauchen ein **Programm** wie ASH 2000, das sich gezielt auf den **ersten Arbeitsmarkt** richtet.

Drittens - das dürfen wir nicht vergessen -: Es gibt auch Leute, die in normale Arbeitsverhältnisse nicht voll integrierbar sind, aus Krankheitsgründen oder aus Gründen ihrer sozialen Eingliederbarkeit oder einfach deshalb, weil sie zu langsam sind und der Arbeitsmarkt heute solche Arbeitsplätze, die es früher viel mehr gab, nicht mehr bereitstellt. Für diese Leute müssen Möglichkeiten geschaffen werden, und zwar entweder über **Beschäftigungsprogramme** oder indem man Arbeitgeber dabei unterstützt, diese Leute auf dem ersten Arbeitsmarkt zu beschäftigen.

(Karl-Martin Hentschel)

Das sind die drei Hauptaufgaben der Arbeitsmarktpolitik, deren Erfüllung dazu führen kann, dass jeder nach einem halben Jahr entweder einen Arbeitsplatz oder eine passende Maßnahme hat, bei der er antreten muss und etwas tut und nicht zu Hause sitzt. Das ist das Ziel, das wir haben. Wir werden nicht erreichen, dass jeder nach einem halben Jahr bereits auf dem ersten Arbeitsmarkt untergebracht werden kann. So etwas kann man nicht versprechen.

Zu der Frage der Umsteuerung durch **ASH 2000** möchte ich nur so viel sagen. Das Besondere an dem Programm ist: Es sind Programme für Einzelne. Jeder Einzelne bekommt ein **individuelles Programm** gestrickt, was mit ihm zu passieren hat. Das ist völlig neu und das ist ganz schwierig für die Träger. Das muss erst gelernt werden.

Was zweitens neu ist, ist, dass es **Erfolgsprämien** gibt. Man muss abwarten, wie sich das auswirkt. Ich halte das für eine gute Sache. Aber auch das ist völlig neu und hier besteht das Problem, dass möglicherweise die Träger sagen: Ich nehme nur die Guten; die, die problematisch sind, nehme ich nicht, weil ich dann keine Erfolgsprämie kriege. Auch dieses Problem muss gelöst werden.

Drittens gibt es das Problem der Problemfälle. Darauf habe ich bereits hingewiesen.

Zusammengefasst: Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg. Ich freue mich auch auf die Diskussion im Ausschuss. Ich plädiere dafür, die Anträge zunächst einmal dem Ausschuss zu überweisen und dann in Ruhe darüber zu reden, welchen Bericht wir von der Ministerin haben wollen.

Ich fordere alle Fraktionen auf, eine ständige Evaluation des Programms vorzunehmen - so wie wir das tun -, sich ständig mit dem Thema zu beschäftigen, weil ich glaube, dass es sich lohnt.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Arno Jahner [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag spricht nun Frau Silke Hinrichsen.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der SSW hat begrüßt, dass die Landesregierung im **Koalitionsvertrag** angekündigt hat, Arbeitslose innerhalb von sechs Monaten in Arbeit zu bringen. Das entspricht dem, was der SSW mit Blick auf Dänemark immer als

„aktivierende“ **Arbeitsmarktpolitik** eingefordert hat. Deshalb können wir dies nur begrüßen.

(Beifall beim SSW)

Wir erwarten nicht, dass die Regierung dieses Ziel innerhalb von sechs Monaten erreicht. Aber wir hören gern, welche Maßnahmen bisher ergriffen worden sind, um das Ziel anzustreben. Wir haben ein bisschen Zweifel, ob die angeforderten Daten nicht etwas sehr umfangreich sind.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Prinzipiell können wir aber dem Antrag auf Ausschussüberweisung zustimmen, sodass wir uns dort noch darüber unterhalten können, was genau an Daten gefordert werden soll.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Probleme haben wir mit dem **Änderungsantrag der F.D.P.** Dieser fordert ebenfalls extrem aufwendig zu erzielende Informationen vom Ministerium, macht aber nach unserer Ansicht auch noch inhaltliche Vorgaben. Hier hat man sich offensichtlich viele Gedanken darüber gemacht, wie man die Arbeitsförderung effektiver und vor allem effizienter gestalten könnte. Die politischen Forderungen, die diesem Antrag zugrunde liegen, können wir aber nicht mittragen. Wir meinen nicht, dass eine kurzfristige Überprüfbarkeit das Ziel sein darf. Es gibt deutliche **Grenzen der Planung und Evaluation**. Wir haben unsere Zweifel, ob es überhaupt möglich und sinnvoll ist, derart enge und strenge Kriterien als Maßstab für eine Evaluation der Arbeitsförderung anzulegen.

Gar nicht teilen können wir die von der F.D.P, aber auch von der CDU erklärte Zielsetzung, allein die Integration in den ersten Arbeitsmarkt als wesentlichstes Erfolgskriterium für die Arbeitsmarktpolitik zu betrachten. Selbstverständlich ist es begrüßenswert, wenn im Rahmen des Programms ASH 2000 angestrebt wird, so viele Personen wie möglich in dem ersten Arbeitsmarkt unterzubringen. Dabei sollte aber nicht aus den Augen geraten, dass es eine Menge Langzeitarbeitsloser gibt, die nur über den Umweg des **zweiten Arbeitsmarktes** wieder für den ersten fit gemacht werden können.

(Beifall beim SSW)

Gerade hier stellt ASH 2000 aber offensichtlich nicht nur eine Verbesserung dar. Die Umstellung der Förderung von einer **Projektförderung** auf eine **Einzelförderung** birgt Risiken, denn ein Teil der Mittel wird dem Beschäftigungsträger nur ausbezahlt, wenn eine

(Silke Hinrichsen)

individuell mit dem Land vereinbarte Vermittlungsquote in den ersten Arbeitsmarkt erreicht wird.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Das ist auch richtig!)

Dadurch entsteht die Gefahr - das hat der Herr Kollege Hentschel sehr schön ausgeführt -, dass Personen mit geringer Qualifizierung oder anderen Vermittlungshemmnissen nicht mehr genügend Berücksichtigung finden, weil bei der Auswahl der Personen noch mehr Wert auf bereits vorhandene Qualifikationen gelegt wird. Dadurch werden nach unserer Ansicht nicht zuletzt jene Träger benachteiligt, die sich in lobenswerter Weise besonders um die schwer vermittelbaren Personen kümmern.

Gerade weil deutlich erkennbar ist, dass wir einen „Sockel“ von sehr schwer in den ersten Arbeitsmarkt vermittelbaren Langzeitarbeitslosen haben, müssen wir dafür sorgen, dass diese eine Chance auf dem Arbeitsmarkt bekommen - auch wenn längere Wege gegangen werden müssen. Man sollte vielleicht darüber nachdenken, wie man das anders gestalten kann. Nur so lassen sich die auch von der CDU angesprochenen sozialen Probleme der Langzeitarbeitslosen lösen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Landesregierung erteile ich jetzt Frau Ministerin Moser das Wort.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Fünfminutenbeitrag ist nicht geeignet, Ihnen noch einmal die Philosophie von **ASH 2000** und den damit verbundenen Paradigmenwechsel zu erläutern. Das können wir im Ausschuss gern noch einmal tun. Ich will nur drei Dinge festhalten.

Erstens. ASH zielt auf den **ersten Arbeitsmarkt**. Das halte ich auch im Sinn der Betroffenen für richtig. Für Betroffene ist nichts schlimmer, als dreimal oder viermal in Warteschleifen des Arbeitsmarktes zu landen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW und Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Zweitens. ASH 2000 zielt auf **Effizienz** und **Effektivitätskontrollen**. Auch das ist richtig im Sinn aller Beteiligten.

Drittens. ASH - das ist ganz wichtig - lässt nicht diejenigen im Regen stehen, die nicht auf Antrieb in den ersten Arbeitsmarkt kommen können. ASH fördert nicht dieses Creaming-off, das hier befürchtet wird. Darüber können wir im Ausschuss sicherlich noch im Einzelnen reden.

Was den CDU-Antrag angeht, so könnte ich es mir jetzt leicht machen und sagen: Lesen Sie doch einmal nach, Herr Kalinka - „ziel: Zukunft im eigenen Land“, Richtlinien zu ASH 2000! Und lesen Sie doch einmal in den statistischen und analytischen Arbeitsmarktberichten nach, die dieser Landtag am 28. Januar zur Kenntnis genommen hat - leider ohne Aussprache; das bedauere ich unter diesen Umständen ganz besonders.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Längere Arbeitslosigkeit hat - das ist überhaupt keine Frage und ist auch nicht neu; ich freue mich aber, dass auch Sie jetzt diese Erkenntnisse hier zum Besten geben, Herr Kalinka - für die Betroffenen und ihre Familien zum Teil schwerwiegende negative Auswirkungen über den Verlust von Erwerbseinkommen hinaus: Demotivation, Dequalifikation, Verlust eines wichtigen sozialen Umfeldes, psychische Erkrankungen, psychosomatische Erkrankungen. Alles dies ist bekannt und vielfältig untersucht.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das wissen wir doch längst!)

Dass diese Konsequenzen mit der **Dauer der Arbeitslosigkeit** zunehmen, liegt auf der Hand.

Langzeitarbeitslosigkeit ist übrigens - wenn ich dies einmal in Klammern einschieben darf - eindeutig als „Arbeitslosigkeit länger als ein Jahr“ definiert.

Diese Konsequenzen sind der Landesregierung nicht nur bekannt, sondern sie sind ihr in ihrem arbeitsmarktpolitischen Handeln ständig präsent. Die Ergebnisse dieses Handelns können sich sehen lassen, denke ich.

Es ist schon angesprochen worden, dass wir uns bemühen, gerade auch im gering qualifizierten Bereich Menschen wieder in Arbeit zu bringen. Wir haben als erstes Land ein solches Modellprojekt auf den Weg gebracht - mit dem Erfolg: Wer zu früh kommt, den bestraft das Leben! Wir erhalten keine Bundesförderung, weil wir mit dem **Elmshorner Modell** schon angefangen haben. Ich möchte jetzt nicht die anderen Modelle, die wir erstmalig auf den Weg gebracht haben, nennen, weil meine Redezeit dafür nicht ausreicht.

Nur noch ein paar Zahlen! Der **Statistische Arbeitsmarktbericht** stellt für die Jahre 1998/1999 Verbes-

(Ministerin Heide Moser)

serungen bei nahezu allen wesentlichen beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Daten fest, stellt aber auch fest, dass die positiven Tendenzen noch weitgehend an den Langzeitarbeitslosen vorbei gingen. Aber: 1998 verzeichnet der Bericht noch einen Anstieg von 5 % gegenüber dem Vorjahr, 1999 jedoch bereits einen Rückgang um 8 %, um 3.300 Personen. Die Arbeitsmarktdaten des Landesarbeitsamtes Nord vom 5. September dieses Jahres bestätigen uns eine überdurchschnittliche Abnahme der Langzeitarbeitslosigkeit um 8,9 %; das bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen aktuellen Rückgang von über 3.600 Menschen, die nicht mehr unter die Langzeitarbeitslosigkeit fallen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Der monatliche **Rückgang** der Zahl der **Langzeitarbeitslosen** in Schleswig-Holstein liegt seit Monaten weit über dem Bundestrend. Wir haben jetzt eine noch zu hohe Quote von 33,2 %, aber der Bundesdurchschnitt der Langzeitarbeitslosigkeit liegt bei 36,2 %.

Weil es so beliebt ist, sage ich: Unsere Quote ist zu hoch, aber sie ist die zweitbeste Quote bundesweit; nur Bayern steht mit 31,3 % Langzeitarbeitslosen besser da.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daran können Sie auch erkennen, dass dies kein schleswig-holsteinisches Problem ist.

Wir verzeichnen im Übrigen auch bei den **älteren Arbeitslosen** über 55 Jahre einen aktuellen überdurchschnittlichen Rückgang von 11,6 % gegenüber 5,2 % bei den Arbeitslosen insgesamt. Das ist ein ganz wichtiger Hinweis gerade auch für ASH 2000, mit dem wir uns ja bemühen, diese Gruppe älterer Arbeitsloser besonders stark zu berücksichtigen.

Insgesamt kann die Konsequenz nur heißen: Wir müssen die jetzige Konjunktorentwicklung nutzen, den Sockel der Langzeitarbeitslosigkeit deutlich abzubauen und „Neuzugänge“ zu vermeiden. Dazu gehört auch das Ziel, das hier zitiert worden ist, allen Arbeitslosen, die länger als sechs Monate arbeitslos sind, ein Angebot zu machen. Darum geht es: ein Angebot zu machen! Die Landesregierung kann leider keine Arbeitsplätze „backen“. Aber dieses Angebot zu unterbreiten, ist schon anstrengend genug und wir brauchen dazu alle Beteiligten, auch die Unternehmen. Wir brauchen nicht nur arbeitsmarktpolitische Anstrengungen, sondern auch beschäftigungspolitische Anstrengungen und wir brauchen eine Weiterentwicklung des Arbeitsförderungsrechts, das eine entsprechende Ver-

pflichtung für die Akteure der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik enthalten sollte.

Lassen Sie mich noch einmal auf den **CDU-Antrag** zurückkommen. Die Landesregierung legt jährlich Arbeitsmarktbericht und Wirtschaftsbericht vor sowie einmal pro Legislaturperiode einen analytischen Arbeitsmarktbericht; er enthält nicht nur Zahlen, sondern auch Strategien und Bewertungen. Wem dies alles nicht reicht, dem seien die monatlichen Auswertungen des Landesarbeitsamtes und die jährlichen Berichte der Bundesanstalt sowie die zahlreichen Veröffentlichungen zum Beispiel des IAB empfohlen.

Ist denn vor diesem Hintergrund wirklich gemeint, was in dem CDU-Antrag steht? Herr Kollege Garg hat es schon gesagt: Was wollen Sie mit allen diesen Daten? Ich füge hinzu: Wir können Ihnen diese Daten gar nicht liefern.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Frau Ministerin, ich weise Sie nur darauf hin, dass Ihre Redezeit beendet ist.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Danke! Ich werde mich bemühen, diesen Satz als letzten Satz zu formulieren. - Wir können Ihnen diese Daten nicht liefern, weil wir nicht Daten über alle Tätigkeiten von Wirtschaft, Staat, Arbeitsämtern und Trägern von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen haben. Insofern kann es nicht um eine Totalerfassung aller Tätigkeiten gehen, die Ihnen vorschwebt. Ich denke auch, die Auswertung dürfte Ihnen schwer fallen, wenn wir die Daten denn überhaupt hätten. Mit unseren vorhandenen Daten und mit unserer tatsächlichen Arbeitsmarktpolitik setze ich mich mit Ihnen allen gern im Ausschuss auseinander und bedanke mich für die Kooperationsangebote von verschiedenen Seiten.

(Beifall bei SPD, F.D.P. und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Wer den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/215, sowie den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P., Drucksache 15/431, dem zuständigen Ausschuss überweisen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen. Die Anträge sind dem Sozialausschuss überwiesen.

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Ich rufe Punkt 13 der Tagesordnung auf:

Bundeswehrstrukturreform

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/351

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat für die CDU-Fraktion Herr Abgeordneter Heinz Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die **Bundeswehr** steht aufgrund veränderter sicherheitspolitischer Rahmenbedingungen vor einer grundlegenden **Umstrukturierung**. Der Verteidigungsminister hat sein Eckpfeilerpapier mit dem Titel „Für eine Erneuerung von Grund auf“ präsentiert. Wesentlicher Bestandteil ist die Festlegung des Umfangs der Streitkräfte von heute 320.000 Soldaten - davon 130.000 Wehrpflichtige und 140.000 zivile Mitarbeiter - auf 250.000 Soldaten bis zum Jahre 2005, davon 77.000 Wehrpflichtige und 80.000 bis 90.000 Mitarbeiter als Zivilpersonal - Friedensumfang -. Der Verteidigungsumfang soll von 250.000 Soldaten als Präsenzumfang um 250.000 - den sogenannten Aufwachsumfang - auf insgesamt 500.000 Soldaten steigerbar sein.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat Herr Scharping in seinem Papier unmissverständlich festgestellt, dass der Auftrag der Streitkräfte auch in Zukunft nur durch die allgemeine **Wehrpflicht** - auch als Teil der sicherheitspolitischen Vorsorge - sichergestellt werden kann.

Vor diesem Hintergrund ist die Diskussion über die Aussetzung der Wehrpflicht, wie sie die Freien Demokraten im Moment führen, genauso wenig nachvollziehbar, wie es die Äußerungen des Grünen-Fraktionschefs Hentschel sind, der in einer Pressemitteilung vom 5. September 2000 ausführt: „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen weiterhin zur Abschaffung der Wehrpflicht“. Die Äußerungen Hentschels machen nur eines deutlich - dass nämlich die schleswig-holsteinischen Grünen ihren Frieden mit der Bundeswehr noch lange nicht geschlossen haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen in unseren Streitkräften Wehrpflichtige zur Auftrags Erfüllung. Sie setzen sich mit ihrem Dienst aktiv für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung und die Menschenrechte ein und verdienen genau wie die Zivildienstleistenden unseren Dank und unsere Anerkennung. Sie haben einen Anspruch darauf zu wissen, dass die Politik ohne Wenn und Aber hinter ihrem Dienst steht.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und SSW)

Von der **Neuordnung der Streitkräftestruktur** wird auch Schleswig-Holstein betroffen sein. Bei einer anteiligen zukünftigen Strukturveränderung würde nach Angaben des schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten Opel Schleswig-Holstein zirka 800 Berufs- und Zeitsoldaten hinzugewinnen, zirka 4.600 Dienstposten für Grundwehrdienstleistende aufgeben müssen und zirka 5.200 Dienstposten für zivile Mitarbeiter mittelfristig verlieren. Da die Stationierungsentscheidungen neben strukturpolitischen Gründen dieses Mal vor allem durch Wirtschaftlichkeitsgründe beeinflusst werden, müssen wir unsere guten Argumente für einen weiterhin starken **Bundeswehrstandort Schleswig-Holstein** ins Feld führen, und zwar bevor der Grobentwurf für die Stationierungsplanung nach dem 31. Dezember 2000 zur Stellungnahme an die Länder weitergeleitet wird.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Dies ist sicherlich nicht für jeden einzelnen Standort im Land möglich. Aber es ist für diejenigen möglich, bei denen aufgrund der Neustrukturierung Veränderungen absehbar sind. Dies betrifft zum einen die Wehrbereichskommandos und die Wehrbereichsverwaltungen, die von sieben auf vier reduziert werden sollen und künftig als Regionalkommandos und Verwaltungsdirektionen ihre Aufgaben zu versehen haben.

Meine Damen und Herren, wir müssen dafür kämpfen, dass **Kiel** künftiger Standort für das **Regionalkommando** und die **Verwaltungsdirektion Nord** wird. Für die Stationierung des Regionalkommandos stehen die Chancen heute schon gut. Doch um auch die Verwaltungsdirektion Nord nach Kiel zu bekommen, sind noch erhebliche Kraftanstrengungen nötig.

Wenn ich sehe, wie sich der niedersächsische Ministerpräsident Gabriel persönlich für die Stationierung der neuen Verwaltungsdirektion Nord in Hannover einsetzt, wird mir aufgrund der Sprachlosigkeit der Ministerpräsidentin Simonis in dieser Frage angst und bange.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen: Es beruhigt mich auch nicht, wenn ich lese, dass Innenminister Buß die Federführung für die Bundeswehr übertragen bekommen hat. Ich fordere die Ministerpräsidentin auf: Machen Sie die Stationierungsfrage zur Chefsache.

(Beifall bei der CDU)

Zum anderen trägt auch die Aussage Scharpings in einem RSH-Interview, dass **Marine** und **Luftwaffe** in Schleswig-Holstein praktisch keine Reduzierung er-

(Heinz Maurus)

führen, nicht unbedingt zur Beruhigung bei. Erstens sind durch den Aufbau der Streitkräftebasis und des zentralen Sanitätsdienstes zumindest Veränderungen auch in diesem Bereich zu erwarten. Zweitens lässt schon die Aussage Negativentwicklungen im Bereich des **Heeres** in Schleswig-Holstein ausdrücklich zu. Ich fordere im Namen meiner Fraktion ausdrücklich und deutlich, sich für den Verbleib der Panzerbrigade 18 - Holstein - in unserem Lande massiv einzusetzen. Es geht hier um 2.450 Soldaten, davon 1.650 Wehrpflichtige und 605 Zivilbeschäftigte an vier Standorten. Und es geht dabei auch um den letzten Großverband, der hier in Schleswig-Holstein stationiert ist, der auch als einziger Großverband hier noch über schweres Gerät verfügt, das wir gerade aus Katastrophenschutzgründen im Lande dringend benötigen.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann darf es aber nicht Chefsache werden!)

Ich weiß, dass die Bundeswehr nicht dazu da ist, stationiert zu werden. Doch es geht bei der Stationierungsentscheidung um Menschen, die in diesem Land leben, Soldaten und Zivilbeschäftigte, die sich mit diesem Land identifizieren und auch hier ihrem dienstlichen Auftrag nachkommen können. Bei aller Einsicht in die Notwendigkeit von Veränderungen müssen diese nicht einfach als von Scharping gegeben hingenommen werden, sondern es muss doch zunächst ein Austausch von Argumenten stattfinden, bevor tatsächlich eine Entscheidung getroffen werden kann. Ich wiederhole: so frühzeitig wie möglich und nicht, wenn schon das erste Korsett eingezogen worden ist.

Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Hermann Benker das Wort.

Hermann Benker [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Maurus, ich halte Ihren Antrag im Augenblick für kontraproduktiv und für das Land Schleswig-Holstein nicht für förderlich.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Sagen Sie doch einmal, was Sie wirklich denken, Herr Benker!)

Sie wollen es mit dieser Resolution auf das Schema schieben: Wer gegen die Wehrpflicht ist, ist auch gegen die Bundeswehr. Das ist absolut unsinnig.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch Quatsch! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sagen wir ihm auch noch!)

- Hier ist es ohne Wenn und Aber gesagt worden. Gut. Dann brauche ich mich gar nicht weiter dabei aufzuhalten. Ich halte dies auch für einen Nebenkriegsschauplatz, und zwar ganz einfach deshalb, weil wir bereits am 29. Juni einen Antrag zur **Wehrstrukturreform** eingebracht haben, der den Titel trägt: „Auswirkungen der Neustrukturierung der Bundeswehr auf Standorte und Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein“. Am 11. Juli wurde ein Ergänzungsantrag des SSW vorgelegt. Diese beiden Anträge sind vom Parlament bereits beschlossen worden und werden umgesetzt.

Der entscheidende Punkt ist: Bis zum heutigen Tage ist keine Entscheidung gefallen, aber es ist eine Vielzahl von Gesprächen geführt worden. Bis die Grobentscheidung, von der Sie gesprochen haben, gefällt wird, laufen die Diskussionen innerhalb der Bundeswehr. Dort sind die Gespräche zu führen, weil wir die Einheiten in ihrer Argumentation zu stärken haben.

(Zuruf von der CDU - Jürgen Feddersen [CDU]: Dann ist es zu spät!)

- Wer sagt denn, dass es dann zu spät ist? Das ist, um es einmal zu sagen, ganz albern. Den Beweis hat Herr Rühle geliefert, als alle Argumente für Kronshagen sprachen und letztlich doch für das Krankenhaus in Hamburg entschieden wurde. Das war damals der entscheidende Sündenfall für Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn die Entscheidung noch nicht gefallen ist, muss einiges gesagt werden, weil - ich will es sagen - sich insbesondere Abgeordnete der CDU immer als Kaffeesatzleser betätigen.

(Holger Astrup [SPD]: Aber gern!)

Diesen Begriff verwende ich gern, weil nämlich Admiral Feist in seiner Abschiedsrede gesagt hat, jeder, der heute zu irgendeiner Strukturänderung irgendetwas sage, sei ein Kaffeesatzleser und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Deshalb will ich mich gern auf ein paar Tatsachen beschränken und Ihnen sagen:

Erstens. Veränderungen, die sich aus den **Empfehlungen der Strukturkommission** ergeben, werden erst ab 1. Januar 2002 beginnen und voraussichtlich in dem Zeitraum bis 2004 umgesetzt werden.

(Hermann Benker)

Zweitens. Der Einzelplan 14, der Verteidigungshaushalt, weist noch die Stärke von 339.356 Soldaten aus. Dies ist die Stärke nach Art. 87 a GG.

(Martin Kayenburg [CDU]: Der Entwurf!)

- Ja, der Entwurf. Aber er wird so verabschiedet werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nein!)

Denn alles wird erst 2001 abgesprochen und beginnt erst 2002, um das noch einmal zu sagen. Die so genannten geheimen Erläuterungen, die noch ausstehen, werden nichts über eine solche Veränderung sagen, sondern sind nur einzelne Erläuterungen zu bestimmten Titeln.

Drittens. Die Grobplanungen für Stationierungsentscheidungen aus dem Verteidigungsausschuss werden Ende September, spätestens Anfang Oktober vorliegen. Auch deshalb ist Ihr Antrag hinfällig.

Viertens. Die endgültige Stationierungsentscheidung, das heißt der Abschluss der Feinplanung, soll zum Ende des Jahres 2000 fallen, spätestens - wie Scharping gestern der „Financial Times“ gesagt hat - im Frühjahr 2001.

Entscheidend ist in dieser Vorphase: Was können wir bewegen und worauf haben wir uns einzustellen? Dazu gehört, dass wir, wenn wir von der Bundeswehr sprechen, immer vier Bereiche im Auge haben müssen und nicht allein die Soldaten.

Wenn wir von Bundeswehr sprechen, meinen wir erstens die **Streitkräfte** - dazu gehören die Wehrpflichtigen, die Zeitsoldaten und die Berufssoldaten -, zweitens die **Bundeswehrverwaltung** mit den zivilen Mitarbeitern, die in Zukunft sehr viel stärker betroffen sein wird und auch ein wesentlicher Bestandteil in Schleswig-Holstein ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Auch da werden Standorte hier im Lande geschlossen!)

- Richtig. Dort bestehen drei Teile. Das muss man nämlich auch noch sehen. Dies sind die reine Administration in der Verwaltung - Stichworte: BWV, Standortverwaltung -, dann die so genannten Hilfsdienste wie die geophysikalischen Beratungseinheiten, die im Ernstfalle sogar Soldaten werden können, wie der Kosovo-Einsatz gezeigt hat, und drittens der **Bundeswehrbeschaffungsbereich**, der vielfach aus der Betrachtung herausgelassen wird, die wehrtechnischen Dienststellen, die ebenso dazugehören,

(Martin Kayenburg [CDU]: Auch! Natürlich!)

und diese wiederum in Verbindung mit der Wehrtechnik, die ja im Zivilen angesiedelt ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Alle zivilen Dienste! Ja!)

Last, not least handelt es sich auch um den gesamten **Zulieferbereich**. Das alles ist in Ihrem Antrag nicht enthalten.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch Unsinn! - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie akklamieren ausschließlich für die Wehrpflicht und sonst nichts.

(Heinz Maurus [CDU]: Der Antrag besteht aus zwei Teilen, mit dem ersten haben Sie sich noch nicht vernünftig beschäftigt und mit dem zweiten ebenfalls noch nicht!)

- Herr Maurus, ich hätte mich gefreut, wenn wir zu einer gemeinsamen Resolution gekommen wären, so wie wir es 1990 und 1991 mit Herrn Hennig geschafft haben. Damals waren wir in der Opposition in Bonn und haben zusammen mit Ihnen eine Resolution in Richtung Bonn erwirkt. Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben. Deshalb beantrage ich auch die Überweisung des Antrages zur federführenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss und zur Mitberatung an den Innen- und Rechtsausschuss.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr vernünftig!)

Denn wir können für **Schleswig-Holstein** nur mit einer **gemeinsamen Resolution** etwas erreichen und nicht mit den zwei Punkten, die Sie zusammengetragen haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in den Gesprächen die besonderen Strukturen Schleswig-Holsteins darzulegen. Der Innenminister kann darauf eingehen, was in der Zwischenzeit diesbezüglich geschehen ist. Außerdem haben wir die Besonderheiten in der Wehrtechnik - wehrtechnische Dienststelle in der Zusammenarbeit mit Werften und anderen Firmen - zu beachten.

Was das **Wehrbereichskommando Küste** betrifft, stimme ich Ihnen zu: Die Besonderheit dieses Wehrbereichskommandos mit seiner Verbindung in den Ostseeraum, in die baltischen Staaten und so weiter haben wir darzustellen. Aber dies geschieht in einem Gespräch und das gehört in eine etwas größere Resolution als die, die Sie uns hier vorgelegt haben.

Wichtig ist es für Schleswig-Holstein, lebensfähige Strukturen zu erhalten; daran werden wir mitarbeiten

(Hermann Benker)

und in diesem Sinne werden wir auch in den Ausschüssen zu einer gemeinsamen Resolution kommen. Davon bin ich fest überzeugt.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die F.D.P.-Fraktion erhält jetzt Herr Abgeordneter Joachim Behm das Wort.

Joachim Behm [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Man kann sich jetzt natürlich mächtig für die Bundeswehr ins Zeug legen; das haben beide Vorredner getan. Aber was letztlich real dabei herauskommt, das steht äußerst infrage.

Vorab gesagt: Wir wollen eine getrennte Abstimmung haben, um die verschiedenen Dinge, die zur Abstimmung stehen, entsprechend bewerten zu können.

Das Lieblingstier des deutschen Soldaten ist die eierlegende Wollmilchsau.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dieses vielseitige Wesen lebt vornehmlich als mentale Repräsentation in den Köpfen derjenigen, die neue Waffensysteme fordern. Diese Geräte sollen immer alles auf einmal können und möglichst viele widersprüchliche Absichten in einem System vereinen.

Die **Strukturreform der Bundeswehr** scheint eine politische eierlegende Wollmilchsau zu werden. Alle wollen alles, um möglichst allen offenen und verdeckten Einsichten und Widersprüchen gerecht zu werden. Alle wollen das: Die Armee soll professioneller werden, die Soldaten sollen besser ausgebildet werden und die Ausrüstung soll besser werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie auch?)

Alle wollen, dass die Armee gesellschaftlich integrierend wirkt, alle wollen, dass die Armee stärker zur politischen Bildung beiträgt und auch die wirtschaftliche Struktur stärkt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Und deshalb wollen Sie die Wehrpflicht aussetzen?)

Als Nebenwirkung soll die Armee auch kleiner und billiger werden. Wie soll eine kleinere Armee stärker integrierend wirken, wie soll eine bessere Ausbildung und Ausrüstung für professionellere Soldaten billiger werden, wie soll eine kleinere Armee die regionale Wirtschaftsstruktur weiter stärken?

Ich behaupte, dass der politische Ansatz falsch ist, die Bundeswehr aus der Perspektive der eierlegenden Wollmilchsau reformieren zu wollen.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In Artikel 87 a des Grundgesetzes heißt es: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ Im erweiterten Einsatzspektrum fallen unter den Verteidigungsbegriff des Grundgesetzes die Landes- und die Bündnisverteidigung, die UNO-Einsätze und die Katastrophenhilfe. Dieser **Verfassungsauftrag** muss Ausgangspunkt und Wegweiser der Reform sein - nicht gesellschafts- oder strukturpolitische Ziele.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das gilt auch für die Wehrpflicht. Die Wehrpflicht ist kein Selbstzweck. Sie existiert auch nicht, um die Personaldecke der sozialen Dienste zu sichern

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

oder einen Teil der jungen männlichen Deutschen politisch zu bilden oder den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Die **allgemeine Wehrpflicht** wurde geschaffen, um es einer Präsenzarmee in Zeiten des Kalten Krieges zu ermöglichen, innerhalb kürzester Zeit in hinreichender Stärke zur Landesverteidigung an der innerdeutschen Grenze aufmarschieren zu können.

Die **politische Lage** hat sich grundlegend geändert. Das erfordert eine neue Beurteilung und ein neuer Entschluss sollte logisch aus dieser Beurteilung folgen: Die Ostgrenze der NATO ist nicht mehr der Elbe-Lübeck-Kanal im festen Blick der ersten strategischen Angriffsstaffel des Warschauer Paktes. Sie liegt jetzt an der polnischen Ostgrenze. Mit Russland arbeitet die NATO in der Partnerschaft für den Frieden zusammen.

Brauchen wir also noch die Präsenzarmee? Alle Kommissionsberichte und Absichtserklärungen der Bundesregierung verneinen diese Frage und nennen eine sehr viel kleinere Zahl von Grundwehrdienstleistenden, als bisher eingesetzt wurden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Es würden nur noch 20 bis 25 % der Männer eines Geburtsjahrganges zum Grundwehrdienst eingezogen. Das ist zu wenig, um die Wehrpflicht verfassungsrechtlich zu begründen.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Hermann Benker [SPD])

(Joachim Behm)

Die Wehrpflicht - das ist uns allen klar - ist ein verfassungsrechtlicher Eingriff in die Grundrechte. Es ist das Wesensprinzip des Rechtsstaates, dass Eingriffe in die Rechte der Bürger hinreichend begründet werden und für den Bürger speziell vorhersehbar sein müssen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Werden diese Prinzipien nicht eingehalten, könnte der Eingriff verfassungswidrig sein.

Genau dieses Schicksal könnte dem **Grundwehrdienst** blühen, wenn die jetzigen Planungen umgesetzt würden. Wenn nur noch ein Viertel oder ein Fünftel eines Geburtsjahrganges eingezogen werden, kann von einer allgemeinen Wehrpflicht keine Rede mehr sein.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Auswahl des einzelnen Grundwehrdienstleistenden würde ein nahezu willkürlicher Akt sein. Eine Verfassungsklage gegen diese Praxis hätte möglicherweise Erfolg. Deshalb lehnt die F.D.P. den Antrag ab.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dazu nun ein persönlicher kleiner Spagat, den ich machen muss. Sie wissen, die Aussetzung der Wehrpflicht wurde in der F.D.P. mehrheitlich beschlossen. Ich gehöre zur qualifizierten Minderheit

(Lachen und vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

und kann mir eine so genannte gesetzlich begründete Auswahlwehrpflicht nach schwedischem Muster vorstellen. - Ich komme gleich zum Schluss. - Dennoch kann ich ohne Verrenkung die Mehrheitsmeinung der Liberalen vertreten.

Zu Punkt 2 des Antrages! Ich fordere den Antragsteller auf, uns die **Bundeswehrstandorte in Schleswig-Holstein**, die geschlossen werden sollen, zu nennen, damit die Bundeswehr kleiner, feiner und billiger werden kann und gleichzeitig die regionale Wirtschaftskraft gestärkt werden kann.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der SPD sowie Beifall der Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel, das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe eine Vorbemerkung an meinen Kollegen Benker zu richten. Im Zusammenhang mit einer Bundeswehrdebatte ist es gefährlich, das Wort „Nebenkriegsschauplatz“ zu gebrauchen. Das könnte missverstanden werden.

(Heiterkeit des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Zur Panzerbrigade 8 möchte ich auch eine Vorbemerkung machen:

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: 18!)

Das ist natürlich ein Problem, wenn wir die nächste Schneekatastrophe bekommen!

(Heiterkeit des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Jetzt zum Ernst! Der Antrag der CDU ist eigentlich überflüssig, denn der Landtag hat bereits im Juli einen Berichtsantrag von SPD und Grünen verabschiedet, der die Landesregierung auffordert, über die Auswirkung der **Strukturreform der Bundeswehr** auf unser Land zu berichten.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Das Bundeskabinett hat sich für das Modell von Verteidigungsminister Scharping zur Bundeswehrreform entschieden. Die Umsetzung seiner Vorschläge wurde auf Drängen der Grünen-Bundestagsfraktion an die Einhaltung der mittelfristigen Finanzplanung gebunden. Das heißt konkret, die Verteidigungsausgaben dürfen nicht nur nicht ansteigen, sondern der Verteidigungshaushalt muss auch zur Konsolidierung des Gesamthaushalts bis 2003 beitragen.

Ich halte das angesichts der weltpolitischen Situation auch für richtig. Damit sind die finanziellen Spielräume der Bundeswehr eng gesteckt. Es gibt viele Fachleute, die meinen, dass die von Scharping geplanten Reformen bezüglich Verkleinerung und Modernisierung der Bundeswehr deshalb nicht zu finanzieren seien.

Wir begrüßen es, dass für die Bundeswehr weniger Geld ausgegeben werden soll.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dass nun die Anzahl der **Bundeswehrstandorte** in Deutschland verringert wird, ist nur folgerichtig und dabei wird auch Schleswig-Holstein betroffen sein -

(Karl-Martin Hentschel)

darüber müssen wir uns klar sein, wenn wir diese Zielvorgaben für richtig halten.

Bei besonders strukturschwachen Standorten hat die Bundeswehr eine wichtige wirtschaftspolitische Bedeutung, die kaum auszugleichen ist. Das ist auch ein Punkt, über den wir uns klar sein müssen und der natürlich in der Debatte eine Rolle spielen muss.

In dieser Diskussion fordern die Grünen unter anderem den Erhalt der **Wehrbereichsverwaltung in Kiel**. Aus strukturpolitischer Sicht halten wir eine Verlagerung nach Hannover für nicht sinnvoll. Es muss ja nicht alles nach „Schröder-Land“ gehen, nachdem 16 Jahre lang Bayern, Baden-Württemberg und die Pfalz bedient wurden.

(Vereinzelter Beifall bei der F.D.P. sowie Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Günter Neugebauer [SPD])

- Ich danke, dass ich darin auch von SPD-Kollegen unterstützt werde.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber nur Neugebauer hat geklatscht!)

- Nein, nein, es waren mehrere.

Für den Standort Kiel spricht auch die enge Verzahnung mit Mecklenburg-Vorpommern, die sich in den letzten zehn Jahren ergeben hat. Das ist der Grund, weshalb ich auch an der Unterschriftenaktion mit meiner Unterschrift teilgenommen habe.

Die von der Bundesregierung beschlossene personelle Verkleinerung der Bundeswehr und die Kürzung des Verteidigungshaushaltes werden von der grünen Landtagsfraktion ausdrücklich begrüßt. Durch die **Privatisierung** von Aufgaben und den **Personalabbau** bei Soldaten und Zivilbeschäftigten möchte der Verteidigungsminister Mittel für investive Maßnahmen erwirtschaften. Es ist logisch, dass die Bundeswehr in der heutigen weltpolitischen Lage eine völlig andere Aufgabe hat als noch vor zehn, fünfzehn Jahren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Einsätze!)

Weil sie eine völlig andere Aufgabe hat, muss sie entsprechend anders gestaltet, organisiert, ausgerüstet sein.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es hilft überhaupt nichts, wenn es Leute gibt, die meinen, man könnte weitermachen wie bisher. Ich halte es für eine der größten Fehlentscheidungen der Neunzigerjahre, dass der damalige Verteidigungsminister, der

auch in Schleswig-Holstein eine Zeit lang Ambitionen gehabt hat, sozusagen die Rüstungspolitik aus dem Kalten Krieg einfach linear fortgesetzt und damit der Bundeswehr eine Situation beschert hat, die ihr heute drastische Probleme bereitet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Abgeordneter Hentschel, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich will nicht nachtragend sein; heute ja.

(Heiterkeit)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Kollege Hentschel, ich weiß nicht, warum Sie nachtragend sind. Ich habe nie eine Zwischenfrage verweigert. - Herr Kollege Hentschel, habe ich Ihre jetzigen Ausführungen richtig verstanden, dass auch die grüne Landtagsfraktion nunmehr den Sinn der Bundeswehr nicht mehr nur in der Landesverteidigung sieht, sondern auch in Out-Of-Area-Einsätzen im internationalen Bereich?

Entschuldigung, Sie müssen Ihre Frage wiederholen, deutlich und langsam. Ich habe sie nicht verstanden, obwohl meine Hörgeräte an sind.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Habe ich Ihre Ausführungen eben richtig verstanden, dass auch die grüne Landtagsfraktion die Aufgabe der Bundeswehr nunmehr nicht nur in der Landesverteidigung sieht, sondern auch in der Teilnahme an Out-Of-Area-Einsätzen im internationalen Bereich?

Ich möchte das folgendermaßen beantworten: Ich glaube, dass es für ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland in der heutigen Welt eine Verantwortung gibt, friedentiftend tätig zu sein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Friedentiftend!)

Meine Zielvorstellung ist, wegzukommen von nationalen Armeen und hinzukommen zu **internationalen Einheiten**, die im internationalen Raum **Polizeiaufgaben** wahrnehmen. Dann besteht tatsächlich die Notwendigkeit, in bestimmten Situationen einzugreifen, wie wir es im Kosovo erlebt haben.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold)

(Karl-Martin Hentschel)

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Hermann Benker [SPD] und Günter Neugebauer [SPD]

Wir bedauern, dass der Bericht der Weizsäcker-Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ mit ihren Vorschlägen keine Rolle gespielt hat. Angesichts dieses Berichts hätten viele Fragen der Bundeswehr ehrlich diskutiert werden können. Die Grünen wollen die Abschaffung der **allgemeinen Wehrpflicht**. Ein solcher Zwangsdienst für junge Staatsbürger ist nicht mehr zeitgemäß. Wir freuen uns, dass sich die F.D.P. auf ihrem Parteitag etwas in diese Richtung bewegt hat, noch sehr unentschlossen, nicht Fisch und nicht Fleisch, aber immerhin etwas.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ach, Herr Kollege Hentschel!)

Ich freue mich auch über den Beschluss des Landeshauptausschusses der SPD von vor drei Jahren, der jetzt im Sommer in einer Presseerklärung posthum veröffentlicht worden ist, dass auch die SPD Schleswig-Holstein die Wehrpflicht abschaffen will.

(Holger Astrup [SPD]: Kein Beschlussorgan, Herr Kollege!)

Das hat mich etwas überrascht. Da gibt es wohl unterschiedliche Meinungen. Der CDU muss ich sagen: Mit Ihrer Meinung, dass es eine extremistische oder bundeswehrfeindliche Position ist, wenn man über die Wehrpflicht diskutiert, stehen Sie ziemlich allein.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Hermann Benker [SPD] und Günter Neugebauer [SPD] - Martin Kayenburg [CDU]: Das hat niemand je behauptet!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Lars Harms.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir machen das jetzt wie die dänische Armee!)

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die derzeit sehr kontrovers geführte Diskussion über die **Strukturreform** der Bundeswehr ist nach Auffassung des SSW notwendig und richtig. Angesichts der neuen Aufgaben, die die Bundeswehr wahrnimmt, muss hier etwas geschehen. Wir sind jedoch nicht der Meinung, dass die Aufgabe der allgemeinen Wehrpflicht Gegen-

stand einer solchen Debatte sein sollte, da sich nach Auffassung des SSW die allgemeine Wehrpflicht bewährt hat.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Heinz Maurus [CDU])

Mit Errichtung der Bundeswehr wurde in Deutschland ein Modell geschaffen, das zum ersten Mal die Armee in der Demokratie verankert. Dieses Modell hat maßgeblich dazu beigetragen, den Bürger in Uniform der Bevölkerung näher zu bringen. Mit Abschaffung der Wehrpflicht würde ein gesellschaftspolitisch wichtiger Bestandteil in der Sicherheitspolitik abgeschafft werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist der Schulterchluss mit den Konservativen!)

Zur Aufgabe der Bundeswehr gehört es unter anderem auch, demokratische Werte zu vermitteln, die auch nach außen getragen werden - sei es in Deutschland oder im Ausland. Das Modell der Bundeswehr hat sich bewährt und ist Ideengrundlage für andere Armeen.

Die Geschichte hat uns gelehrt, dass eine **Berufsarmee** dem Risiko unterliegt - zumindest in unserem Land -, sich zu einer elitären Gemeinschaft zu entwickeln, die isoliert in der Gesellschaft dasteht und sich zum Staat im Staate entwickeln kann.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist wie bei der Polizei!)

Hierbei sehe ich die Gefahr einer indifferenten Haltung gegenüber dem demokratischen System. Daher sollten wir die Möglichkeit für einen Staat im Staate gar nicht erst schaffen. In ihrer jetzigen Form stellt die Bundeswehr auch durch ihre Wehrpflichtigen ein Spiegelbild der Gesellschaft dar. Es ist auch künftig wichtig, dass sich jeder mit der Bundeswehr identifizieren kann.

Wenn wir über eine mögliche Abschaffung der Wehrpflicht diskutieren, dürfen wir einen weiteren wichtigen Aspekt in diesem Zusammenhang nicht vergessen, nämlich den **Zivildienst**. Das eine darf ohne das andere nicht betrachtet werden. Erst durch die **Wehrpflicht** in der Bundeswehr haben wir in Deutschland einen Zivildienst bekommen. Uns allen dürfte klar sein, dass große Teile im Sozialbereich zusammenbrechen würden, wenn wir keine Zivildienstleistenden hätten. Im Übrigen gilt dies auch für viele Bereiche im Umwelt- und Naturschutzbereich.

Nachdem am Bundeswehrstandort Schleswig-Holstein im Verhältnis zu anderen Bundesländern mittlerweile überproportional gekürzt wurde, darf es keine weiteren

(Lars Harms)

Streichungen von **Bundeswehrstandorten** in Schleswig-Holstein geben.

(Beifall bei SSW und CDU)

Eine allgemeine betriebswirtschaftliche Sichtweise der Bundeswehr ist sehr problematisch, da sie nicht mit einem Wirtschaftsunternehmen vergleichbar ist, auch wenn Herr Scharping sie gern wie ein Wirtschaftsunternehmen führen möchte. Er geht sogar so weit, dass er bereit ist, wichtiges **militärisches Know-how** zugunsten von ökonomischen Effekten zu opfern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Habt ihr ihm die Rede geschrieben?)

Dies hat uns die Problematik um das Marine-Materialdepot in Ladelund gezeigt. Hier wurden die Nachschubleistungen öffentlich ausgeschrieben, um über kurz oder lang das Nachschubgeschäft aufzugeben. Hiervon haben die Mitarbeiter nur rein zufällig beim Surfen im Internet erfahren.

(Heinz Maurus [CDU]: Skandal!)

Über den schlechten Führungsstil hinaus hat diese Art von Management zweierlei weitere Auswirkungen: Die Arbeitsplätze in der Region werden gefährdet, was sich negativ auf die Kaufkraft in der Region auswirkt, und die Bundeswehr wird in Zukunft im Nachschubbereich kein adäquates Know-how mehr haben. Dies ist eine beängstigende Entwicklung, nicht nur für unser Land, sondern für die ganze Bundeswehr.

Es ist wichtig, dass auch in Zukunft eine übergeordnete Strukturpolitik im Auge behalten wird. Es gilt Bundeswehrstandorte auch dort anzusiedeln, wo es für die wirtschaftliche Entwicklung eines Standortes am sinnvollsten ist.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Daher spricht diese These auch eindeutig für Kiel gegenüber Hannover als Standort des Wehrbereichskommandos Küste und der Wehrbereichsverwaltung.

(Beifall)

Die Standortpolitik der Bundeswehr ist auch Strukturpolitik für eine Region.

(Anke Spoorendonk [SSW]: So ist es!)

Daher muss sich die Bundesregierung von mehr leiten lassen als nur von der reinen Wirtschaftlichkeit. Ansonsten sollten wir konsequenterweise die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland einem privaten Wachdienst übertragen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir stimmen dem CDU-Antrag in der Sache zu, sind aber gern bereit, den Antrag noch einmal im Ausschuss zu diskutieren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

Vielleicht lässt sich dann die vom Kollegen Benker angesprochene gemeinsame Resolution noch auf den Weg bringen. Allerdings muss dies schnell geschehen.

(Beifall bei SSW und CDU sowie vereinzelt bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auch Hay hat bei der Rede geklatscht!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt Damen und Herren der Europäischen Akademie Sankelmark mit Gästen aus den neuen Bundesländern

(Beifall)

und Damen und Herren des Städteverbandes Schleswig-Holstein unter Leitung der Vorsitzenden, Frau Stadtpräsidentin Cathy Kietzer. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die Landesregierung erteile ich jetzt Herrn Innenminister Buß das Wort.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jetzt aber klare Worte!)

Klaus Buß, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Wehrpflicht werde ich von dieser Stelle aus nichts sagen. Die meisten von Ihnen kennen möglicherweise meine Meinung. Wer sich näher interessiert, den lade ich herzlich zum 3. Oktober nach Neumünster ein zu der von Herrn Maurus erwähnten Panzerbrigade 18, bei der ich die hohe Ehre habe, die Vereidigungsrede zu halten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Machen Sie da eine Reserveübung oder was?)

- Die würde auch Ihnen vielleicht einmal Not tun.

(Heiterkeit - Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Bundeswehr kann niemals Selbstzweck sein, deshalb ist es selbstverständlich, dass wir bei einer veränderten Situation in Europa, in der Welt über eine Reform nachdenken müssen. Das wird geschehen.

Ich glaube kaum, dass das hier der richtige Ort ist, großartig Verteidigungspolitik zu machen. Ich glaube, dafür sind wir alle keine Experten. Für uns muss es vielmehr darum gehen - so habe ich auch die Redebeiträge verstanden -, die negativen Folgen für unser

(Minister Klaus Buß)

Land zu kanalisieren und so gering wie möglich zu halten.

(Vereinzelter Beifall)

Einige Hinweise: Vor etwa zehn Jahren - auch das ist schon erwähnt worden; aber die Zahlen sind hochspannend, wenn man sie sich zu Gemüte führt - war das Problem der **Truppenreduzierung** der Bundeswehr schon einmal akut. Es mussten sehr schmerzliche Verluste hingenommen werden. Das Land musste zwischen 1990 und 1998 den **Abbau** von 35.000 - ich wiederhole: von 35.000 - zivilen und militärischen Stellen in den Standorten der Bundeswehr verkraften. Das entsprach einer Abbaquote von immerhin 41,6 %. Das muss man sich einmal „reinziehen“! Durch die BGS-Reform II - das muss in diesem Kontext gesagt werden, meine ich - gingen dem Land noch einmal zirka 750 Dienstposten verloren. Das sind Einschnitte, die für ein so kleines Land wie **Schleswig-Holstein** weiß Gott nicht leicht zu verkraften sind.

Mit dem Eckpfeilerpapier „Die Bundeswehr - sicher ins 21. Jahrhundert“ hat der Bundesverteidigungsminister Scharping nun seine Vorstellungen für eine Erneuerung der Bundeswehr vorgelegt. Dabei bedeutet Erneuerung nicht unbedingt eine Verbesserung aus Sicht unseres Landes, sondern wir müssen ganz einfach damit rechnen - das wurde hier in den Beiträgen auch deutlich -, dass das Land Schleswig-Holstein bei der Reduzierung natürlich nicht ungeschoren davonkommen kann. Denn bei einer Reduzierung der Zahl der Soldaten um zwischen 50.000 und 70.000 - ich nenne einmal diese Zahlen - und einer Reduzierung des Zivilpersonals um rund ein Drittel - das sind zusammen genommen mehr als ein Korps -, kann das Land Schleswig-Holstein natürlich nicht ungeschoren davonkommen. Ich glaube, da sollten auch keine zu großen Hoffnungen geweckt werden, denn das wäre für die Verhandlungen nicht nützlich. Letztlich - weil nichts entschieden ist - steht alles auf dem Prüfstand.

Was heißt das alles? - Ich nenne Ihnen auch dazu noch ein paar Zahlen: Es geht um immerhin 62 Standorte. Wenn man sich dazu eine Karte von Schleswig-Holstein anschaut, sieht man dass sie relativ gleichmäßig über das Land verteilt sind. Von den 62 Standorten - ich nehme mir mal die Zeit, Ihnen das zu sagen - sind 17 Standorte mit unter 50 Dienstposten, 20 mit 51 bis 500 Dienstposten, 13 mit 501 bis 1.000 und 12 über 1.000 Dienstposten. Wir haben insgesamt 28.295 Soldaten und 12.865 zivile Dienstposten. Das sind zusammen immerhin noch über 41.000 Dienstposten. Das ist eine gewaltige Zahl, über die wir hier reden. Und natürlich - das ist hier mehrfach angesprochen worden und ich sehe das auch mit als den wichtigsten Punkt an - ist gerade Kiel ein Zentrum des Geschehens

- wenn ich das einmal so formulieren darf. Wir haben hier das Wehrbereichskommando I Küste und wir haben die Wehrbereichsverwaltung. Wir alle wissen - das ist angesprochen worden -, die in Deutschland vorhandenen jeweils sieben Wehrbereichskommandos und Wehrbereichsverwaltungen sollen auf jeweils vier reduziert werden. Da steht natürlich Kiel zur Disposition - das kann gar nicht anders sein -, denn unser größter Konkurrent Hannover würde ja im Falle eines Falles sein Wehrbereichskommando, seine Wehrbereichsverwaltung komplett verlieren. Das ist so leicht nicht zu machen; da wollen wir uns alle gemeinsam nichts vormachen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Die haben doch noch andere Standorte!)

- Ja, wir doch auch.

Herr Maurus, jedes Land kämpft vehement, so wie wir auch, um seine Standorte, um seine Soldaten und seine Zivilposten sowie seine Einrichtungen, die mit der Bundeswehr zusammenhängen. Bis heute ist nichts entschieden. Ich will nicht das Wort vom Kaffeesatzlesen wiederholen. Bis heute ist nichts entschieden. Natürlich wird nachgedacht; das ist doch alles klar. Das produziert Gerüchte, aber sicher keine Wahrheiten. Deshalb sollten wir uns alle hüten, mit vermeintlichen Wahrheiten oder mit Gerüchten ans Licht der Welt zu gehen. Das schafft Unsicherheit und erschwert die Verhandlungen. Das sage ich mit großem Ernst.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Verteidigungsminister hat gestern eine Presseerklärung herausgegeben, in der das noch einmal klargestellt wird, was ich bereits wusste, dass nämlich die großen Entscheidungen in der **Grundstruktur** Anfang Oktober fallen werden, Mitte Oktober gehen sie in die entsprechenden Gremien hinein und im Frühjahr des nächsten Jahres wird über die Einzelstandorte entschieden werden.

Ich sehe an der Lampe, dass ich hier mit meiner Rede eigentlich wieder aufhören muss. Das finde ich sehr bedauerlich.

(Heiterkeit im ganzen Haus - Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte Ihnen nämlich noch gern sagen, was wir bisher getan haben. Vielleicht gestattet mir das Präsidium - auch im Interesse des Hauses -, hier eine Minute länger zu sprechen.

Ich stehe im ständigen Kontakt - dafür bin ich auch sehr dankbar - mit dem Präsidenten der Wehrbereichsverwaltung und dem Befehlshaber des Wehrbereichs-

(Minister Klaus Buß)

kommandos I. Dafür habe ich mich bereits bei Admiral Feist ausdrücklich bedankt. Dieser Kontakt wird nach seiner Amtsübernahme mit Admiral Leder sofort wieder aufgenommen werden. Dadurch habe ich die Möglichkeit, immer die ersten Informationen zu haben und genau zu wissen, was läuft.

Noch während der Kieler Woche hatte Heide Simonis mit dem Verteidigungsminister Scharping gesprochen. Ich war dabei. Das war ein sehr konstruktives Gespräch, bei dem vor allem hier im Nordverbund - das ist in erster Linie angesprochen worden - die Verbindung Mecklenburg-Vorpommerns mit Schleswig-Holstein angesprochen worden ist. Da haben wir zusammen wirklich Punkte machen können.

Ich stehe natürlich im engen Kontakt mit Oberbürgermeister Gansel, der mit Kiel besonders betroffen ist. Wir tauschen uns ständig aus. Ich habe im Juli 2000 die Vertreter aller Fraktionen eingeladen, um sie über den Stand und die Möglichkeiten zu unterrichten. Es stehen Gespräche an, jetzt am Samstag mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Schulte und wenig später - ich sage einmal kein genaues Datum, aber genau punktiert auf die Zeit, zu der die Vorlagen im Verteidigungsministerium bei ihm sind, aber noch nicht unterschrieben - mit Staatssekretär Biederbick. Ich glaube, diese Gespräche sind genau „getimed“. Ich werde die Fraktionen nach den Gesprächen wieder unterrichten, so wie ich das zugesagt habe.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns in dieser schwierigen Situation für unser Land an einem Strang ziehen, dann haben wir zumindest eine nicht ganz unerhebliche Chance, das Schlimmste für Schleswig-Holstein abzuwenden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Meine Damen und Herren, neben den schon begrüßten Vertreterinnen und Vertretern des Städteverbandes Schleswig-Holstein haben wir auch die Freude, Damen und Herren des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages sowie Vertreterinnen und Vertreter des Landkreistages begrüßen zu dürfen. Herzlichen Dank und herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Unter den Damen und Herren des Landkreistages begrüße ich auch Herrn Kreispräsidenten Zylka aus Segeberg. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir fahren mit der Beratung fort. Das Wort zu einem Drei-Minuten-Beitrag hat Herr Abgeordneter Heinz Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben ausgeführt: Bundeswehr kann nicht Selbstzweck sein. Sie haben uns eingeladen, hier an einem Strang zu ziehen. Dazu sind wir selbstverständlich bereit.

Ich mache noch einmal darauf aufmerksam: Wir haben im Moment zwei Verfahren laufen. Der Berichts Antrag, der zurzeit läuft, zielt darauf ab, Auswirkungen in den Griff zu bekommen. Da ist es auch wichtig, dass der Wirtschaftsminister die Federführung hat. Unser Antrag zielt darauf, dann, wenn das Grobkonzept da ist - und ich beziehe mich jetzt nicht auf die „Financial Times“ oder Pressemitteilungen, sondern ich beziehe mich hier auf die Weisungen des Generalinspektors zur Ausplanung der Streitkräfte, in denen die Terminlage sehr konkret vorgegeben ist -, vorbeugend tätig zu werden.

Dort ist nachzulesen, dass am 30. August die **Grobplanung** für die **Zivilverwaltung** abgeschlossen worden ist. Daraus ist zu entnehmen, dass zum 30. September die Grobplanung für die Teilstreitkräfte und die Streitkräftebasis vorliegt. Dem ist ebenfalls zu entnehmen, dass nach dem 1. April 2001 die Umorganisation mit ersten Schritten fortgesetzt werden soll. Von daher ist es doch richtig und wichtig, dass wir alle gemeinsam noch einmal versuchen, auf die zu treffenden Standortentscheidungen Einfluss zu nehmen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Kollege Benker, ich nehme Ihren Antrag sehr gern auf. Wir sind bereit, uns im Innen- und Rechtsausschuss - den halte ich für den federführenden, in der ersten Phase auch für den zuständigen Ausschuss; wenn wir dann anschließend über Auswirkungen und Konversion reden müssen, ist mit Sicherheit der Wirtschaftsminister der Ansprechpartner - gemeinsam und mit der Regierung mit den Argumenten auseinander zu setzen, die wir ins Feld führen können, um den starken Bundeswehrstandort Schleswig-Holstein so gut wie möglich zu halten.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir treten in die Abstimmung ein. Es ist die Überweisung federführend an den Innen- und Rechtsausschuss, mitberatend

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

an den Wirtschaftsausschuss beantragt worden. Wer der Überweisung des Antrages Drucksache 15/351 zunächst an den Innen- und Rechtsausschuss, mitberatend an den Wirtschaftsausschuss zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 in Verbindung mit Tagesordnungspunkt 25 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Zielvereinbarung zwischen dem Land und den Hochschulen**

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/365

b) Weiteres Verfahren zum Abschluss von Zielvereinbarungen mit den Hochschulen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/379

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Dem ist nicht so. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die Fraktion der F.D.P. hat der Herr Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zerstörerisch, feige und konzeptionslos - diese Eigenschaften kennzeichnen den gegenwärtigen Kurs der Landesregierung gegenüber den **Hochschulen** Schleswig-Holsteins.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, bei den Schulen ist es eine Selbstverständlichkeit, dass der Arbeitgeber, das heißt das Land Schleswig-Holstein, die tarif- und besoldungsbedingten Kostensteigerungen, das heißt die Kostensteigerungen bei den Personalkosten für die Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen, übernimmt. Bei den Hochschulen soll diese Selbstverständlichkeit nicht gelten. Die Landesregierung verweigert den Hochschulen - anders als beispielsweise die Länder Nordrhein-Westfalen und Hamburg - einen **Ausgleich** für solche **Personalkostensteigerungen**. Dies entlarvt die schönen Reden der Regierungsvertreter über den Strukturwandel und die Modernisierung im Hochschulbereich als pure Heuchelei.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Landesregierung treibt die Hochschulen immer tiefer in eine Krise. Die Hochschulen werden gezwungen, frei werdende Stellen unbesetzt zu lassen, ohne dabei Mittel für neue Vorhaben in Forschung und

Lehre umschichten zu können, das heißt ohne die gewünschten Strukturveränderungen im Hochschulbereich, nämlich den Aufbau neuer Forschungsgebiete und neuer Studiengänge, überhaupt noch finanziell darstellen zu können.

(Jürgen Weber [SPD]: So einfach ist das nicht!)

Die Folge ist: Die vorhandenen **Studienangebote** werden ausgehöhlt und abgeschafft, neue Angebote sind aber nicht finanzierbar. Die Einschnitte treffen vorwiegend nach dem Zufallsprinzip diejenigen Bereiche, in denen jetzt oder in nächster Zeit Stellen frei werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Diese zerstörerische Politik soll offenbar nach dem Willen dieser Landesregierung noch auf die Spitze getrieben werden; denn kürzlich habe ich in einem Gespräch mit dem Rektorat einer schleswig-holsteinischen Hochschule - ich kann es konkret benennen: mit dem Rektorat der Universität Flensburg - gehört, dass man in Vorgesprächen über die nächsten Zielvereinbarungen, die ab 2002 gelten sollen, vom Ministerium zu hören bekommen habe, dass vonseiten des Landes eine fünfprozentige globale Kürzung des Hochschuletats angestrebt werde. Das, meine Damen und Herren, schlägt dem Fass den Boden aus!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Unter solchen Bedingungen - Sie wissen doch, dass die Hochschulen in ein Korsett öffentlich-rechtlicher Rahmenbedingungen bezüglich des Besoldungsrechts, des Tarifrechts und der sonstigen Kostentruktur eingebunden sind und dass sie gar nicht in der Lage sind, das zu erwirtschaften, was Sie den Hochschulen als Einsparbeitrag abverlangen, meine Damen und Herren - wird das, wenn Sie so weitermachen, zu einer sukzessiven Demontage im Hochschulbereich führen.

Sozialdemokraten und Grüne reden in ihren Sonntags- und Feiertagsreden eine ganz andere Sprache. Zur „Feier“ der Einbringung des Bundeshaushalts hat beispielsweise der Bundesfinanzminister Hans Eichel am 12. September im Deutschen Bundestag erklärt - ich zitiere -: „Auch muss vor allen Dingen in Bildung in den Köpfen und in Fertigkeiten der Hände in der nächsten Generation investiert werden. Denn das ist deren und unser künftiger Reichtum.“

Das alles kann ich unterschreiben. Es sind schöne Worte, aber handeln Sie auch dort danach, wo Sie vor Ort in der Landespolitik die Verantwortung tragen!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(Dr. Ekkehard Klug)

Meine Damen und Herren, die F.D.P.-Fraktion wird im Zuge der bevorstehenden Haushaltsberatungen unter Beweis stellen, dass es durch unsere Anträge zum Landeshaushalt möglich ist, die Hochschulen finanziell so solide auszustatten, dass sie diese Belastungen, denen die Landesregierung sie aussetzt, tragen können. Wir werden ihnen die **Finanzausstattung** geben, die sie brauchen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU])

Das werden wir mit konkreten Haushaltsanträgen unterfüttern. Wir werden zeigen, dass man die Hochschulen vor einem Bildungsabbau bewahren kann.

Aber wenn denn schon aus Ihrer Sicht Kürzungen unumgänglich sind, wenn das Ihre Position sein sollte, meine Damen und Herren, kann man das im Rahmen eines vernünftigen **Strukturkonzeptes** nur dann machen, wenn man so verfährt, wie es beispielsweise das Land Nordrhein-Westfalen in einem Qualitätspakt mit den Hochschulen macht. Dort gibt es mit der Unterschrift des Ministerpräsidenten Clement vom 4. Juni 1999 die klare Vereinbarung, dass tarifbedingte, besoldungsanpassungsbedingte Kostensteigerungen vom Land ausgeglichen werden. Im Gegenzug gibt es ein zehnjähriges Konzept, das vorsieht, dass tausend Stellen an den Hochschulen Nordrhein-Westfalens wegfallen und tausend Stellen für innovative Bereiche umgewidmet werden.

Nordrhein-Westfalen hat 15 Universitäten und 12 Fachhochschulen, an denen mehr als elfmal so viele Studierende ausgebildet werden wie in Schleswig-Holstein. Das muss man im Vergleich der Größenordnungen bedenken. Nur so, in solchen Zeiträumen und mit einem solchen Strukturkonzept kann man bei derart massiven Einsparungen überhaupt noch in einem mittelfristigen Zeitraum Strukturentwicklungen ermöglichen, das heißt nur dann, wenn es eine solche Planungssicherheit gibt.

Wir meinen, dass derartige Einschnitte nicht sinnvoll und auch nicht notwendig sind. Aber wenn Sie, meine Damen und Herren von der Mehrheit in diesem Landtag, schon den Standpunkt vertreten, dass Einsparungen beziehungsweise Kürzungen im Hochschulbereich notwendig seien, kann man das nur in einem Maßnahmenkonzept sinnvoll realisieren, wie es von Nordrhein-Westfalen praktiziert wird. Man kann nicht nach der Methode vorgehen, die den schwarzen Peter ausschließlich den Hochschulen zuschiebt und sie damit in eine ausweglose Haushaltslage mit ständig, von Jahr zu Jahr bruchstückhaft zusammengestückelten Notmaßnahmen und Kürzungen treibt. Diese bisherige Hochschulpolitik der Landesregierung muss ein Ende finden!

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die CDU-Fraktion als Antragsteller der Drucksache 15/379 erteile ich nun Herrn Abgeordneten Jost de Jager das Wort.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum zweiten Mal in diesem Jahr werden wir einen Haushalt beraten, der für die Hochschulen des Landes **Globalzuschüsse** vorsieht, und zum zweiten Mal werden dabei nicht für alle Hochschulen des Landes gültige **Zielvereinbarungen** vorliegen.

(Jürgen Weber [SPD]: Abwarten!)

Das ist bedauerlich; denn im Grunde ist die Idee richtig. Statt kleinteiliger kameralistischer Einzeltitel sieht der Haushalt nun nur noch einen Globalzuschuss für jede Hochschule mit dem Betrag X vor. Dies reduziert zwar die Debatte auf die Höhe des Globalzuschusses, es konzentriert die Diskussion aber auch auf die Frage, ob der Zuschuss X in einem realistischen Verhältnis zum Auftrag Y steht.

In dem Verfahren sind im Wesentlichen vier Beteiligte vorgesehen: Die Ministerin und der jeweilige Rektor verhandeln und unterschreiben die Zielvereinbarung - wie geschehen -; die Landtagsmehrheit stimmt dem Globalzuschuss zu - wie geschehen - und der Senat der Hochschule seinerseits muss der Zielvereinbarung auch noch zustimmen. Und eben dies will der Senat der CAU nicht tun. Seit einem Vierteljahr steht ein Dokument im Raum, Frau Erdsiek-Rave, das Ihre Unterschrift trägt, das aber in der Universität partout keine Zustimmung finden will - mit dem Ergebnis, meine Damen und Herren, dass in der Hochschulfinanzierung inzwischen Zustände herrschen wie auf einem orientalischen Basar.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Immer wieder tauchen auf Zuruf Summen auf, von denen vorher niemand etwas wusste und bei denen gar nicht so recht klar ist, woher sie kommen. Rechtzeitig zur entscheidenden Senatssitzung der CAU im August bot das Ministerium kurzerhand 4,5 Millionen DM für die CAU an, die selbstverständlich rein gar nichts mit dem bestehenden Defizit der Hochschule zu tun haben, sondern angeblich zweckgebunden sein werden.

Nun hat der Senat immer noch nicht zugestimmt und mittlerweile ist die Zweckbindung der 4,5 Millionen DM aufgehoben; sie stehen der Universität nun zur freien Verfügung.

(Jost de Jager)

Letztlich war darüber hinaus in einer Zeitung Folgendes zu lesen - es war ein Artikel, in dem auch Herr Neugebauer vorkommt -: Nachdem die Universität aus dem Topf einen Betrag von 3,5 Millionen DM erhalten hat, soll es nun mit der Finanzierung weitergehen. Herr Hay hat vorgestern in seiner Haushaltsrede gesagt, dass 5 Millionen DM im Raum stünden. Kein Mensch weiß genau, welche Summen nun wirklich gelten.

(Jürgen Weber [SPD]: Sie müssen das Programm richtig lesen!)

Mit klaren Vorgaben für die Hochschulfinanzierung hat dies alles nichts zu tun, meine Damen und Herren. So wie Sie es angestellt haben, ist die Einführung von Zielvereinbarungen mit den Hochschulen in Schleswig-Holstein gescheitert.

(Zuruf von der CDU: Zu Recht!)

Dieses Vorgehen von Ihnen hat dazu geführt, dass ein eigentlich richtiges Steuerungsinstrument hier bei uns im Lande diskreditiert ist. Das gilt auch für die **Zielvereinbarung mit der Fachhochschule Kiel**. Der im Februar von der FH unterschriebene Vertrag habe aus Sicht der Hochschule den Elchtest nicht bestanden, sagte der Kanzler der FH Kiel den „Kieler Nachrichten“ am 26. Juli. Das Sparen - so führte er weiter aus - habe sich nicht gelohnt. Sicherstes Zeichen dafür, dass dies der Regierung auch aufgegangen ist, ist der rüde Ton, den Regierungsvertreter mittlerweile im Umgang mit den Hochschulen anschlagen.

Nachdem der Senat der CAU am 25. August der Zielvereinbarung nicht zugestimmt hatte, schimpfte **Staatssekretär** Stegner über eine angebliche „Verhinderungsfraktion“ an der Kieler Universität, die Reformen nicht wolle. Er bezeichnete den AStA als den „verlängerten Arm der Opposition“ - Vertreter des AStA, der übrigens nicht nur von der JU getragen wird, sondern auch von den Jusos, sind ja hier.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Und den Liberalen!)

Herr Stegner ließ sich wörtlich darüber aus,

„da gibt es so manche Professoren, die mit Zulagen fast so viel verdienen wie die Ministerpräsidentin. Die denken nicht an die Zukunft der Hochschule oder daran, dass die Universität mit Steuermitteln finanziert wird.“

(Martin Kayenburg [CDU]: Hört, hört!)

Nun weiß ich ja aus Erfahrung, dass sich der Staatssekretär nicht immer ganz im Griff hat, und wollte von der Landesregierung wissen, ob sie die Bewertung des

Staatssekretärs teile. Ja, antwortete die Ministerin, das tue sie. Der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag hat das als schlechten Stil bezeichnet. Ich bezeichne das als Ausweis Ihrer Hilflosigkeit.

(Beifall bei der CDU)

Was bei den Hochschulen angekommen ist, ist die Erkenntnis, dass sie jetzt geschlossen vorgehen müssen. Daher ist es auch kein Wunder, dass der neue Vorsitzende der **Landesrektorenkonferenz** bereits angekündigt hat, die Hochschulen wollten künftig nur noch gemeinsam und geschlossen mit der Regierung über **Zielvereinbarungen** diskutieren. Diese Ankündigung sollte Sie nicht kalt lassen, Frau Erdsiek-Rave, denn im kommenden Jahr stehen die Neuverhandlungen der Zielvereinbarungen mit den meisten Hochschulen im Lande an. Wenn Sie dann nicht mehr einzelnen Hochschulen gegenüber sitzen, sondern der versammelten Reihe der Rektoren, werden Sie nicht mehr teilen und herrschen können, wie Sie es bisher getan haben. In diesem Zusammenhang möchte ich auf unsere Forderung zurückkommen, dass wir einen **Landeshochschulplan** für diese Verhandlungen brauchen.

Ich möchte auch noch einmal auf das Verhältnis des Globalzuschusses X mit den Aufgaben der Hochschule Y zurückkommen. Wir können nicht für eine mehrjährige Dauer - drei Jahre sollen es jetzt sein - **Globalzuschüsse** festlegen - das können wir auch als Haushaltsgesetzgeber nicht machen -, ohne genau festzulegen, was die einzelne Hochschule an Aufgaben zu erfüllen hat. Das führt dazu - wie an der CAU -, dass 200 Stellen eingespart werden müssen. Das sind 10 % der Stellen, die die Hochschule insgesamt hat. Das ist eine isolierte Entscheidung, die dort aus Finanznot getroffen werden muss, die aber natürlich strukturelle Folgen für die Hochschullandschaft hier hat. Wir wollen, dass diese Maßnahmen koordiniert und nicht isoliert stattfinden, als ein positives Element der Profilbildung und nicht aus blanker Finanznot, was es ist. Im Moment werden **Hochschulstrukturen** im Lande dadurch gesetzt, dass Planstellen zufällig frei werden oder dadurch, dass Lehrbeauftragte einen schlechten Kündigungsschutz haben und deshalb - wie an den Fachhochschulen - im Moment reihenweise wieder nach Hause geschickt werden.

(Beifall bei der CDU - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Richtig!)

Das ist keine vernünftige Politik. Wir würden uns von Ihnen wünschen, Frau Erdsiek-Rave, dass Sie mit genauso klaren Worten Ihre Hochschulplanung darlegen, wie Sie Professoren beschimpfen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Weber.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beiträge der beiden Oppositionsvertreter zeigen mir, die Tatsache, dass das Land Schleswig-Holstein mit acht von neun Hochschulen bereits **Zielvereinbarungen** vereinbart hat

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Ausgetrickst hat!)

und die letzte kurz bevorsteht, hat offensichtlich so viel Ärger verbreitet, dass Konfusion und der Blick für die Realitäten ein wenig verloren gegangen sind. Das macht aber nichts, denn wir müssen uns nach meiner Meinung einer präzisen Beschreibung der Probleme, die tatsächlich bestehen, stellen.

(Zuruf der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU])

Deswegen will ich auf grundsätzliche Aussagen zur Funktion von Zielvereinbarungen, zur Landeshochschulplanung und mehr - das ist ja der x-te Aufguss, den wir heute haben; ich darf da auf meine Ausführungen aus der 98. und der 102. Sitzung der 14. Wahlperiode und der 7. Sitzung der 15. Wahlperiode verweisen - verzichten.

(Zuruf des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

Ich möchte mich auf fünf Bemerkungen beschränken.

Erstens: Wir werden weiterhin dafür Sorge tragen - das ist ja auch in den Ausführungen von Herrn Hay in der Haushaltsdebatte deutlich geworden -, dass wir das auch für die **CAU** vorliegende **Strukturkonzept**, das den Gremien der Hochschule zur Beratung vorliegt - ob es nun in der einen oder anderen Form verändert wird oder nicht -, in der Größenordnung und Quantität voll mit Landesmitteln finanzieren wird unter Einbeziehung bereits erfolgter und unter Umständen zu erwartender Tarifanpassungen im Jahre 2001. Das ist ein klares Wort. Ich füge hinzu, die 4,5 Millionen DM aus den Haushaltsmitteln 2000 sind ein Beleg dafür, dass sich die Landesregierung der Probleme bewusst ist und dort, wo geholfen werden muss, auf der Grundlage klarer Richtlinien, klarer Bedingungen und klarer struktureller Vorgaben auch hilft.

Zweitens: Wir bleiben dabei, dass wir für das Jahr 2002 und die folgenden Jahre mindestens dreijährige Zielvereinbarungen brauchen, um wirklich mehr Planungssicherheit, mehr Entwicklungsmöglichkeiten und

auch mehr Spielraum bei der Ausschöpfung von Hochschulautonomie bei **Strukturentscheidungen** zu haben. Das bleibt unsere Leitlinie in der Hochschulpolitik. Daran werden wir festhalten. Das wird noch eine große Aufgabe sein. Über die dann zur Verfügung zu stellenden Budgets gibt es überhaupt noch keine Vorberatungen. Ich weise darauf hin, dass Budgetgeber immer noch der Landtag ist. Eine Kürzung von 5 % ist eine Zahl, die vielleicht spekulativ im Raume steht. Mir ist sie nicht bekannt und ich halte sie auch nicht für vorstellbar.

Drittens: Ich weise darauf hin, dass die Hochschullandschaft nicht allein aus der CAU besteht. Alle Hochschulen des Landes werden sich bei der Neubestimmung der Ziele auch an der **Umsetzung der vereinbarten Ziele** messen lassen müssen. Die beinhalten vieles: Qualität von Studium und Lehre, von Weiterbildung, Internationalisierung. Dabei gilt es natürlich zu berücksichtigen, dass aufgrund der Tatsache, dass die Zielvereinbarung mit der CAU aus den verschiedensten Gründen deutlich später als mit den anderen Hochschulen geschlossen wird, die Umsetzung dort nicht im gleichen Maße Maßstab für die nächste Zielvereinbarung sein kann. Dort wird man natürlich die besonderen Bedingungen zu berücksichtigen haben und auch besondere Hilfestellung leisten müssen.

Viertens: Die Sicherheit der Arbeit der Hochschulen braucht auch mittelfristig so viel finanzielle **Planungssicherheit**, dass wir bei der Aufstellung künftiger Globalbudgets für die Hochschulen und bei künftigen Zielvereinbarungen verbindliche Aussagen in der mittelfristigen Finanzplanung über die Anpassung der Mittel an Tarif- und Besoldungssteigerungen brauchen. Auch dazu hat Herr Hay Ausführungen im Rahmen der Haushaltsdebatte gemacht.

In der Summe werden wir auf dem vorhandenen quantitativen und qualitativen Niveau eine Basis für eine vernünftige und gedeihliche Entwicklung der Hochschulen finden. Zu den verschiedenen Formen der Polemik will ich nichts sagen. Die internen Beratungen in der CAU will ich nicht kommentieren. Es ist Aufgabe der Gremien, zu Entscheidungen zu kommen. Ich bin der festen Überzeugung, sie werden zu guten Beschlüssen kommen. Dann erst werden wir das zu kommentieren haben, aber sicherlich nicht vorher.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Mein sehr geehrten Damen und Herren! Als wir vor einigen Wochen zu Beginn des Sommers über dieses Thema sprachen, hatte ich deutlich gemacht, dass auch vom **Bund** ein Signal zum Thema **Hochschulen** ausgehen müsse. Seither ist keine Woche vergangen, in der nicht die Bundeswissenschaftsministerin darauf hingewiesen hat, dass wir eine **Strukturreform** brauchen, dass wir bei der Messung der Leistungen von Forschenden und Lehrenden andere Parameter brauchen. Es hat Anstrengungen aufgrund des großen Geldsegens gegeben, den Eichel unerwartet hoch ereilt hat, auch Mittel für die Investitionen an den Hochschulen abzuweigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Kampf ist noch nicht zu Ende. Ich bitte alle diejenigen, die sich für die Hochschulen so stark machen - gerade vonseiten der Opposition -, daran mitzuwirken, dass auch hier in Schleswig-Holstein etwas davon ankommt. Denn die Hochschulen sind in der Tat unterfinanziert. Darin sind wir uns einig. Sie sind unterfinanziert wie vieles in diesem Lande, weil wir eben Einnahmerückgänge haben, weil wir eine neue **Haushaltsslage** haben, die Anfang dieses Jahres so nicht voraussehbar war.

Herr Klug, weil Sie und der Vertreter der CDU, der sich hier so stark macht, meinen, alles müsste über den Landtag geregelt werden, sage ich: Wir haben auch in sonstigen Bereichen der **Landesverwaltung Budgetvereinbarungen**. Natürlich besteht auch dort das Problem, dass man Budget- und Tarifsteigerungen hat und gucken muss, wie das zusammenpasst. Es gibt auch dort keinen Automatismus mehr.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen. Gleichwohl schließe ich mich den Ausführungen von Herrn Weber zu diesem Thema an. Wir müssen natürlich ein vernünftiges Verhältnis von Budget und zu erwartender Leistung haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Geste des Ministeriums im Sommer hat deutlich gemacht, dass in diesem Jahr noch bestimmte Summen nachzuschießen sind. Ich darf das hier einmal so locker formulieren. Sie sind aber an die ersten Schritte der Strukturreform gebunden, von denen ich auf einige eingehen möchte.

Wir haben die Festlegungen des **Strukturkonzepts** noch einmal in den **Zielvereinbarungen**. Das bedeutet beispielsweise ganz konkret die Zusammenfassung der biologischen Institute zu zwei Instituten, die Zusammenfassung verwandter Institute der philosophischen

Fakultät, Strukturreformen im Bereich der Agrar- und Ernährungswissenschaften und Zusammenführung der Agrarökonomie mit der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät. Ich würde diese gern noch konkreter sehen, aber es sind immerhin - deutlich normiert - Formulierungen enthalten, die auf die **Evaluation von Forschung und Lehre** hinweisen.

In diesem Semester sind hier die ersten Schritte zu unternehmen. Das ist für die CAU, die bisher nur in einzelnen Fachbereichen Erfahrungen hat, ein großer Schritt nach vorn. Ich erwarte allerdings, dass hierzu dann, wenn wir im Jahr 2002 ein längerfristiges Konzept für die Zielvereinbarungen haben, sehr präzise Aussagen gemacht werden. Es kann nicht sein, dass das, was an Fachhochschulen schon längst üblich ist und auch aus dem Ausland an Evaluation bekannt ist, in Kiel nicht ankommt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin gewiss, dass sich diejenigen, die an diesen Fragen nach vorn gerichtet arbeiten, darüber freuen, dass dieses Thema Eingang in die Zielvereinbarungen gefunden hat. Wir haben es im Übrigen damals in unserem Kriterienkatalog an erster Stelle verabschiedet, den wir als Landtag den Zielvereinbarungen zugrunde gelegt haben. Wir haben gesagt, die Qualität der Lehre und des Studiums soll verbessert werden. Dabei kommt der Evaluation besondere Bedeutung zu. Das war unser erster Punkt, auf den weitere aufbauen.

Sie werden mich auch in der Frage der **Frauenförderung** nicht müde sehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch hier ist jetzt die Chance da. Wir haben eine Reihe von frei werdenden Stellen und es ist eben nicht so, wie Herr Dr. Klug sagte, dass sie alle gestrichen werden. Es sind Möglichkeiten der Umschichtung da, wenn auch sehr viel bescheidener, als es wünschenswert wäre, denn wir würden gern mit sehr viel höherem Tempo arbeiten. Das ist in der Tat aufgrund der Sparmaßnahmen nicht möglich.

Trotzdem möchte ich mich an einer Stelle kritisch äußern. Im Hinblick auf die **ökologischen Ziele** sind zwar einzelne Fachbereiche - wie die Schwerpunkte Multimedia, Ökologie und Osteuropaforschung - genannt. Im Hinblick auf die Operationalisierung dieser Ziele, auch im Hinblick auf die Operationalisierung dessen, was beispielsweise eine ökologische Bewirtschaftung der Institutsgebäude bewirken kann, bleibt aber sicher noch viel zu tun. Man muss jedoch sehen, unter welchem Zeitdruck, unter welchem Innovationsdruck und unter welchem Widerstreit der Interessen diese ersten Zielvereinbarungen stehen. Ich sehe sie als

(Angelika Birk)

einen ersten Schritt, dem ein längerfristiges Konzept folgt.

Ich bitte alle diejenigen in der Opposition, die selber keine eigenen Vorschläge machen - außer dass sie sagen, sie möchten das alles formal im Landtag noch einmal verhackstücken, ohne dabei zu sagen, in welche Richtung sie gehen wollen -, ich bitte Sie herzlich: Schüren Sie nicht weiter Unruhe an der Hochschule, sondern unterstützen Sie die Reformkräfte. Wir brauchen sie für eine zukunftsfähige Universität.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Günter Neugebauer
[SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort. Lassen Sie mich aus gegebenem Anlass darauf hinweisen, dass sowohl das Plenum als auch die Logen und die Tribüne ein absolut handyfreier Raum sind.

(Beifall im ganzen Haus)

Anke Spoorendonk [SSW]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist nicht lange her, dass wir beschlossen haben, den **Hochschulen** mehr finanzielle Eigenständigkeit zu gewähren. Man kann aber offensichtlich nicht oft genug unterstreichen, wie die neuen Strukturen sind. Davon zeugen jedenfalls die vorliegenden Anträge. Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, was wir gemacht haben, als wir vor nicht allzu langer Zeit in diesem hohen Haus beschlossen haben, dass es **Zielvereinbarungen** geben soll. Der Landtag macht strategische Zielvorgaben. Die Landesregierung vereinbart mit den Hochschulen Zielvereinbarungen und die Hochschulen erstellen auf der Basis dieser Zielvereinbarungen ihre **Globalbudgets**. Das ist die beschlossene Vorgehensweise, an die wir uns erst einmal halten sollten.

Gerade deshalb, weil diese Struktur erst einmal umgesetzt werden muss, halte ich den Vorschlag der CDU, zuerst einen **Landeshochschulplan** zu erstellen, für falsch. Es geht jetzt darum, die Zielvereinbarung mit der CAU unter Dach und Fach zu bringen. Der Konfliktpunkt ist im Wesentlichen die Berücksichtigung der Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst. Diese Forderung können wir nachvollziehen. Es ist klar, dass man da nachverhandeln muss. Es gibt auch entsprechende Aussagen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Jetzt werden wieder alle an einen Tisch müssen, und wir werden dies im Rahmen der **Haushaltsberatung**

zu berücksichtigen haben. Wichtig ist, dass die Zielvereinbarung jetzt getroffen wird. Ich bin zuversichtlich, dass wir diese Kuh vom Eis holen werden. Wenn ich aber sage, dass wir die Forderung nach einer Berücksichtigung der Tarifsteigerungen für berechtigt halten, dann muss gleichzeitig gesagt werden, dass wir hier nicht mit zweierlei Maß messen können. Was der CAU zusteht, ist auch für die anderen Hochschulen recht und billig. Anders ausgedrückt: Es gibt nicht nur die Landesuniversität, sondern es gibt viele Universitäten und Fachhochschulen des Landes Schleswig-Holstein. Es gibt also eine Hochschullandschaft. Diese muss entlastet werden.

Wir sind uns sicherlich einig darüber, dass die **Reformierung der Hochschulen** schnell fortschreiten muss. Ich verstehe aber die Ungeduld der beiden Anträge nicht. Die Zielvereinbarung mit der CAU ist ein Problem, das schnell vom Tisch muss. Danach werden weitere Schritte gemacht werden. Wir können - und müssen - uns dann auch Gedanken über einen Hochschulplan machen. Wir können über Anpassungsklauseln diskutieren und müssen auch darüber reden, dass auch innerhalb der Uni reformiert werden muss und neue Steuerungsinstrumente eingeführt werden müssen. Zum Beispiel müssen auch die Institute Globalbudgets und Autonomie bekommen.

Entscheidend ist und bleibt aber erst einmal, dass wir das umsetzen, was wir bereits beschlossen haben. Die Zielvereinbarung mit der CAU wird abgeschlossen werden. Es bringt überhaupt nichts, deshalb jetzt den vorgesehenen Ablauf insgesamt in Frage zu stellen. Ich werde für den SSW vorschlagen, den F.D.P.-Antrag noch einmal im Ausschuss zu beraten. Meine Ausführungen über die Reihenfolge - erst Zielvereinbarung, dann Hochschulplan - machen deutlich, dass ich den CDU-Antrag nicht mittragen kann.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Günter Neugebauer [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann es wirklich kurz machen, denn ich habe nur zwei Anmerkungen zu den vorliegenden Anträgen.

Wir können Punkt 3 unseres Antrags zurückziehen. Nachdem wir unseren Antrag eingereicht hatten, der die **Vorlage der Zielvereinbarungen** im Landtag fordert, ist uns vom Ministerium ein Paket mit den

(Dr. Ekkehard Klug)

inzwischen abgeschlossenen Zielvereinbarungen zu-geleitet worden. Das heißt, dass unsere in Punkt 3 unseres Antrags erhobene Forderung mittlerweile erfüllt wurde.

Zum CDU-Antrag möchte ich sagen: Kollege de Jager, ich halte es nicht für machbar, nach Semesterbeginn Ende Oktober bis Weihnachten mit den Hochschulen einen **Landeshochschulplan** zu diskutieren, der einigermaßen aussagefähig und solide und nicht eine bloße Addition von Wunschzetteln einzelner Hochschulen oder Fakultäten ist, sondern ein abgestimmtes Konzept darstellt. Es ist - unter Einbeziehung der einzelnen Gruppen an den Hochschulen - nicht machbar, bis zum Ende des Jahres 2000 einen sinnvollen Diskussionsprozess über einen neuen Landeshochschulplan mit den Beteiligten einzuleiten. Ich halte eine solche Abstimmung mit den Betroffenen aber doch für ganz wesentlich. Einen Landeshochschulplan kann man nicht par ordre du mufti sozusagen von oben verordnen. Der muss beraten werden. Deshalb ist meiner Ansicht nach der CDU-Antrag nicht beschlussfähig.

(Beifall bei F.D.P. und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Erdsiek-Rave, das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! **Zielvereinbarungen** mit den Hochschulen sind Neuland. Wir haben deshalb auch viel Zeit gebraucht, um sie einvernehmlich mit allen **Hochschulen** in Schleswig-Holstein auszuhandeln. Alle Hochschulen haben zugestimmt. Bei der CAU fehlt die abschließende Zustimmung des Senats. Wie Sie wissen, sind sie paraphiert. Der Senat beschäftigt sich nunmehr mit den Zielvereinbarungen im Zusammenhang mit dem **Strukturkonzept II**, das das Rektorat vorgelegt hat. Ich gehe davon aus, dass sich der Senat mit beiden Papieren nunmehr abschließend beschäftigt.

Leider haben wir zu keinem Zeitpunkt - das muss ich insbesondere der CDU-Fraktion vorwerfen - die strategischen Fragen der Entwicklung der Hochschulen in Schleswig-Holstein diskutiert. Die inhaltlichen Fragen, wie sich die Hochschulen weiterentwickeln sollen, haben für Sie nie eine Rolle gespielt. Sie sind leider nie wirklich Gegenstand der Debatten hier im Parlament gewesen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das ist völlig richtig!)

Was die Opposition in dieser schwierigen Situation offenbar einzig nicht interessiert, sind knappe öffentliche Haushalte. Das wird in diesen Debatten schlicht ausgeblendet. Gestern redet man so, heute redet man so. Sie tun so, als könnten wir alle durch die Tarifierhöhungen gebotenen Steigerungen der Haushalte sozusagen automatisch im Voraus festschreiben - nichts anderes haben Sie hier gefordert, Herr Dr. Klug.

Der Vergleich mit NRW hinkt ebenso wie der Vergleich mit dem Lehrerbudget. Lesen Sie einmal nach, was die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen zu den Zielvereinbarungen gesagt haben. Sie haben sie als brutales Diktat der Landesregierung beschrieben. Sie können nun hier nicht so tun, als sei das dort sozusagen in Harmonie ausgehandelt worden. Mitnichten! Der Abbau von 1.000 Stellen in **Nordrhein-Westfalen** ist unter erheblichem Druck und keineswegs konfliktfrei vereinbart worden.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das habe ich auch nicht dargestellt!)

Das war keineswegs konfliktfrei. Das können Sie hier wirklich nicht so darstellen.

Der Vergleich mit dem Lehrpersonal hinkt natürlich ebenfalls. Dort haben wir keine **Globalbudgets**, wo wir etwa Mittel für Sachausgaben und Mittel für Personalausgaben ausgleichen könnten. Der Vergleich, der auch in den Zielvereinbarungen festgelegt ist - das ist natürlich schwierig für die Hochschulen; das ist vollkommen klar -, ist der mit den Budgets in den übrigen Verwaltungen. Wenn wir dort - das wissen Sie auch; das steht im Text der Zielvereinbarung - Tarifierhöhungen bekommen, bekommen sie auch die Hochschulen. Diese Verknüpfung ist gemacht worden. Ich weiß, dass das für die Hochschulen schwierig ist. Mit dem Lehrerbudget aber können Sie es wirklich nicht vergleichen, weil dort jede Stelle wieder besetzt werden muss. Das ist politisch vereinbart. Das muss auch so sein, weil die Kinder schließlich unterrichtet werden müssen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Es gibt auch Studenten, die ausgebildet werden müssen!)

und eine politische Vereinbarung besteht. - Sie wissen doch ganz genau, dass die Hochschulen - deshalb ist es auch so schwierig, das jetzt innerhalb der Strukturreformen auszuhandeln - Spielraum haben in der Art und Weise, wie sie ihren Betrieb gestalten. Sie können doch nicht so tun, als sei das sozusagen Automatismus und gesetzlich festgelegt, woran kein Mensch etwas ändern könne. Deshalb werden ja Strukturen verändert. Das ist auch richtig so. Sie können nicht so tun,

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

als sei das alles gar nicht notwendig. Das finde ich bei Ihnen einfach unehrlich.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das stimmt nicht!)

Das ist einfach hohl und unehrlich - um Ihnen einmal ein Stück der Unverschämtheiten zurückzugeben, die Sie hier formuliert haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Der CDU muss ich sagen: So hopplahopp mal eben einen **Landeshochschulplan** aufzustellen - das ist genauso realitätsfremd und sachlich nicht geboten.

(Caroline Schwarz [CDU]: Wie lange beantragen wir das schon!)

Auch ohne einen aktualisierten und fortgeschriebenen Landeshochschulplan machen Zielvereinbarungen einen Sinn. Denn gerade darin sind die Profilbildungen der einzelnen Hochschulen, beispielsweise durch innovative Studiengänge, konkretisiert.

Im Übrigen darf ich Sie an den großen **Bericht zur Strukturreform** der Hochschulen von 1997 erinnern, in dem klare perspektivische Darstellungen, Festlegungen enthalten sind. Auch dieser Strukturbericht war eine wesentliche Grundlage für den Abschluss der Zielvereinbarungen.

Lassen Sie sich eines sagen. Der Zeitplan für die Fortschreibung des Landeshochschulplans nach § 18 des Hochschulgesetzes steht bereits seit längerem fest. Wir sind danach gefragt worden. Wir haben es Ihnen gesagt. Bis Mitte der Legislaturperiode werden wir den neuen, fortgeschriebenen Landeshochschulplan vorlegen.

(Zuruf von der CDU: Das sagen Sie jedes Mal!)

- Bitte?

(Frauke Tengler [CDU]: Das sagen Sie jedes Mal!)

- Ich glaube nicht, dass Sie sich da richtig erinnern, werte Frau Kollegin. Sie haben mehrfach die Forderung erhoben, dass der Landeshochschulplan fortgeschrieben wird. Das allerdings ist nicht neu. Wir haben jedes Mal dieselbe Antwort gegeben, die auch im Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung nachzulesen ist, dass Mitte dieser Legislaturperiode ein neuer Landeshochschulplan vorgelegt werden wird.

(Jost de Jager [CDU]: Falsch!)

Dafür gibt es eine Voraussetzung, nämlich die, dass die **Hochschulen** gemäß § 17 Hochschulgesetz ihre **Entwicklungspläne** neu erstellen beziehungsweise aktualisieren. Warum Sie auf einmal so planfixiert sind, wundert mich sowieso.

(Heiterkeit bei der SPD - Jost de Jager [CDU]: Weil man sich sonst nicht auf Sie verlassen kann! Das ist der Punkt!)

Es gibt so einen schönen Spruch, den ich hier schon einmal vorgetragen habe. Ich wiederhole mich so ungern, aber manchmal muss es wohl sein. Der Spruch stammt von Bertolt Brecht: „Ja, mach nur einen Plan ...“ Sie kennen das. Wissen Sie: Pläne sind das eine, das, was wirklich an politischer Gestaltung sein muss, ist das andere.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD], Jutta Schümann [SPD] und Anke Spooren-donk [SSW])

Das, was wir hier machen, ist in Teilen eine Vorwegnahme der Haushaltsdebatte der Einzelhaushalte. Folgendes wird von Ihnen nie anerkannt. Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2001 zeigt, dass es in vielen, fast in allen Bereichen schmerzhaft Einschnitte gibt. Bei den Hochschulen war unser Ziel, zumindest das finanzielle Niveau des Jahres 2000 zu halten. Das ist auch ein Kriterium der Zielvereinbarungen. Das halten wir ein.

(Beifall bei der SPD)

Die CAU hat durch das Kabinett weitere 4,45 Millionen DM zugesagt bekommen. Das ist der Betrag, den ich hiermit zu Protokoll gebe. Diesen Betrag bekommt sie als wesentliche Starthilfe für Innovationen und zur Umsetzung des Strukturkonzepts II. Das ist für Sie natürlich gar nichts. Das wischen Sie mal eben so vom Tisch. Ich finde, es ist eine ganz erhebliche finanzielle Leistung des Landes.

(Beifall bei SPD und SSW)

Ich bin sicher, dies wird vonseiten der CAU auch anerkannt. Rechnet man einmal hoch, was die Tarifsteigerungen die CAU im nächsten Jahr kosten werden, zeigt sich, es ist Gott sei Dank im Hinblick darauf, dass die Beamten in diesem Jahr nicht an der Erhöhung der Besoldung teilnehmen, eine positive Perspektive. Ich glaube, dass das anerkannt und auch so gesehen wird.

Wir haben ein Verfahren, was die Zielvereinbarungen angeht, vereinbart. Sie sind Ihnen zugesandt worden. Dazu bedurfte es auch nicht Ihrer Aufforderung, Herr Dr. Klug, sondern es war vorher zugesagt, dass sie selbstverständlich rechtzeitig vorliegen werden. Im Bildungsausschuss ist ein Verfahren zum Umgang mit

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

den Zielvereinbarungen, mit den Strukturfragen vereinbart worden. Ihr erneuter Versuch, diesen Prozess zu behindern, wird nicht gelingen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 hat der Herr Abgeordnete de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, um mit einigen Legenden aufzuräumen, sage ich Folgendes. Wir fordern nicht hopplahopp einen **Hochschulplan**, sondern wir fordern, dass der Hochschulplan, der nun mittlerweile in die Jahre gekommen ist, nämlich jetzt schon neun Jahre als ist, innerhalb eines Zeitraums erneuert wird, der die **Entwicklung in den Hochschulen** einigermaßen widerspiegelt und ein Abbild dessen ist, was wir im Moment als Hochschulstruktur im Land haben.

Meine Damen und Herren von der Regierung, Sie haben schon mehrfach Fristen für die Erstellung dieses Plans genannt, die Sie nicht eingehalten haben.

(Beifall bei der CDU)

Ihr Staatssekretär, Frau Erdsiek-Rave, hat im Bildungsausschuss auf unsere Frage hin gesagt, dass gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode als Erstes ein neuer Landeshochschulplan aufgelegt werden soll.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Wir arbeiten daran!)

Mitnichten! Zur Hälfte der Legislaturperiode, nach zweieinhalb Jahren - das heißt, der Landeshochschulplan wird fast zwölf Jahre alt sein, bevor Sie einen neuen auflegen. Der jetzige Hochschulplan ist überhaupt keine Grundlage mehr für das, was im Moment in Schleswig-Holstein geschieht.

Ich nenne das Beispiel **Multimedia**. Wir haben die eindrucksvolle Pressekonferenz von Herrn Reimers gehört. Wir haben auch gehört, welche Studienplatzkontingente für diesen Studiengang vorgesehen sind und welche Sie nicht zur Verfügung stellen. Es wäre Aufgabe eines solchen Landeshochschulplans, so etwas zu benennen, Schwerpunkte zu benennen, zu sagen, in welchen Bereichen wir etwas tun wollen. Das versäumen Sie. Sie nehmen dadurch in Kauf, dass wir isolierte Entscheidungen bekommen, die zulasten des Ganzen gehen, und dass wir als Parlament darüber hinaus im Unklaren gelassen werden.

Erzählen Sie uns doch im Vorwege der Aufstellung des Landeshochschulplans - das können wir gern im Ausschuss machen -, was im Moment mit der **Muthesius-Hochschule** geschehen soll. Jahr um Jahr wird der Muthesius-Hochschule zum Beispiel die Anerkennung verweigert. Sie müssen uns sagen, was damit geschehen soll. Es wäre Aufgabe eines Landeshochschulplanes, das alles zu beantworten. Sie tun es nicht.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Quatsch! Blödsinn!)

Meine Damen und Herren von der F.D.P., wir halten trotz dieser massiven Kritik an unserem Antrag fest.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich! Uneinsichtig!)

Am Ende macht es für die CAU keinen Unterschied. Sie ist jetzt ohne Zielvereinbarung. Sie könnte auch noch ein weiteres Vierteljahr ohne Zielvereinbarung sein.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Den Landeshochschulplan kriegst du bis Ende des Jahres nicht hin!)

Im Ergebnis würde das nichts ändern. Wir halten es für richtig, eine pointierte Forderung aufzustellen, auch was den Zeitraum anbelangt,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir stimmen aber unserem Antrag zu!)

damit überhaupt etwas geschieht.

Wir verlieren aber mitunter den Glauben. Wir erhalten unseren Antrag aufrecht und werden ihm zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der F.D.P., Drucksache 15/365, Nummern 1 und 2, abstimmen; die Nummer 3 ist zurückgezogen worden. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden, ich denke, an den Bildungsausschuss und mitberatend an den Finanzausschuss. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Dann lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/379, in der Sache abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD,

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU abgelehnt worden.

Ich rufe Punkt 16 der Tagesordnung auf:

Internat Schloss Plön

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/364

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/423

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Abwandlung einer bekannten Redensart: Eine Frau - ein Wort!

Zum Beispiel bei Heide Simonis: Bei dem diesjährigen Neujahrsempfang des Plöner SPD-Kreisverbandes - wohl gemerkt, im Rittersaal des Plöner Schlosses; ich zitiere jetzt aus dem „Ostholsteiner Anzeiger“ vom 10. Januar dieses Jahres - „bekräftigte die Ministerpräsidentin den Fortbestand des Internats“.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Zwei Wochen später berichteten die „Kieler Nachrichten“ nach einem Besuch unserer Regierungschefin bei der Plöner „KN“-Lokalredaktion über eine weitere klare Aussage von Heide Simonis: „Das Internat werde bleiben.“ - „Kieler Nachrichten“ vom 25. Januar! Eine Frau - ein Wort?

Gut ein halbes Jahr später war das Wort der schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin nicht einmal mehr das Papier wert, auf dem es mehrfach gedruckt worden ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wie immer! - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Was ist das denn nun - eine jammervolle Peinlichkeit oder vielleicht der clevere Einfall eines Ministeriums, das angesichts steigender Lehrerzahlen und dadurch bedingter Kostensteigerungen sowie angesichts ausgequetschter Hochschulstats verzweifelt nach Möglichkeiten sucht, die von diesem Ressort abverlangten Sparbeiträge irgendwie zusammenzukratzen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

In jedem Falle wäre das dann ja gleichzeitig auch eine komplette Einsparung bei der Glaubwürdigkeit der Ministerpräsidentin - vielleicht völlig unbeabsichtigt?

Eine Frau - ein Wort? „Aufnahmestopp“ heißt dieses Wort, verfügt am 18. Juli des Jahres 2000. Die Presseerklärung des Bildungsministeriums über diesen Ukas setzt die Serie von Merkwürdigkeiten noch fort. Die im Pressezetzel enthaltene Aussage, nur 35 von 96 **Gymnasiasten des Internats** stammten aus Schleswig-Holstein, ist eine Falschmeldung. Wochen später korrigierte der Staatssekretär, Herr Stegner, von 96 Schülern seien 51 Landeskinder, also über die Hälfte.

Auch die **Kosten des Internats** wurden in der Presseerklärung vom 18. Juli um gut ein Viertel zu hoch angegeben, nämlich mit 1,6 Millionen DM statt 1,2 Millionen DM. Und als Herr Stegner dann Anfang September auf einer Veranstaltung im **Plöner Schloss** anhand von aktuellen Landtagsdrucksachen und Umfragen damit konfrontiert wurde, dass er stets mehrere Jahre alte Zahlen aufgetischt hatte, da reagierte der Herr Staatssekretär auf den vorlauten Pädagogen ganz sozialdemokratisch unpädagogisch - ich zitiere aus dem „Ostholsteiner Anzeiger“ vom 5. September -: „Er verbot dem Erzieher das Wort und sagte: ‘Ich will hier mit Eltern diskutieren und nicht mit Landesbediensteten.’“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

Aber eines wollen wir in diesem Zusammenhang dann doch festhalten: Wahrheit bleibt Wahrheit, auch wenn sie der hochverehrten sozialdemokratischen Obrigkeit durch subalterne Eingaben von Landesbediensteten zu Gehör gebracht wird. Wahrheit bleibt Wahrheit!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Und noch eine dritte Niete hat das Kultusministerium in diesem Zusammenhang zu bieten. Das wiederholt seit dem 18. Juli öffentlich vorgetragene Argument von der mangelnden **Auslastung des Internats** ist doch wohl deshalb ziemlich hohl, Frau Ministerin, weil Ihr Ministerium durch den angeordneten **Aufnahmestopp** höchst selbst in diesem Sommer dafür gesorgt hat, dass es zu einer annähernd vollständigen Auslastung - die wäre nämlich jetzt im neuen Schuljahr möglich gewesen - nicht gekommen ist. Sie haben selbst durch den Aufnahmestopp dafür gesorgt, dass das Plöner Internat weiterhin unterausgelastet ist, womit diesem Internat übrigens auch Einnahmen - aus den Internatsbeiträgen - in Höhe von 280.000 DM jährlich durch die Lappen gegangen sind. Diese Beiträge hätten das Defizit ja wohl auch weiter verringert - „Ostholsteiner Anzeiger“ vom 7. September.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

In Sachen „Plöner Internat“ hat die Landesregierung in diesem Jahr also wirklich eine ganze Serie von Peinlichkeiten, Flops und Irrtümern produziert.

(Dr. Ekkehard Klug)

Das neue **Konzept**, das die **Internatseltern** jetzt vorgelegt haben und das auf einen kostendeckenden, inhaltlich neu konzipierten Internatsbetrieb ausgerichtet ist, sollte die Regierung eigentlich dankbar als einen Ausweg aus ihren bisherigen Irrfahrten aufnehmen. Nach meiner Meinung bietet es der Landesregierung, die ja heftig auf dem Großen Plöner See vor dem schönen Schloss umherrudert, einen brauchbaren Ansatzpunkt, wieder Boden unter die Füße bekommen zu können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr gut!)

In der Anlage und in der Diktion ist der F.D.P.-Antrag meines Erachtens auch besser geeignet, der Regierung eine solche Brücke dafür zu bauen, besser geeignet als der CDU-Antrag, Kollege Kalinka. Natürlich ist mir wohl bekannt, dass der Kollege Kalinka aus seinem umfangreichen politischen Waffenarsenal mit Vorliebe den großen Probsteier Holzhammer oder auch das mächtige Plöner Breitschwert hervorholt,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

aber ich bin gleichwohl im Interesse der Sache der Auffassung, Kollege Kalinka, dass ein ein bisschen entgegenkommender und - wie gesagt - auf einen Brückenbau hin formulierter Antrag der Landesregierung eher einen Anlass zum Umstieg bietet.

(Klaus Schlie [CDU]: Da haben wir unsere Zweifel!)

Ich möchte jedenfalls nicht die Hoffnung aufgeben, dass die Regierung vielleicht doch noch dieser guten, großartigen Bildungseinrichtung „Plöner Internat“ eine neue Chance für die Zukunft gibt. Darauf hoffe ich. Die Plöner haben es jedenfalls verdient.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Große Rede!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile jetzt dem Herrn Abgeordneten Kalinka das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn Sie mich länger kennen, werden Sie wissen, wie sanft ich eigentlich bin.

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Oh! Keine Drohung!)

Aber ich möchte doch gern eine zweite Bemerkung hinzufügen, Herr Dr. Klug. Wenn es meine Kleinen Anfragen nicht gegeben hätte, hätten wir weniger über die Pläne der Landesregierung für das Plöner Internat gewusst. Auch das ist eine Wahrheit. Denn was hier in

den Wochen während der Sommerpause geschehen sollte, war ein stiller Durchgang nach dem Motto: „Wir schalten die Öffentlichkeit aus und regeln das mal“. Ich finde, es war eine gute gemeinsame Leistung der Opposition, dies verhindert zu haben und Transparenz dieses Themas erreicht zu haben.

Wir im **Kreis Plön** sind uns einig: Wir sagen Ja zum **Internat**. Wir sind uns darin auch unter allen Parteien einig. Deshalb setzen wir auch ein Stück Hoffnung auf Ihre Seite.

Es war der SPD-Kreisvorstand in Plön, der gesagt hat, es sei ein schwerer Schlag für den Kreis Plön, wenn Internat und Salzau aufgelöst würden. Wenn das also ein schwerer Schlag ist - und das ist es auch -, sollte dies für Sie Anlass sein, dem Anliegen zuzustimmen, das Internat zu erhalten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

In welcher Form das detailliert geschieht, darüber sollten wir in der Tat reden und dafür sollten die Regierung und die Eltern wie auch andere ihre Vorschläge einbringen. Niemand sollte sagen, seine Meinung allein sei richtig. Da sind wir sehr wohl flexibel und haben auch versucht, uns in diesem Rahmen zu halten.

Fest steht aber, dass bei 100 Plätzen und 87 Anmeldungen am 18. Juli der **Aufnahmestopp** ein völlig falsches Signal war, das dem Internat geschadet hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich darf vielleicht aus einem Brief des Kultusstaatssekretärs Dr. Stegner an den Plöner Landrat zitieren; darin schreibt Herr Dr. Stegner:

„Der Aufnahmestopp zum 18. Juli verfolgte allein den Zweck, ein Moratorium herzustellen, Entscheidungen unter falschen Voraussetzungen vorzubeugen und soweit wie möglich Planungssicherheit für Betroffene herzustellen.“

Ja, meine Damen und Herren, wenn ich mit den Aufnahmen Schluss mache, dann kann ich damit doch nur die Planung meinen, auch mit dem Internat Schluss zu machen. Eine andere logische Konsequenz ergibt sich aus diesem Satz ja nicht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir haben viel Verständnis für die Betroffenen und haben das - das ist gut so - in diesem Hause auch häufig gezeigt. Ich wünschte mir aber, dass Sie auch in diesem Falle für die Betroffenen sehr viel Verständnis aufbrächten. Ein Teil dessen, was im Sommer abgelaufen ist, zeugt von erschreckender Kälte.

(Werner Kalinka)

Sie haben aus dem **Immobilienverkauf im Plöner Schlossgebiet** 7,1 Millionen DM erzielt. Wir hatten alle die Erwartung, dass Sie dieses Geld aus den Immobilienverkäufen vollständig wieder investieren. Dies ist nicht geschehen, meine Damen und Herren. Man kann nicht auf der einen Seite beklagen, dass die Auslastung des Internats nicht optimal sei, und Forderungen an das Internat stellen und auf der anderen Seite die eigenen Leistungen reduzieren und die Gelder zum Teil für den allgemeinen Haushalt verwenden. Das passt nicht zueinander. Es muss in aller Deutlichkeit gesagt werden, dass wir eine vollständige Reinvestition erwarten.

Meine Damen und Herren, es liegen genügend Vorschläge auf dem Tisch. Die Schüler, die Eltern, die Erzieher, die Stadt, wir alle haben ein großes Interesse daran, das Internat zu erhalten. Veränderungen ja, Frau Ministerin, aber fair und zu finanziell absehbaren, soliden Bedingungen, das muss die Grundlage sein, auf der dieses Thema behandelt wird.

In der Diskussion ist zum Teil auch ein Zusammenhang mit Salzau hergestellt worden: Das eine herüber und das andere dorthin. Ich habe einmal eine kleine Anfrage zum Thema Spielbanken gestellt. Die Spielbankeinnahmen sind ja inzwischen eine Art Notgroschen des Finanzministers geworden. Wir können doch sicher davon ausgehen, dass in dieser Richtung in Plön und in Salzau nichts passiert? Nicht, dass wir nachher das Ergebnis hätten: Kultur heraus und Spielbank hinein. Das kann es eigentlich nicht sein. Ich möchte Sie einfach einmal fragen, ob Sie definitiv sagen können, dass in dieser Hinsicht nichts läuft.

Die Entscheidung über das Internat wird auch ausschlaggebend für die Fragen sein - wir haben das alles dargelegt -: Wie glaubwürdig ist die Ministerpräsidentin? Haben die SPD-Abgeordneten noch einen Einfluss? Spielt die Sache noch eine Rolle?

Jürgen Weber hat in einem Beitrag im heutigen „Ostholsteiner Anzeiger“ einen bemerkenswerten Satz gesagt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ein guter Mann übrigens!)

- Ja, er ist sowieso ein guter Mann. Hoffentlich schadet ihm das nicht in der SPD. - Jürgen Weber machte deutlich, dass es für die Landesregierung eine deutliche Hilfe sei, wenn sich Eltern, Schüler, Erzieher und Butenplöner konstruktiv für den Erhalt der Bildungseinrichtung einsetzten.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Ich finde, dies ist eine gute Grundlage. Wir nehmen dies gern in die Diskussion auf.

Meine Damen und Herren, wenn es um die Landesfinanzen schon so eng stehen würde, dass das Internat Plön aus diesem Grunde aufgelöst werden müsste, dann wäre es um die Bildungspolitik in Schleswig-Holstein sehr traurig bestellt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Höppner das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum besseren Verständnis für diejenigen, die nicht aus dem Kreis Plön kommen, einige Anmerkungen zum Internat und auch zur **Geschichte des Internats** machen.

Sie wissen, Plön ist landesherrlicher Sitz wie Glücksburg, Schleswig-Gottorf oder Eutin, Residenz gewesen von 1636 bis 1761, ab 1840 unter Christian VIII. zum Sommersitz des dänischen Königs erkoren worden. Nach den preußisch-österreichisch-dänischen Auseinandersetzungen 1867 diente es unter Beseitigung der historischen Ausstattung und nach kasernenartigem Ausbau 82 Jahre als militärische Erziehungseinrichtung, bis 1920 als Kadettenanstalt und seit 1934 der Schulung der zukünftigen nationalsozialistischen Elite. 1950 erfolgte die Errichtung des staatlichen Internats Schloss Plön in Landsträgerschaft unter Nutzung aller Gebäude des Schlossgebietes und in pädagogischer und organisatorischer Einheit mit dem staatlichen Internatsgymnasium in der Prinzenstraße.

Mithilfe schulgesetzlicher Regelungen stieß das Land Schleswig-Holstein im Jahre 1981 die Trägerschaft dieses Gymnasiums wie auch weiterer drei Dutzend Gymnasien im Lande auf die Kreise ab. Alle diese Gymnasien befanden sich in einem außerordentlich bedauernden baulichen Zustand. Der Kollege Kalinka wird sich noch daran erinnern, was es für den Kreis bedeutet hat, in Plön zwei staatliche Gymnasien baulich wieder aufzurichten. Seither sind das Gymnasium in Plön, das zwar weiterhin den Namen „Internatsgymnasium Schloss Plön“ führt, und das staatliche Internat Plön zwei Einrichtungen zweier unterschiedlicher Träger.

Die Funktionsbestimmungen des Internats Schloss Plön haben in den vergangenen fünf Jahrzehnten auch unterschiedliche Schwerpunkte gehabt. Es war zunächst ein Landesinternat, das ganz wesentlich eine regionale Versorgungsaufgabe für Schülerinnen und

(Dr. Henning Höppner)

Schüler aus der umliegenden Region Ostholstein hatte, für die es kein Gymnasium gab, das täglich zu erreichen war. Mit der Errichtung des flächendeckenden gymnasialen Schulangebotes aufgrund des Baus der Gymnasien in Heikendorf und der kooperativen Gesamtschule in Lütjenburg, dem späteren Gymnasium und Schulzentrum, änderte sich dann auch die Zweckbestimmung des Plöner Internats. Es musste sich in den folgenden Jahren zunehmend dem Angebot anderer Internate stellen.

Seine Attraktivität erreichte das Plöner Internat durch die Unterbringung in einem landesgeschichtlich und auch städtebaulich herausragenden Kulturdenkmal, trotz der schon beschriebenen kasernenartigen Unterbringung. Ebenso entscheidend ist eine konkurrenzlos niedrige Unterbringungsgebühr. Die Gebühren konnten über Jahrzehnte hinweg auch deshalb so niedrig gehalten werden, weil kostenrechtliche Vorgaben keine Rolle spielten und notwendige Maßnahmen der Bauunterhaltung bei den Gebäuden der Gesamtliegenschaft Schloss Plön bis Ende der Achtzigerjahre unterblieben. Man zog, um es ganz einfach zu sagen, fast vier Jahrzehnte lang den Restnutzen aus der **Bausubstanz** des gesamten Schlossgebietes.

1988 ermittelten das Landesbauamt und die Oberfinanzdirektion aufgrund des Sanierungsstaus einen Sanierungsaufwand von 22 Millionen DM. Wir wissen heute, dass diese Zahl keineswegs zu hoch angesetzt war.

Im Verlaufe der Achtzigerjahre hat es, im Wesentlichen durch den damaligen Bürgermeister der Stadt, kontinuierlich Mahnungen und Hilferufe an die Landesregierung gegeben, die Liegenschaft des Internats nicht verfallen zu lassen. Meine Damen und Herren, es ist nichts passiert.

Ich schildere Ihnen das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, so ausführlich, weil ich Sie daran erinnern möchte, dass Sie für die Entwicklung des Internats und des Schlossgebietes bis zum Jahre 1988 die alleinige Verantwortung hatten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das seit 1992 von der SPD-Landesregierung betriebene **Konzept der Privatisierung von Teilen des Schlossgebietes** einschließlich der Übertragung der öffentlichen Flächen auf die Stadt Plön hat bis heute zu privaten Investitionen von mehr als 15 Millionen DM und zu Investitionen des Landes von mehr als 5,5 Millionen DM für das Schloss und für die Freizeiteinrichtungen geführt. Jede Entscheidung der Kultusministerin - ich sage ausdrücklich: jede Entscheidung - ist bisher eine richtige Entscheidung gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Sie können sich diese Aussagen in der Stadt Plön bestätigen lassen, von der Bevölkerung, von den Mitgliedern der Ratsversammlung, vom Bürgermeister, von wem auch immer.

Die Liegenschaft Schloss Plön hat auch aus denkmalfachlicher Sicht eine neue adäquate Aufwertung erfahren. Dem steht gegenwärtig noch - ich sage ausdrücklich: noch - ein Sanierungsbedarf des Schlosses und der Einrichtungen des Internats gegenüber, das insbesondere mit dem Problem der Verdichtung des Internatsbetriebes auf das Schloss fertig werden muss.

In diesem Zusammenhang stellt sich selbstverständlich auch die Frage nach der pädagogischen und wirtschaftlichen Evaluierung. Wenn wir heute die Frage nach einem vorhandenen **Konzept** für das **Internat** stellen, dann müssen wir feststellen, dass dieses weitgehend durch die Geschichte der Einrichtung bestimmt war. Das bislang erkennbare Bemühen, den Prozess der Veränderung möglichst gering zu halten und ein Einwirken von Außenstehenden möglichst zu unterbinden, hat den Internatsalltag in Plön weitaus stärker bestimmt als in anderen Einrichtungen des Landes. Wir müssen feststellen, dass nach dem Bericht des Landesrechnungshofes und den damit verbundenen bisherigen Entscheidungen der Kultusministerin erst einmal eine Diskussion entstanden ist, die nicht von der Maxime bestimmt war, dass sich möglichst nichts verändern sollte.

Ich möchte an dieser Stelle vor allem den Eltern der Internatlerinnen und Internatler danken, die initiativ wurden und uns vor allem deutlich gemacht haben, dass die Zukunft des Internats in Plön nicht von der Dumping-Preisgestaltung der Unterrichtsgebühren abhängig sein muss.

(Beifall bei der SPD)

Sie und auch andere dem Internat Verbundene haben die Bereitschaft erklärt, einen Weg zu beschreiten, der im Wesentlichen den Leitgedanken des Landesrechnungshofes folgt. Die Kultusministerin hat in der letzten Sitzung des Bildungsausschusses sehr deutlich gemacht, dass alle Optionen für eine Zukunft des Internats offen sind. Lassen Sie uns die Diskussion im zuständigen Ausschuss weiter führen. Ich bitte, den Antrag der F.D.P. und den Änderungsantrag der CDU an den Bildungsausschuss zu überweisen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! In der Tat haben in den letzten Monaten und Wochen die tröpfchenweise Unterrichtung der Öffentlichkeit sowie die jeweilige Aufregung, die es dann natürlich an der Schule gab, den Evaluationsprozess des Landesministeriums in einem etwas unglücklichen Licht erscheinen lassen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Das ist wohl wahr!)

Auch ich hätte mir hier eine etwas andere Form der Unterrichtung und der Planung gewünscht. Das möchte ich hier deutlich sagen als jemand,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

der auch im pädagogischen Feld beruflich tätig gewesen ist und weiß, was das dann auslöst.

Aber, meine Damen und Herren von der Opposition, wir können in der jetzigen Haushaltslage natürlich nicht so tun, als bliebe alles so, wie es ist, und wir können auch nicht nahtlos an die Voraussagen der letzten Legislaturperiode anknüpfen, sondern wir müssen neu überprüfen. Genau dies war der Auftrag, den sich das Kabinett im Mai gegeben hat, und diesem Auftrag hat selbstverständlich auch der Sektor Internate zu folgen. Das gilt übrigens auch für die Zuschüsse an die anderen Internate, die wir in diesem Land haben.

Deswegen finde ich es sehr wichtig und richtig, dass wir über folgende Fragen Aufklärung erhalten.

Erstens. Was sind tatsächlich **Investitionen** in das Schloss - baulicher Art, Denkmalschutz und dergleichen -, die erfolgen müssen, egal wer jetzt dieses Schloss nutzt, und was sind internatsspezifische Zuschüsse, die dem pädagogischen Konzept geschuldet werden und die notwendig sind, damit die Kinder und Jugendlichen dort eine gute Erziehung und Betreuung erfahren?

Zweitens. Wir brauchen Aufschluss darüber, wie es möglich ist, dass Kinder und Jugendliche in Schleswig-Holstein in einem Internat sind, ohne dass das zum Ruin der Eltern führt. Das heißt, wir brauchen eine deutlich größere **Sozialstaffel**, als wir sie bisher haben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Für alle Internate?)

Ich glaube, es ist nicht einzusehen, dass die Sozialstaffel der Internate bisher so unterschiedlich ausfällt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist gut zu wissen!)

Drittens. Wir brauchen auch eine Prüfung der Frage, die sich auf das **inhaltliche Konzept** bezieht. Das ist genau der Sprung, der von uns als Landtag zu machen ist. Können wir uns bei diesem Standpunkt weiterhin eine Einrichtung leisten und - wenn ja - in welcher Rechtsform und mit welchen Zuschüssen? Ist es möglich, die Kosten tatsächlich so zu optimieren, dass das, was dort pädagogisch gewollt wird, auch zu realisieren ist?

Ich hoffe und bin sehr froh darüber - ähnlich wie Herr Höppner das hier gesagt hat -, dass hier auch die Eltern mitwirken. Das ist ja keineswegs selbstverständlich, weil das **Eltern** sind, die aus ganz unterschiedlichen Gründen oft gar nicht am Ort sein können und gerade deswegen ihr Kind in ein Internat geben. Dass sie hier mitwirken und konstruktive Lösungen finden, begrüße ich ausdrücklich. Ich finde, dass tatsächlich alle Beteiligten - die Schülerinnen und Schüler, die pädagogischen Kräfte, die Eltern - im Ministerium zu hören sind. Ich sage das ausdrücklich vor dem Hintergrund des Eindrucks, der auch vor den Sommerferien anlässlich der Auseinandersetzung um das Internat entstanden ist.

Wir werden im Ausschuss einen Bericht bekommen und wir werden im Rahmen der Haushaltsberatung diese von mir angesprochenen Fragen sehr gründlich und gewissenhaft prüfen, denn - das darf ich an dieser Stelle laut und deutlich sagen - eine übereilte Entscheidung mit der Folge, womöglich auf Jahre ein leer stehendes Schloss zu haben - ich bin auch jemand, der in der Kommune Lübeck sehr viel leer stehende Immobilien jeden Tag angucken kann und insofern leidgeprüft ist -, kann sich das Land auf keinen Fall leisten.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Wir müssen natürlich auch im Hinblick auf das Thema Salzaun selbstkritisch - hier hat gerade die Opposition Kritisches aufzuarbeiten -

(Zuruf von der CDU: Wo denn? - Martin Kayenburg [CDU]: Was denn, bitte schön?)

an die Kosten denken.

An die lange Vergangenheit von Salzaun möchte ich aber an dieser Stelle nicht ausführlich erinnern.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Aber ich kann nur sagen: Es ist wichtig, auch hier zukunftssträchtig zu planen, denn auch diese Immobilie verschlingt sehr viele Gelder. Wenn man nun zu einer neuen Lösung kommt, dann muss sie auch mit den Beteiligten von Salzaun sehr gründlich besprochen werden. Es darf sich da - so denke ich - nicht der glei-

(Angelika Birk)

che Reibungsverlust ergeben, wie wir ihn leider bei dem Internat hatten.

Ich darf an dieser Stelle aber auch deutlich machen: Dieser Prozess der notwendigen Einschnitte gelingt nur - das ist auch die Seite der Opposition gerichtet -, wenn alle diese schwierigen Fragen - da ist es natürlich sehr verführerisch, als Opposition auf jede Indiskretion, auf jedes Gerücht aufzuspringen - konstruktiv erörtert werden.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Darin haben Sie ja Erfahrung! - Heiterkeit bei der CDU)

Ich möchte die Opposition auf jeden Fall davor warnen, die Betroffenen, die zu Recht beunruhigt sind, für einen kurzfristigen Popularitätserfolg zu funktionalisieren.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Jost de Jager [CDU]: Das ist ja unerhört!)

Dafür ist das Thema zu ernst.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer zuletzt redet, wird genug bestraft, und deshalb werde ich jetzt reden.

(Zurufe von der CDU)

Ich werde aber nur ein paar Bemerkungen machen.

Erstens! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte in Erinnerung rufen - ich sage das, um die Proportionen wieder ein bisschen zurechtzubiegen -, dass dieses Thema am 21. September auf Antrag der CDU im **Bildungsausschuss** sehr ausführlich debattiert wurde. Das fand ich in Ordnung.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Ich kann mich gut daran erinnern. Ich kann mich sehr gut an den 21. September erinnern, ich kann mich gut daran erinnern, dass alle Fraktionen vertreten waren; das heißt, in allen Fraktionen hat man weiter debattieren können.

Zweite Bemerkung! Die Ministerin berichtete über die **Situation des Internats**. Sie berichtete auch darüber, dass es eine Reihe von Optionen gebe, die geprüft würden. Sie sagte, alles hänge auch mit dem Prüfbericht des Landesrechnungshofs und mit einem Auftrag

des Finanzausschusses zusammen. - Ich sage das nur, weil einige das anscheinend alles vergessen haben.

Dritte Bemerkung! Dieses Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Vierte Bemerkung! Ich habe ganz deutlich in Erinnerung, dass die Ministerin zugesagt hat, dass der Bildungsausschuss nicht nur weiter informiert, sondern auch beteiligt werden soll.

Dann frage ich, liebe Kolleginnen und Kollegen: Worüber haben wir uns jetzt eigentlich in dieser Debatte unterhalten?

(Beifall bei der SPD - Lothar Hay [SPD]: Sehr gute Frage!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Frau Ministerin Erdsiek-Rave das Wort.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Was gut ist, kann man auch wiederholen!)

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir reden heute einmal wieder - so muss ich sagen - über eines der wertvollsten **Kulturdenkmäler** unseres Landes. Das **Schloss Plön**, seine Nutzung, die Privatisierung, der Verkauf einzelner Teile haben dieses Parlament in den letzten Jahren immer wieder beschäftigt und das Herzstück der Anlage, das Schloss selbst, das aus dem 17. Jahrhundert ist - wir haben schon eine kleine Nachhilfestunde in Geschichte des Schlosses Plön bekommen -, wird seit der Kaiserzeit - es kommt einem eigentlich schwer über die Lippen, was ich jetzt sagen will - zu Erziehungszwecken genutzt. Zunächst war es ja Kadettenanstalt, dann Erziehungsanstalt der Nazis und erst nach dem Krieg wurde es staatliches Internat.

Ich will es noch einmal betonen: damals gegründet, weil man vielleicht auch keine andere Nutzung wusste, aber auch deswegen gegründet, weil das gymnasiale Angebot in Schleswig-Holstein nicht ausreichte. Davon kann ja heute wohl keine Rede mehr sein.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir sitzen auch in einer Kadettenanstalt!)

- Ja, wir sind uns dessen bewusst. Deswegen darf es hier aber vielleicht trotzdem nicht so zugehen, nicht?

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich wollte das nur noch einmal sagen!)

Wir reden über eine **Nutzung**, die erheblichen Verfall und auch nachteilige Umbauarbeiten in diesem Ge-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

bäude zur Folge gehabt hat, und wir reden natürlich auch über eine Nutzung, die in den letzten Jahrzehnten für viele Schülerinnen und Schüler sehr positiv und segensreich war. Deswegen ist es auch so, dass viele, die dort zur Schule gegangen sind oder unterrichtet haben, an diesem Internat einfach auch emotional hängen.

Wir reden aber auch über mehrfache mahnende Berichte des Landesrechnungshofs, wir reden über die Aufforderung des Finanzausschusses - gemeinsam gerichtet, wenn ich mich richtig erinnere -, spätestens bis Mitte 2002 ein neues Konzept vorzulegen. Wir tun dies alles in einer dramatisch zugespitzten Haushaltslage. Ich finde das immer so schön, wenn das in solchen Debatten dann auf einmal gar keine Rolle mehr spielt. Das wischen Sie immer einfach so vom Tisch.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Klaus Schlie [CDU]: Das stimmt doch gar nicht! Das ist ausdrücklich gesagt worden!)

- Nein, das kam bei Ihnen, Herr Kalinka, nicht vor. Entschuldigen Sie, das kam bei Herrn Kalinka nicht vor.

(Klaus Schlie [CDU]: Dann haben Sie nicht zugehört!)

- Ich habe gut zugehört. Herr Schlie, Entschuldigung, aber Ihre Art von Zwischenrufen, in Ihrem pöbelnden Ton, die verbitte ich mir!

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wir reden leider auch von einer negativen Entwicklung in den letzten zehn Jahren. Der vorletzte Bericht des Landesrechnungshofs stammt von 1990, was Auslastung und Wirtschaftlichkeit angeht. Also, ein „Weiter so!“ kann es für das Plöner Internat nicht geben.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Das zeigt im Übrigen auch der F.D.P.-Antrag, das belegen die Eltern mit ihrem ersten Konzeptentwurf - darauf weist der Landesrechnungshof schon seit Jahren hin - und dies ist Auffassung der Landesregierung.

Wenn man alte **Strukturen** aufbricht, wenn man **Überprüfungen** vornimmt, die auch zu etwas Neuem, anderem kommen können, dann verursacht dies leider auch Unruhe. Solche Unruhe kann manchmal auch konstruktiv sein. Plötzlich entstehen neue Ideen, Konzepte werden diskutiert, nach meiner Meinung allerdings noch immer unscharf, ohne wirklich erkennbar neues Profil, aber alle haben erkannt: Wenn das Internat weiter bestehen soll, dann braucht es ein neues,

eigenständiges Profil, dann braucht es einen neuen inhaltlichen Rahmen und dann braucht es vor allem eine andere Finanzstruktur.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ein Internat, das 40 von 100 Schülern jährlich wieder verlassen, das nur ein Viertel der Schüler mit dem angestrebten Schulabschluss verlässt, das ungefähr die Hälfte der Schüler aus anderen Bundesländern beherbergt und das zum Schuljahr 1999/2000 von durchschnittlich 83 Schülern bei 120 vorhandenen Plätzen besucht wurde, das kein klares Profil hat, das eher ein Wohnheim ist als ein wirkliches Internat, ein solches Internat darf und sollte das Land auf Dauer nicht weiter in staatlicher Regie betreiben.

Aber die **neuen Ideen und Konzepte**, die zum Teil übrigens nicht neu sind, sondern schon einmal erprobt wurden und leider wieder verworfen werden mussten, vergleichen wir. Wir prüfen das bundesweite Angebot und beziehen die bereits gemachten Erfahrungen aus anderen Bundesländern ein. Wir beziehen auch das Gesamtangebot an Internatsplätzen und sein Profil im Lande ein. Herr Dr. Klug, wir ziehen auch die Umwandlung in eine Stiftung in Betracht.

Das käme - man kann es noch so vornehm umschreiben - natürlich einer Privatisierung gleich und wäre mit erheblichen Kostensteigerungen für die Eltern verbunden. Man müsste natürlich eine **Sozialstaffel** einführen, ohne die das für alle kaum vorstellbar ist, und dadurch bliebe es auch in Zukunft kostenträchtig für das Land. Hohe Elternbeiträge mögen zur Kostendeckung für den Internatsbetrieb beitragen, aber zur Bauunterhaltung und Sanierung tun sie es mit Sicherheit nicht. Auch das ist im Landesrechnungshofbericht nachzulesen.

Zur Ehrlichkeit und Vollständigkeit der Prüfung gehört allerdings auch, dass wir die Option eines Auslaufens und einer anderweitigen kulturellen Nutzung überhaupt bekommen. Dafür musste man - und das ist Logik, Herr Kalinka - zu einem Instrument wie dem **Aufnahmestopp**, der ja ein vorübergehender sein könnte, wenn man das Internat in anderer Rechtsform weiterführt, greifen und durfte jedenfalls derzeit keine neuen Schüler aufnehmen bis auf die, für die schon eine Anmeldung und eine Zusage vorlag.

Es ist wirklich abenteuerlich, angesichts der Zahlen der letzten Jahrzehnte oder der letzten zehn Jahre das punktuell mögliche Ansteigen der Schülerzahl in einem Schuljahr für eine Garantie für den dauerhaften wirtschaftlichen Betrieb dieser Einrichtung zu nehmen. Das können sie nicht ernsthaft glauben. Die Opposition mag ja die komplexen und schwierigen Fragestel-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

lungen, die dabei zu lösen sind, einfach vom Tisch wischen, weiter auf das Prinzip Hoffnung setzen und gerade hier einmal wieder das Gebot der Sparsamkeit und der Überprüfung aller kostenträchtigen Strukturen nicht anwenden.

(Werner Kalinka [CDU]: Das tut doch niemand!)

- Gerade hier einmal wieder nicht!

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich jedenfalls sehe mich in der Pflicht, nach neuen und tragfähigen Konzepten zu suchen. Ich sehe mich in der Pflicht, für die Schüler und die Beschäftigten verträgliche Lösungen zu suchen. Ich sage Ihnen und allen Beteiligten zu, dass wir an den Prüfungen und Abwägungen mit Hochdruck arbeiten und sie so schnell wie möglich - wohl bis zum Jahresende, wie ich es bereits im Bildungsausschuss angekündigt habe - zum Abschluss bringen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 hat Herr Abgeordneter de Jager.

(Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: Der muss immer das letzte Wort haben! - Unruhe)

Jost de Jager [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Hielmcrone, ich hätte gern auf das letzte Wort verzichtet, aber das, was eben dargelegt wurde, zwingt mich dazu, noch einmal hier ans Pult zu gehen. Ich möchte gern einmal auf die Chronologie der Ereignisse, zumindest der letzten 18 Monate, im Zusammenhang mit Schloss Plön hinweisen, insbesondere aufgrund des Stichwortes Landesrechnungshofbericht und Ihrer Einlassung, Frau Birk, dass wir angeblich die Betroffenheit der Eltern funktionalisierten. Gerade wenn man dem letzten Beitrag zugehört hat, kann man den Eindruck bekommen, der Landesrechnungshofbericht zum **Internat Plön** sei zwei Wochen alt. Dem ist aber nicht so; er ist eineinhalb Jahre alt.

Wir haben als eine der wenigen Fraktionen sehr frühzeitig gesagt, dass wir die Vorschläge aus dem **Bericht des Landesrechnungshofs** aufnehmen wollen. Das haben wir schon im Frühjahr des vergangenen Jahres gesagt. Damals wurde uns noch gesagt, das sei eine furchtbare Position. In Kenntnis des Landesrechnungshofsberichts hat die Ministerpräsidentin am

10. Januar dieses Jahres gesagt: „Man kann hier richtig etwas machen“ - damit meinte sie das Internat Plön -, und den Fortbestand des Internats bekräftigt.

Da frage ich mich, wie es mit der Funktionalisierung von **Betroffenheit von Eltern** ist, wenn ich vor der Wahl den Fortbestand des Internats zusichere und vier Monate nach der Wahl einen Aufnahmestopp für das Internat verfüge und damit einen ersten Schlussstrich unter dieses Internat ziehe.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Das ist nicht die Ehrlichkeit, von der Sie hier reden, Frau Erdsiek-Rave! Insofern gehört auch das zu einem umfassenden Bild und Zusammenhang mit dem Internat hinzu.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Erdsiek-Rave, ich werfe Ihnen vor, dass Sie ein Jahr haben verstreichen lassen, in dem Sie schon etwas hätten tun können.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist das!)

Wenn Sie versuchen, den schwarzen Peter immer wieder zum Internat zurückzuspielen, und sagen, es habe keine Konzepte gegeben, frage ich Sie, was Sie denn dazu getan haben, um Konzepte zu begleiten und das Entstehen neuer Konzepte mit in Bewegung zu setzen. Gar nichts haben Sie getan!

(Beifall bei der CDU)

Ein Jahr lang haben Sie den Eltern, den Internatschülern und den Plöner Politikern gegenüber den Eindruck vermittelt, es könnte alles so bleiben, wie es ist, Sie würden das Internat so weiterführen. Jetzt ist auf einmal alles anders. Sie haben wertvolle Zeit verthan. Das werfen wir Ihnen vor.

Was ich von Ihnen erwartet hätte, im Ausschuss und in der Debatte heute, ist, dass Sie zumindest eine Präferenz für die Option Erhalt des Internats in Plön ausgesprochen hätten. Aber selbst eine solche Präferenz haben wir von Ihnen nicht hören können.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag sowie den Änderungsantrag an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Mittagspause ein. Um 15:00 Uhr werden wir mit Tagesordnungspunkt 14 - Hamburger Hallig - beginnen.

Ich wünsche Ihnen eine gute Mittagspause und unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung 13:07 bis 15:02Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Nachmittagssitzung und bitte Sie, sich auf Ihre Plätze zu begeben und Gespräche - so sie noch erforderlich sind - draußen fortzusetzen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Bewirtschaftung der Hamburger Hallig

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/352

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW

Drucksache 15/407

Wird das Wort zu Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Feddersen. - Ich mache darauf aufmerksam, dass Herr Feddersen heute seine Jungferrede hält.

(Beifall im ganzen Hause - Zurufe von der SPD)

Jürgen Feddersen [CDU]:

Ik kann dat ok up Plattdütsch moken. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit 1991 gab es eine langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit auf der Hamburger Hallig. Mit der anstehenden Neuverpachtung der Gaststätte auf der Halligwarft bietet sich nun die Chance, auch die vierte Säule des Entwicklungskonzeptes, nämlich die Warftgestaltung und die Gastronomie, zielgerichtet zu verbessern.

Es bestand weitgehend Einvernehmen über die weitere Nutzung der Halligwarft und eine bessere Integration der Gaststätte in die Besucherinformation. So bat der Bürgermeister der Reußenköge bereits im März darum, die Liegenschaft Hamburger Hallig nicht an die Investitionsbank zu verkaufen. Er bat darum, die Liegenschaft vielmehr an einen neu zu gründenden Zweckverband aus der Region zu verkaufen oder langfristig zu verpachten.

Während die Landesregierung zunächst noch am 25. April 2000 in ihrem Antwortschreiben dem Bürgermeister mitteilte, dass die Liegenschaft nicht an die GMSH veräußert werden würde - eben wegen der guten Zusammenarbeit des Arbeitskreises auf der Hamburger Hallig -, sieht die Sache jetzt ganz anders

aus, obwohl der Umweltminister kurz nach seiner Wahl auf mehreren Veranstaltungen an der Westküste erklärt hatte, dass er mit den Betroffenen vor Ort besser zusammenarbeiten wolle und sie enger einbinden werde. Er wolle nicht die Fehler begehen, die sein Vorgänger gemacht habe. - So der damalige Kommentar.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat er nie gesagt!)

- Doch, so hat er das gesagt. Ich lese das jetzt vor, wenn Sie erlauben, Frau Präsidentin!

„Der neue schleswig-holsteinische Umweltminister, Klaus Müller, geht auf Distanz zu seinem Vorgänger und Parteikollegen Rainer Steenblock. Er wolle zwar nicht alle Schuld allein beim früheren Minister ansiedeln, sagte Müller gegenüber unserer Zeitung, aber in der Diskussion um das neue Nationalparkgesetz hätte man sicher einiges anders machen können.“

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

„Ich möchte eine breite Akzeptanz des Naturschutzes mit der Bevölkerung vor Ort regeln“.

So der Minister in der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung“ vom 8. Mai!

Herr Minister, das sind schöne Worte, die wir an der Westküste alle sehr gern gehört haben. Aber es sind eigentlich nur Sprechblasen geblieben. Gehandelt haben Sie anders. Sie haben überhaupt nicht die Absicht, die Gaststätte an die Kommune zu verpachten oder gar zu verkaufen.

Am 10. August haben wir noch einmal in den „Nationalpark-Nachrichten“ gelesen, dass die Hamburger Hallig im Landeseigentum ist und auch bleibt und der NationalparkService GmbH übertragen werden soll. Noch am 28. Juli, nur wenige Tage zuvor, habe ich von Ihnen einen Brief bekommen, aus dem ich nur einen Satz zitieren möchte:

„Ich bin zuversichtlich, dass wir in Kürze ein Ergebnis erzielen werden, das den gemeinsamen und weitgehend deckungsgleichen Interessen gerecht wird.“

Das bedeutet, dass der Zweckverband Träger werden könnte.

Da Ihre Entscheidung anders gefallen ist, haben Sie folgerichtig 300.000 DM für den Kauf der Liegenschaft Hamburger Hallig in den Haushalt eingestellt. Das haben wir alle gesehen.

(Jürgen Feddersen)

Wenn man bedenkt, dass neben dem Kaufpreis von 300.000 DM noch viele Investitionen für die Gaststätte nötig sind, frage ich mich, ob nicht das Geld zum Fenster hinausgeworfen wird. Ich hätte es viel lieber gesehen, Herr Minister, wenn Sie entschieden hätten, die Gaststätte an den Zweckverband zu verkaufen. Dann hätten Sie einmal 300.000 DM Einnahmen gehabt und Sie hätten auch noch das Geld für die Investitionen sparen können.

Jetzt sieht es so aus, als ob die Gaststätte an die NationalparkService GmbH übergehen soll. Ich bezweifle, dass das nach dem jetzigen Vertrag noch möglich ist. Das werden wir aber noch prüfen.

Schade ist es eigentlich, dass Sie nicht auf das Argument eines neu zu gründenden Zweckverbandes eingegangen sind. Denn hatte man sich ja ausdrücklich damit beschäftigt, das über die LSE durchzuführen. Leider kann es so nicht werden.

Wir begrüßen den vorliegenden Änderungsantrag des SSW, kommt er doch den Forderungen der Betroffenen vor Ort weitgehend entgegen. Schön wäre es gewesen, wenn wir einen gemeinsamen Antrag daraus hätten machen können.

(Beifall bei der CDU)

Ich fordere die Landesregierung und insbesondere Sie, Herr Minister Müller, auf, auf Ihrem Irrweg der Bevormundung aus Kiel umzukehren, Ihre Entscheidung zurückzuziehen und die Bewirtschaftung des Gebäudes der Hamburger Hallig dem neu zu gründenden Zweckverband zu übertragen. Springen Sie über Ihren Schatten und setzen Sie ein Zeichen. Die Westküste wartet darauf: Ich bitte Sie sehr herzlich, unserem Antrag zuzustimmen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Malerius das Wort.

Wilhelm-Karl Malerius [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Hamburger Hallig ist ein Kleinod mitten im Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und ist für die Entwicklung eines sanften Tourismus geradezu prädestiniert.

(Beifall bei SPD und SSW)

Seit 1930 steht die Hamburger Hallig unter Naturschutz und ist nicht nur Brutgebiet, sondern auch eines der wichtigsten Rast- und Nahrungsgebiete für Durchzügler im Nationalpark.

Die Hamburger Hallig ist mit den auf ihr stehenden Gebäuden Eigentum des Landes Schleswig-Holstein. Um die betroffene Bevölkerung an der Mitgestaltung zu beteiligen, wurde 1990 der Arbeitskreis Hamburger Hallig aus Vertretern der Gemeinde, des Kreises Nordfriesland, des Fremdenverkehrs, des Naturschutzbundes Deutschland, des Amtes für Land- und Wasserwirtschaft - jetzt ALR, Amt für ländliche Räume - und des Nationalparkamtes gebildet.

In vertrauensvoller Zusammenarbeit wurde von diesem Arbeitskreis ein Entwicklungskonzept Hamburger Hallig erstellt und 1991 verabschiedet, das folgende Belange zu berücksichtigen hat: Information und Umweltbildung, Erschließung und Verkehrslenkung, Warftgestaltung und Gastronomie, Naturschutz, insbesondere die Entwicklung der Salzwiesen. 1990 wurde schon in diesem Arbeitskreis überlegt, ob dieses Entwicklungskonzept über eine Trägergemeinschaft mit der Gemeinde Reußenköge, der Stadt Bredtstedt, dem Deutschen Bund für Vogelschutz, dem Amt für ländliche Räume, dem Kreis Nordfriesland und dem Nationalparkamt entwickelt und verwirklicht werden kann. Dabei sollten die landeseigenen Gebäude der Trägergemeinschaft zur Nutzung überlassen werden. Leider ist dieses zum damaligen Zeitpunkt nicht verwirklicht worden.

Das Entwicklungskonzept Hamburger Hallig ist die Basis einer inzwischen langjährigen vertrauensvollen Zusammenarbeit im Arbeitskreis. Wesentliche Teile, zum Beispiel zur Information und Umweltbildung, zur Erschließung und Verkehrslenkung sowie Maßnahmen des Naturschutzes konnten zwischenzeitlich umgesetzt werden.

Am 24. Mai 2000 wurden Eckpunkte eines Nutzungskonzeptes für die Hamburger Hallig vom Arbeitskreis einstimmig - ich betone: einstimmig! - verabschiedet. Hier geht es zum Beispiel um die bessere Integration der Gaststätte in die Besucherinformation. Beim gastronomischen Angebot ist darauf zu achten, dass regionaltypische Gerichte möglichst aus regionalen Produkten einen wesentlichen Anteil am Angebot haben.

Weitere Eckpunkte des Nutzungskonzeptes sind: Treffpunkt zur Nachbereitung von Warftführungen, Bau einer Beobachtungsplattform auf dem Schafberg, Errichtung eines Info- und Servicegebäudes Binnen-deich. Auch über die Basis einer künftigen Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde Reußenköge, der Stadt Bredtstedt, dem Naturschutzbund Deutschland, der NationalparkService GmbH, dem ALR und dem Arbeitskreisvorsitzenden ist diskutiert worden. Diese Runde stand kurz vor einer Einigung beziehungsweise steht auch heute noch zu einer gedeihlichen und vertrauensvollen Zusammenarbeit im Sinne und in Fort-

(Wilhelm-Karl Malerius)

führung des Konzeptes des Arbeitskreises Hamburger Hallig. Leider traten zu diesem Zeitpunkt einige Hardliner auf das Podium und torpedierten die Verhandlungen über die Medien in einigen Gremien, Vorstellungen und Begründungen. Dieses erinnert fatal an die Diskussion über den Synthesebericht. Die Türen wurden zugeschlagen und die gegenseitigen Schuldzuweisungen wurden öffentlich ausgetauscht.

Ich bin der festen Überzeugung, dass es Aufgabe der Politik dieses hohen Hauses ist, diese Türen wieder zu öffnen. Lassen Sie uns ganz im Sinne der Agenda 21 - und der Agenda sind wir alle verpflichtet - vor Ort mit allen Beteiligten einen runden Tisch bilden und gemeinsam für den Naturschutz, für den sanften Tourismus, für die Hamburger Hallig, für die Region eine Lösung finden. Dabei darf keiner der Beteiligten der Verlierer sein.

Ich danke Ihnen und beantrage im Namen der SPD-Fraktion die Überweisung an die dafür zuständigen Ausschüsse.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Frau Abgeordneter Dr. Christel Happach-Kasan das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Feddersen, zunächst einmal beglückwünsche ich Sie zu Ihrem ersten Beitrag im Haus. Ich hätte mir allerdings gewünscht - das darf ich dann auch sagen -, dass wir die Wiederaufnahme des Themas Nationalpark Wattenmeer nicht ausgerechnet an einem kleinen Gasthof festmachen, über dessen Verpachtung es Streit gibt.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.], Konrad Nabel [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Herr Malerius, ich bedauere, dass Sie bei der Schilderung der Hamburger Hallig doch eines vergessen haben zu erwähnen, dass nämlich auch der Synthesebericht diese Hamburger Hallig als einen Schwerpunkt des Fremdenverkehrs ausweist. 50.000 bis 100.000 Besucher kommen jedes Jahr in der Saison auf diese Hamburger Hallig. Es ist ein Kleinod - wie Sie zu Recht beschreiben - von gerade einmal 216 ha. Das beides zeigt - sowohl die Tatsache, dass da Brut- und Rastplätze von internationaler Bedeutung sind, wie auch der touristische Betrieb -, dass es doch exemplarisch möglich ist, Tourismus und Naturschutz nebeneinander zu betreiben. Ich meine, das sollten wir zum Wohle der Region alle erhalten wollen.

Die Neuverpachtung des Gasthauses hat nun den Streit ausgelöst, der hier ausgetragen wird. Der Streit ist die direkte Folge des Streits über die Novellierung des Nationalparkgesetzes. Er zeigt, dass die Landesregierung noch eine Menge zu tun hat, um das in der vergangenen Legislaturperiode verspielte Vertrauen der Menschen an der Nordseeküste in staatliches Handeln zurückzugewinnen. Gleichzeitig will ich aber auch sagen, dass für jemanden, der nicht aus dieser Region stammt, die Dimension des Streitigen, die Emotionalität, mit der er geführt wird, nicht ganz nachvollziehbar ist.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Über die Verpachtung einer Liegenschaft entscheidet in aller Regel der Eigentümer oder die Eigentümerin. Dieses Grundprinzip muss nach Auffassung der F.D.P. unangetastet bleiben. Eigentümer der Hamburger Hallig einschließlich des Gasthauses ist das Land Schleswig-Holstein. Die Entscheidung über die Verpachtung liegt somit beim Land.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Als F.D.P.-Fraktion nehmen wir allerdings mit einer gewissen Verwunderung zur Kenntnis, dass das Land akzeptiert hat, dass nicht die GMSH - diese wundervolle Einrichtung - dieses Gasthaus übertragen bekommt. Wir wundern uns darüber, denn wenn es denn so eine gute Einrichtung wäre, dann müsste man doch die Verpachtung dieses Gasthauses vertrauensvoll in ihre Hände legen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und vereinzelt bei der CDU)

Trotz dieser Einigkeit in der Frage, wer den Gasthof nicht verpachten soll, sowie der Einigkeit über das vom Arbeitskreis Hamburger Hallig erarbeitete Nutzungskonzept für die Liegenschaft entstand eine Konfrontation darüber, wer die Verpachtung vornehmen soll. Diese Konfrontation sowie die mediale Begleitung erwecken in meinen Augen den Eindruck, als solle die Schlacht um die Novellierung des Nationalparkgesetzes noch einmal geführt werden. Zu diesem Eindruck trägt bei, dass zum Vorschlag des Landes, der NationalparkService GmbH die Verpachtung zu übertragen, keine selbstverständliche und überzeugende Alternative genannt wird, es sie möglicherweise auch nicht gibt.

Aus der Region kommt der Vorschlag, dass ein noch zu gründender Zweckverband aus den dortigen Kommunen die Verpachtung vornehmen sollte. Die Gründung eines Zweckverbandes erfordert eine Satzung,

(Dr. Christel Happach-Kasan)

die Bildung von Verbandsorganen und deren Besetzung mit geeigneten Personen. In Zeiten, in denen wir über Aufgabenstraffung, Deregulierung, Vereinfachung der Behördenstruktur reden, ist dies ein Vorschlag von gestern.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.], Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Er ist eine Hilfskonstruktion. Schließlich sind mit der Gründung des Verbandes noch keine Finanzmittel - weder für den Kauf; 300.000 DM sind im Haushalt eingestellt; Herr Feddersen, das haben Sie erwähnt, noch für die notwendige Gebäudeunterhaltung - bereitgestellt. Selbstverständlich muss das Land als bisherige Eigentümerin das letzte Wort über die Verpachtung dieser Liegenschaft auch behalten. Solange über Geldmittel nicht gesprochen wird und auch vom Verband diese nicht in Aussicht gestellt werden können, scheint es mir eine Hilfskonstruktion zu sein, die nicht trägt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich möchte Sie auch bitten, das eine zu überdenken: Wären Sie wirklich bereit, dem Bürgermeister der Stadt Kiel die Entscheidung zu überlassen, was in dem Landeshaus, in dem wir hier sitzen, tatsächlich passieren soll?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da würde es besser werden! - Konrad Nabel [SPD]: Oh, oh! - Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich wäre als Mitglied der F.D.P.-Fraktion nicht dazu bereit. Wer die gestern verlorenen Schlachten noch einmal schlägt, verliert in aller Regel ein zweites Mal. Dieser Streit über die Verpachtung eines Gasthofes nützt all denen, die den Konflikt um die Novellierung des Nationalparkgesetzes am Leben erhalten wollen, sonst niemandem.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das kann man politisch so wollen, aber es ist naiv zu glauben, andere würden das nicht merken.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

Das Anliegen der Menschen in der Region ist nicht die Fortführung des Streits, sondern die Stärkung des touristischen Angebots bei Wahrung der Interessen des Naturschutzes. Daher ist vom Arbeitskreis einstimmig ein Nutzungskonzept für die Hallig erarbeitet worden, das genau diesen Zielsetzungen Rechnung trägt. Dieses Konzept halte ich für gut und es sollte umgesetzt werden. Ich bedauere sehr, dass weder im CDU-

Antrag noch im SSW-Antrag irgendein Bezug auf dieses Konzept genommen wird.

(Beifall bei der F.D.P., vereinzelt bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Landesregierung ist weiterhin aufgefordert, eigene Anstrengungen zu unternehmen, um das während der Novellierung des Nationalparkgesetzes verloren gegangene Vertrauen der Bevölkerung in staatliches Handeln zurückzugewinnen.

Ich bin gern bereit, mich der Ausschussüberweisung anzuschließen.

(Beifall bei F.D.P., SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das hier ist ja eine bemerkenswerte Debatte. Herr Feddersen, ich beglückwünsche Sie auch zu dem Ton Ihrer Rede.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Joachim Behm [F.D.P.])

Das ist etwas, was ich hier bisher in den Auseinandersetzungen über den Nationalpark noch nicht so erlebt hab. Das freut mich.

Zunächst muss ich allerdings nun doch feststellen, dass ich es etwas sonderbar finde, dass sich dieses hohe Haus nun heute mit der Verpachtung einer einzelnen Gaststätte befasst.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Ob das noch im Sinne unseres politischen Auftrages und im Sinne der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ist, bleibt aus meiner Sicht fraglich. Wenn, dann hätte man eine ganz andere Diskussion führen müssen. Frau Happach-Kasan hat das hier sehr klug angesprochen. Aber das will ich nicht tun. Das haben Sie ja auch nicht gewollt. Sie haben vielmehr gewollt, dass wir hier noch einmal eine Debatte über den Nationalpark eröffnen. Okay, dem will ich mich gern stellen.

Die Absichten hinter diesem Antrag sind aus meiner Sicht ähnlich deutlich wie bei der Reaktion auf die Entscheidung des Umweltministers, die NationalparkService GmbH mit der Betreuung der Hamburger Hallig zu betrauen. Ich werde mich dennoch sachlich damit auseinandersetzen.

(Irene Fröhlich)

Die NationalparkService GmbH ist seinerzeit gegründet worden, um als Außendienst des Nationalparkamtes gerade im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit tätig zu sein und als privat wirtschaftende Gesellschaft mehr Bewegungsspielraum zu haben, als eine öffentliche Einrichtung je haben könnte.

Es ist meiner Meinung nach immer ein Gewinn, wenn Information und Betreuung vor Ort in einer Hand liegen. Ziel auch unserer Bemühungen in den vergangenen Jahren war es, den Nationalpark in seiner Gesamtheit in einer einheitlichen und für die Besucher wiedererkennbaren Form zu präsentieren. Genau dies geschieht jetzt auf der Hamburger Hallig.

Der Umweltminister hat zugesagt, das im Arbeitskreis Hamburger Hallig erarbeitete und einstimmig verabschiedete Nutzungskonzept tatsächlich umzusetzen. Sie wissen, Herr Feddersen, dass auch die Naturschutzseiten Zugeständnisse gemacht haben. Man sollte das nicht dadurch wieder zunichte machen, dass man die Tür für die nächste Redeschlacht wieder aufmacht. Sie wissen das.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Es dreht sich um die Immobilie!)

Die Gemeinden sind in diesem Arbeitskreis vertreten und befürworten dieses Konzept - die Naturschützer auch. Darüber hinaus haben sie über den Kreis Nordfriesland, der Anteilseigner ist, einen Anteil an der NationalparkService GmbH. Sie sind also immer mit eingebunden.

Die Besucherinformation liegt heute bereits beim Naturschutzbund und der NationalparkService GmbH und damit offensichtlich in sehr kompetenter Hand. Sonst wären die Erfolge des Zusammenwirkens von Tourismus und Naturschutz überhaupt gar nicht denkbar gewesen.

Vor allem der dortige Naturlehrpfad bietet vielfältige Details. Die angebotenen Nationalparkführungen bieten einen ausgezeichneten Einblick in die einzigartige Natur und stellen ein wertvolles Angebot für die Touristinnen und Touristen in unserer Region dar.

Auch bei der Neuverpachtung der Gaststätte auf der Hamburger Hallig sind sowohl die Gemeinden als auch die Service-Gesellschaft eingebunden. Extra zu diesem Zweck eine neue Vereinigung - nämlich den kommunalen Zweckverband - zu gründen, halte ich für völlig überflüssig und falsch. Wichtig ist, dass es endlich zu einer echten Kooperation zwischen Gastwirtschaft und Nationalpark kommt. Das war nämlich das zugrunde liegende Problem, mit dem wir uns nun aufgrund Ihrer weisen Entscheidung hier zu beschäftigen haben.

Das Gaststättengebäude gehört dem Land Schleswig-Holstein. Das soll sich auch nicht ändern. Da gibt es auch keine zwei Meinungen in der Region. Das Land muss sicherstellen können, dass dort inmitten des Nationalparks vorbildlich umweltverträglich gewirtschaftet wird. Dies kann nur geschehen, wenn das Land über die NationalparkService GmbH unmittelbaren Einfluss hat. Aus diesem Grund können wir dem Ergänzungsantrag des SSW nicht zustimmen.

Wir freuen uns, wenn es gelingt, in der Gaststätte heimische Produkte und regionale Spezialitäten anzubieten. Immerhin sind die Hamburger Hallig und die dortigen Salzwiesen eines der Sahnestücke im Herzen des Nationalparks. Badegäste, Spaziergänger und Radwanderer sollen neben der Freude über die herrliche Natur auch kulinarisch auf ihre Kosten kommen und die Westküste rundum mit Augen, Nase und Gaumen genießen können.

Aufgrund des Antrags auf Ausschussüberweisung füge ich noch einen weiteren Gedanken hinzu. Der Nationalpark ist darüber hinaus für uns eine internationale Verpflichtung. Schließlich ist er nicht nur die Drehscheibe auf dem Vogelzug und damit alles entscheidender Trittstein für weltweit sich bewegende Vogelpopulation, sondern er ist auch als UNESCO-Weltkulturerbe anerkannt. Wir sollten uns hüten, aus dem Nationalpark, der ja eigentlich ein „International-Park“ ist, einen Kommunalpark werden zu lassen. Daher und weil es eine gute Debatte geben soll und weiterhin geben wird - davon bin ich überzeugt -, stimme ich - ein bisschen bedauernd - der Ausschussüberweisung zu. Ich bin der Meinung, dass wir das abschließend im Ausschuss beraten können. Im Übrigen halte ich die tatsächliche Verpachtung dieser Gaststätte nicht für eine Aufgabe der Parlamentarier, sondern nach wie vor für eine Aufgabe des Ministeriums.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Thema um die Bewirtschaftung der Hamburger Hallig hat in Nordfriesland für sehr viel Wirbel gesorgt und lässt die Wellen dort wieder einmal sehr hoch schlagen. Der Nationalpark ist aufs Neue ins Gerede ge-

(Lars Harms)

kommen. Es wäre wünschenswert und gut, wenn endlich Ruhe an der Westküste einkehren würde.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Grundsätzlich begrüßt der SSW den Schritt, die Vermarktung des Nationalparks und die Informationen über den Nationalpark an die NationalparkService GmbH zu übertragen. Diese Art von landes- beziehungsweise westküstenweitem Besucherservice aus einem Guss zu machen, macht Sinn, da somit ein Wiedererkennungseffekt an der ganzen Küste erreicht wird.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Als die NationalparkService Gesellschaft ins Leben gerufen wurde, war das sicherlich eine schwere Geburt - ich kann das sagen, denn ich war live dabei. Daher ist es um so erfreulicher, dass mittlerweile Vertreter des Landes, der Kreise Nordfriesland und Dithmarschen sowie der Umweltverbände hier an einem Tisch sitzen und eng zusammenarbeiten.

Die Entscheidung des Umweltministers, die Bewirtschaftung der Hamburger Hallig in die Hände der Service-Gesellschaft zu legen, war mit Sicherheit nicht von bösem Willen oder gar Ignoranz bestimmt, wie man hier meint. Ich kann gut nachvollziehen - wenn in dieser Sache die Fakten gegeneinander abgewogen werden -, dass man hier zu dem Resultat kommen kann, die Bewirtschaftung der Hamburger Hallig an die NationalparkService GmbH zu übertragen.

Gleichwohl bin ich der Auffassung, dass die Hamburger Hallig einen Sonderfall darstellt. Es handelt sich bei diesem Streit nicht um den klassischen Streit, bei dem es um Interessen von Nationalparknutzern und -schützern geht. Die Gaststätte auf der Hamburger Hallig wird nicht nur in den Sommermonaten von Nationalparkbesuchern aufgesucht, sondern sie wird besonders in den Wintermonaten von der Bevölkerung aus dem benachbarten Kögen besucht, da dies die einzige Gaststätte in der näheren Umgebung ist. Daher herrscht hier der Wunsch nach einer großen Gaststube, nach guten sanitären Einrichtungen und einer ordentlichen Betreiberwohnung für die Gaststätte, damit der Gastwirt vor Ort sein kann. „Dat schal alln's Hand un Fot hemm“ - eben eine runde Sache. Doch damit wären allerdings alle Platzreserven dieses Hauses voll erschöpft. Das ist die Angst vor Ort.

Dies gilt jedoch nicht für die gesamte Hallig und auch nicht für deren Umgebung. Es befinden sich weitere Gebäude auf der Hallig, die vorwiegend als Unterkunft oder Aufenthaltsort für die dort tätigen Umweltschutz-

organisationen dienen. In diesen Gebäuden sind noch Platzreserven vorhanden, um weitere Einrichtungen unterzubringen. Zusätzliche Möglichkeiten bestehen binnendeichs.

Es ist somit aus meiner Sicht nicht dringend erforderlich, die NationalparkService GmbH in irgendeiner Weise in der Gaststätte zu beheimaten. Man verzichtet zwar auf den Synergieeffekt, dass die Gastwirte über den Nationalpark informieren und mögliche Artikel aus dem Nationalparksortiment verkaufen können. Aber man gewinnt gleichzeitig die Chance, mit den vor Ort tätigen Naturschutzverbänden eine gute Informationsmöglichkeit - sowohl inhaltlicher als auch räumlicher Art - an anderer Stelle aufzubauen.

Es bleibt möglicherweise der legitime Wunsch, die NationalparkService GmbH auf ökonomisch sicherere Beine zu stellen, indem sie unter anderem die Gaststätte verpachtet und die Pachteinnahmen erhält. Hier stellt sich die Frage, ob es sich angesichts der zu erwartenden Pachteinnahmen lohnen würde, die Akzeptanz des Nationalparks vor Ort noch stärker auszuhehlen.

Ich persönlich halte diesen Preis für zu hoch. Immerhin sind die Kommunen, die sich in dem neuen Zweckverband organisieren wollen, laut Presseberichten bereit, die Renovierung der Gaststätte selbst zu tragen. Nach Schätzungen beläuft sich die Summe hierfür auf zirka 200.000 DM. Selbst bei einer möglich Kofinanzierung ist dies ein erheblicher Schritt auf das Land zu. Dies sieht man in Nordfriesland ebenso, weshalb sich der Kreistag Nordfriesland auch mit Mehrheit für eine Bewirtschaftung durch den Zweckverband ausgesprochen hat.

Daher ist der SSW der Auffassung, dass eine Bewirtschaftung des Gebäudes durch den Zweckverband in diesem Fall - und nur in diesem Fall - eine durchaus akzeptable Lösung wäre - allerdings mit einer Einschränkung: Man muss gleichzeitig absichern, dass die Information über den Nationalpark und dessen Vermarktung auf der Hamburger Hallig durch die NationalparkService GmbH zu erfolgen hat, damit hier für Einheitlichkeit und Professionalität gesorgt ist.

So ist auch unser Änderungsantrag zu verstehen, wobei zu berücksichtigen ist, dass mögliche Maßnahmen nur im Einvernehmen mit den vor Ort tätigen Umweltverbänden durchgeführt werden sollen. Die vor Ort tätigen Umweltverbände dürfen auf keinen Fall zu irgendeiner Konkurrenz zu dem Haus der NationalparkService Gesellschaft werden, weil sonst ein wichtiges Argument der Diskussion um die Nationalparks ad absurdum geführt würde.

(Lars Harms)

Unser Änderungsantrag zum CDU-Antrag ist ein Kompromissvorschlag: Betrieb der Gaststätte durch den Zweckverband bei gleichzeitiger Wahrung der Rechte der NationalparkService GmbH und der vor Ort tätigen Umweltverbände.

Die von Herrn Kollegen Malerius vorgeschlagene Ausschussüberweisung sehen wir als ein Handreichen der Regierungsfractionen. Wir sollten diese Hand für neue Gespräche und einen Kompromiss nicht ausschlagen. Wir stimmen der Ausschussüberweisung daher zu, erwarten allerdings auch allseitige Kompromissbereitschaft.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegen noch zwei Wortmeldungen nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung vor.

Ich erteile zunächst Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone das Wort.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Happach-Kasan, zunächst einmal herzlichen Dank dafür, dass Sie den Ton der Vernunft auch in diese Debatte gebracht haben.

(Beifall bei F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist in der Tat grotesk, dass sich ein Landtag mit der Verpachtung einer Kneipe beschäftigen muss.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich kann das aber verstehen, denn es ist natürlich die Folge einer langanhaltenden und erbittert geführten Debatte um den **Nationalpark**.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir sind die Wirtschaftspartei und die CDU ist die Gastwirtschaftspartei!)

- Wenn wir beide gern einen Pharisäer trinken, dann ist das auch in Ordnung.

Es ist in der Tat die Folge einer langanhaltenden, schwierigen und sehr verletzenden Diskussion um den Nationalpark. Nun ist die Frage: Ist diese Diskussion, die auch in der Zeitung erbittert geführt wurde, Rest einer Debatte um den Nationalpark zwischen denen, die ihn nicht wollten, doch wollten oder nicht so wollten, oder weist sie in die Zukunft? Genau diese Möglichkeit sollten wir nicht ausschlagen. Es kann sein,

dass nach all den Verletzungen und all dem, was wir - auch hier in diesem Hause - erlebt haben, der gute Wille besteht, gemeinsam etwas voranzubringen. Diese Hand sollte im Interesse der Zukunft des Nationalparks nicht ausgeschlagen werden.

(Beifall bei SPD und SSW)

Dazu bedarf es Gespräche. Ob dazu allerdings eine Zweckverband - ein relativ schwieriges Instrumentarium - notwendig ist oder ob andere Lösungen sinnvoller wären, wird die Debatte ergeben. Vielleicht wird es wirklich das Lackmuspapier sein, mit dem geprüft wird, in welche Richtung es geht. Sollen alte Schlachten weiter geschlagen werden oder soll gemeinsam etwas Neues entwickelt werden? Sicher ist - und muss sein -, dass dieses Grundstück weiterhin im Eigentum des Landes Schleswig-Holstein verbleiben muss, denn im Grundbuch wird der Staatsfiskus, also das Land Schleswig-Holstein, eingetragen sein.

(Holger Astrup [SPD]: Das können wir im Ausschuss bereden!)

- Das können wir im Ausschuss bereden. Wir können uns dann überlegen, wie weiter vorgegangen werden soll.

Herr Feddersen, eines möchte ich deutlich sagen: Hier wird geprüft werden, was wir wollen, was die Westküste will. Will sie diesen Nationalpark weiterhin vernünftig entwickeln oder sollen alte Schlachten geschlagen werden? Wir müssen die Hand zu einer gesunden und guten Entwicklung reichen, aber wir müssen auch wachsam sein.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Feddersen zu einem weiteren Kurzbeitrag das Wort.

Jürgen Feddersen [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, ich muss einiges richtig stellen. Frau Fröhlich, ich freue mich, dass Sie sagten, mein Ton sei in Ordnung gewesen. Sie haben das sicherlich manchmal anders erlebt. Ich glaube aber, ich bin immer ein fairer Partner, sodass man mit mir hinterher immer reden und ein Bier - oder einen Pharisäer - trinken kann. Dazu bin ich immer bereit. Daher wundert es mich, dass Herr von Hielmcrone das anders gesehen hat.

(Zurufe von der SPD)

Wer es noch nicht weiß: Ich bin seit über 10 Jahren Bürgermeister und Amtsvorsteher auf Pellworm.

(Jürgen Feddersen)

Wenn ein **Gesetz** beschlossen ist, dann weiß ich sehr gut, wie man damit umgeht. Sie können überall nachlesen, dass ich - sei es 1985, sei es jetzt bei der Novellierung - überall der Erste war, der sagte: Wenn ein Gesetz beschlossen ist, dann weiß ich auch, wie ich damit umgehen kann. Das akzeptiere und respektiere ich. Das ist überhaupt keine Frage. Ich glaube nicht, dass wir jetzt wieder neue Gräben aufreißen wollen. Das sehen Sie falsch. Uns geht es nur um die Bewirtschaftung der Gaststätte auf der Hallig und nicht um den Nationalpark. Das möchte ich ganz deutlich sagen, das hat damit überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei SPD und SSW)

Warum keinen **Zweckverband**? Wir haben doch den wunderbaren Zweckverband Beltringharder Koog. Der funktioniert mit allen Gemeinden und Naturschutzverbänden hervorragend. Warum können wir das auf der Hamburger Hallig nicht auch machen? Das will ich nicht einsehen. Es wurde von dem Konzept gesprochen und gefragt, warum wir das nicht geliefert hätten. Es tut mir leid, das hätten wir gern können. Ich dachte, jeder würde das kennen. Das Konzept ist fertig. Vor Ort sind sich alle - Naturschutzverbände und Gemeinden - einig.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Das Finanzkonzept! Nicht das inhaltliche Konzept!)

Es geht nur noch um die Gaststätte. Keiner bezweifelt, dass das Land Eigentümer ist. Ich bin auch Eigentümer eines „Spar“-Ladens und will auch nicht, dass ein anderer mitredet. Das soll jeder selber entscheiden, so wie das Land es auch selber entscheiden soll.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das werden wir nächstes Mal diskutieren!)

Herr Müller hat an der Westküste Hoffnungen geweckt. Ich hoffe, er wird dazu noch etwas sagen. Darum geht es mir. Er hat **Hoffnungen** geweckt, dass man dies einem Zweckverband oder den Gemeinden übertragen könnte. Wenn nicht, dann muss er das richtig stellen. Ich bin der Meinung: Wenn er das so entschieden hat, dann hätte er das längst mitteilen können, denn dann wären diese Hoffnungen gar nicht erst geweckt worden.

Zum Stichwort Multimar! Wenn man - wie in der Zeitung zu lesen war - auch noch das Multimar-Wattforum in Tönning der NationalparkService GmbH übergeben will, dann weiß ich schon, über wie viele 100.000 DM Defizit wir nachher sprechen, für die das Land aufkommen muss. Wir sollten uns gut überlegen, was wir der NationalparkService GmbH übergeben,

denn wenn das Defizit da ist, muss das Land dafür gerade stehen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Minister Müller hat das Wort.

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor fast einem Jahr wurde hier im Landtag ein neues Nationalparkgesetz verabschiedet. Ich glaube, alle erinnern sich sehr gut daran, dass dieser Entscheidung eine mehrjährige und intensive Debatte über die Zukunft des Nationalparks vorausging. Mit der Verabschiedung des Gesetzes ist inzwischen die stürmische Diskussion an der Westküste abgeflaut. Da hat Herr Feddersen Recht, das ist auch meine Wahrnehmung. Meine Bitte an alle ist, diese - auch in der Wortwahl - nicht wieder anzuheizen.

Worum geht es heute? - Die Hamburger Hallig ist eine Halbinsel, die im Herzen unseres Nationalparks liegt. Wie es sich für eine Hallig gehört, gibt es eine Warft, darauf einige Gebäude und darin eine Gaststätte. Die Häuser sind - ebenso wie die Hallig - Eigentum des Landes. Aus privaten und persönlichen Gründen hat der Pächter der Gaststätte seinen Pachtvertrag im Frühjahr vorzeitig gekündigt. Das gibt uns jetzt die Chance, ein **Konzept** zu verwirklichen, das der **Arbeitskreis Hamburger Hallig** einstimmig und sehr konsensual erarbeitet hat. In ihm arbeiten die umliegenden Ämter und Gemeinden, der Kreis Nordfriesland, das ALR Husum, der NABU und die NationalparkService GmbH seit vielen Jahren zusammen.

Nach der Konzeption des Arbeitskreises soll für die Hamburger Hallig der Charakter der friesischen Halligen erhalten bleiben. Es sollen verstärkt Produkte aus naturverträglich wirtschaftenden Betrieben der Region angeboten werden. Weiterhin soll künftig auch in der Gaststätte über den Nationalpark informiert werden. Dieses Konzept, dessen wichtigste Eckpunkte heute schon mehrfach erwähnt worden sind, wurde am 24. Mai 2000 einstimmig im Arbeitskreis beschlossen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht geklärt wurde lediglich die Frage, wer die **Regie bei der Umsetzung** dieser Planung übernehmen soll.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der Wirtschaftsminister!)

Die kommunalen Vertreter wollten einen Zweckverband gründen, die Naturschutzverbände sprachen sich

(Minister Klaus Müller)

dafür aus, die Gaststätte an die NationalparkService GmbH zu verpachten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: McDonald's!)

Lassen Sie mich dazu ein Zitat aus den „Husumer Nachrichten“ vom 19. April dieses Jahres bringen. Da heißt es:

„Da gibt es nur in Nuancen unterschiedliche Meinungen“, sagt der Bürgermeister der Anliegergemeinde Reußenköge, Oke Petersen.“

Ich glaube, dass er es damit sehr gut auf den Punkt gebracht hat. Auch in dem Gespräch, zu dem ich vor der Entscheidung alle Akteure in mein Haus eingeladen hatte, hat jeder dem anderen bescheinigt, dass der andere es genauso gut könnte wie man selber; nur, man habe eben eine Präferenz.

Ich halte die zweite Variante für richtig. Die Hallig und ihre Gebäude bleiben im Eigentum des Landes, die Verantwortung für die Verpachtung der Gebäude wird auf die NationalparkService GmbH übertragen, nicht auf das Nationalparkamt. Auch dies ist in manchen Diskussionen durcheinander gegangen. Die NationalparkService GmbH ist es, die die Gaststätte an einen privaten Unternehmer - dazu hat Frau Happach-Kasan schon einiges gesagt; das soll kein defizitärer Zuschussbetrieb werden -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Also doch McDonald's!)

aus der Gastronomie verpachtet. In die Auswahl des Gastronoms - das ist jetzt für die politische Kultur wichtig - werden die NationalparkService GmbH genauso wie die Kommunen vor Ort selbstverständlich eingebunden. Wir werden uns bemühen, eine konsensuale Lösung zu erreichen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ebenso selbstverständlich wird es in Absprache mit den Kommunen eine dauerhafte touristische Nutzung vor Ort geben. Jeder, der da schon einmal war, weiß, worüber man da redet.

Was waren die Gründe für diese Entscheidung? - Es ist ein deutliches Signal in das **Vertrauen in unsere NationalparkService GmbH**, die wir genau für diese Zwecke gegründet haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und - dies haben wir sorgfältig geprüft - das ist vom Gesellschaftervertrag gedeckt.

Bei Multimar - das wurde eben schon erwähnt; wir können uns gern einmal darüber unterhalten, wie das sonst bei Verlusten solcher Einrichtungen bezie-

hungsweise einem öffentlichen Interesse ist - wird zurzeit eine einvernehmliche Lösung angestrebt.

Durch die Übertragung an die NationalparkService GmbH kann der Nationalpark optimal präsentiert werden - natürlich unter Einbindung der vor Ort tätigen Umweltverbände und Kommunen. Es wird sichergestellt, dass der neue Gastronom insbesondere in die Öffentlichkeitsarbeit für den Nationalpark integriert wird - genau so, wie es das einstimmige Konzept vorsieht.

Wenn jetzt jemand versucht, den Eindruck zu erwecken - vielleicht niemand hier im Haus, aber vor Ort -, er könne suggerieren, die Westküste sei ein Opfer einer Kieler Überstülpaktion geworden, hat er leider Unrecht. Das Gegenteil ist der Fall. Mein Anspruch ist - ich glaube, dass wir das hier gut durchgehalten haben -, die Region durch den Arbeitskreis Hamburger Hallig in den gelungenen Bottom-up, das heißt seit Jahren den laufenden Von-unten-nach-oben-Prozess der Entwicklung der Hamburger Hallig, einzubeziehen. Alle konzeptionellen Inhalte wurden abgesprochen und von allen Beteiligten einvernehmlich getragen.

Ich glaube auch, dass - jenseits der innerlichen Entscheidung - die Antwort auf die Frage, wer jetzt das operative Geschäft hat, ein Stück weit von pragmatischen Erwägungen getragen werden kann, wer tatsächliche professionelle Erfahrung hat. Meines Erachtens ist das die NationalparkService GmbH. Nach so viel Sturm hätte der Nationalpark jetzt eine sanfte Brise nötig. Ich hoffe, dass wir alle dazu beitragen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist beantragt worden, die Anträge dem Umweltausschuss zu überweisen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zur abschließenden Beratung! - Konrad Nabel [SPD]: Das geht doch nicht! Das ist ein Antrag! - Weitere Zurufe)

- Zur abschließenden Beratung? - Wer so - -

(Zurufe von der SPD: Nein!)

- Moment! Zur abschließenden Beratung oder nicht?

(Zurufe: Nein!)

- Nein!

Zur Geschäftsordnung, Herr Abgeordneter Feddersen!

Jürgen Feddersen [CDU]:

Muss nicht erst in der Sache abgestimmt werden?

(Zurufe: Nein!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Wenn Überweisung beantragt wurde, wird zunächst darüber abgestimmt. Wenn diese nicht angenommen wird, wird in der Sache entschieden.

Es ist beantragt worden, die Anträge nicht zur abschließenden Beratung dem Umweltausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

Übernahme des Streckennetzes der DB AG durch Bund und Land

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/370

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich bitte darum, Gespräche draußen fortzuführen, damit wir hier drinnen bei normaler Lautstärke weiter verhandeln können.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Schröder.

Bernd Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Entschuldigen Sie bitte, Herr Abgeordneter! Das Wort hat jetzt ausschließlich Herr Abgeordneter Schröder. - Sie haben das Wort.

(Beifall)

Bernd Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nicht nur die aktuelle Diskussion über Preise von Benzin und Diesel, die wir ja auch hier hatten, verdeutlicht eine verkehrspolitische Problematik in Deutschland und in Schleswig-Holstein. Die **Abhängigkeit** vom **Auto** beziehungsweise vom **LKW** muss langfristig als zu hoch beziehungsweise in heutiger Form nicht befriedigend eingeschätzt werden. Zudem besteht bis heute keine systematische, integrierte Ent-

wicklung von alternativen Lösungen, insbesondere der Bahn, abgestimmt im internationalen Zusammenhang, realisiert konkret vor Ort, zum Beispiel auch im grenzüberschreitenden Güterverkehr. Tatsächlich wird die Entwicklung des Bahnverkehrs in Deutschland über Gebühr durch die auf die Vernetzung der Zentren fokussierte Unternehmenspolitik der Deutschen Bahn AG bestimmt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Pfui Geige!)

Wir alle haben gerade heute zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Bahn auch hier in Schleswig-Holstein erhebliche Einschnitte plant.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ein Schlag ins Gesicht des Ministers!)

Das können wir uns nicht gefallen lassen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Beifall beim SSW)

Im Zuge der Regionalisierung des SPNV, also der Übernahme der Verantwortung für den Schienenpersonennahverkehr durch die Länder, hat die Landesregierung mit ihren Mitteln dem eine systematisch konzipierte **Alternative** entgegengesetzt. Die Umsetzung durch die LVS und die von ihr zu verantwortenden Projekte ist deutlicher Beleg dafür.

Dieser landespolitisch richtige und erfolgreiche Ansatz wird aber durch folgende Negativentwicklungen gefährdet. Seit vielen Jahren wird der Betrieb von Nebenstrecken insbesondere aus bautechnischen Gesichtspunkten aufgegeben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

Daneben findet - für viele gar nicht feststellbar - ein stetiger Substanzverfall der unter Betrieb befindlichen Schieneninfrastruktur abseits dieser Magistralen statt. Wenn das so weitergemacht wird wie bisher, wird das Schienennetz in Schleswig-Holstein weiter an Substanz verlieren. In der praktischen Konsequenz wären Alternativen zum Auto- und LKW-Verkehr zukünftig nicht mehr zu entwickeln, weil die dann dafür benötigten Schienenwege nicht mehr existieren oder ihre Reaktivierung nur mit einem nicht mehr vertretbaren Aufwand verbunden wäre.

Damit wird Schleswig-Holstein in der Zukunft mehr als in der Vergangenheit von leistungsfähigen und umweltverträglichen Verkehrssystemen abhängen, will es seine durch die dynamische Entwicklung des Ostseeraumes gewonnene Brückenkopffunktion nutzen und stärken.

Die erste Schlussfolgerung kann also nur sein: Das Land fordert aus strukturpolitischen Erwägungen für

(Bernd Schröder)

seine Schienenwege eine substanzielle, perspektivisch **leistungsfähige Erhaltung und Weiterentwicklung**.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dass wir hier von Problemen großer Dimension sprechen, ist unter Fachleuten keine neue Erkenntnis. Die Thematik bestimmt vielmehr seit Jahren viele Fachtagungen; entsprechende Forderungen vor Ort sind auch bei uns im Land nicht neu. Ich erinnere nur an die leidige Diskussion um die Engpassbeseitigung an der Strecke Elmshorn - Pinneberg oder aktuell an den Ausbau der Strecke Neumünster - Bad Segeberg.

Die Politik hat aber in jüngster Vergangenheit konkrete Folgen bewirkt, derer wir uns nunmehr bewusst werden müssen:

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Expertenkommissionen wie jüngst die **Pällmann-Kommission** beraten über die Aufteilung des Schienennetzes beziehungsweise die Größe des insgesamt notwendigen Eisenbahnnetzes in Deutschland. Die DB Netz AG hat eine eigene Abteilung direkt unter dem Vorstand eingerichtet, die sich ausschließlich mit der Abgabe beziehungsweise Aufgabe von Strecken befasst. Selbst auf den Hauptstrecken der DB sind mittlerweile nicht nur vereinzelt Langsamfahrstellen wegen bautechnischer Defizite gegeben.

(Jürgen Weber [SPD]: Hört, hört!)

Faktisch bedeutet das: Die DB Netz AG ist nicht mehr in der Lage, ihre Aufgabe zu bewältigen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das habe ich immer schon gesagt!)

Bemerkenswert ist jedoch auch, dass andere Bundesländer in konkreten Beispielen erste Versuche der **Übernahme der Schienenwege in neue Betreibermodelle** realisiert haben, zum Beispiel in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz und nun auch in Sachsen. In allen Fällen sind dies gute Ansätze für Überlegungen in einem größeren Kontext. Was fehlt, ist ein systematisches Konzept mit strategischen Zielen und konkreten Vorgaben zur praktischen Umsetzung.

Wir in Schleswig-Holstein haben bei der Regionalisierung des SPNV gelernt, dass nur dann bleibende Verbesserungen im Land, vor Ort erreicht werden können, wenn wir die Dinge selbst gestalten und in die Hand nehmen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Jürgen Weber [SPD]: Sehr richtig!)

Die zweite Schlussfolgerung kann also nur sein: Das Land fordert die **Herauslösung des Netzes aus der DB AG** und die Übergabe der Verantwortung für die

regionalen Schienenwege an die Länder samt einer angemessenen finanziellen Ausstattung.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen ein landesweit **ausgewogenes Netz** der Schienenwege, abgestimmt auf die landesplanerischen Zielvorstellungen, und die Umsetzung im SPNV durch die LVS. Wir brauchen eine langfristige **technische Sicherung** der Schienenwege und eine auf den hiesigen schleswig-holsteinischen Verkehrsbedarf abgestimmte **technisch-betriebliche Konzeption** und auch **Finanzierung**.

Die Schlussfolgerung Nummer 3 kann also nur lauten: Das Land will die Verantwortung für das regionale Schienennetz auf der Basis einer effizienten Leitstruktur wahrnehmen und den Betrieb etablierten Unternehmen unter maximaler Nutzung hiesiger Technologien und Arbeitspotentiale übergeben. Die dafür notwendigen Vorbereitungen sind unverzüglich in die Hand zu nehmen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bitte daher, dem Antrag bereits heute zuzustimmen. Die Presse und die Problematik, die ich eingangs geschildert habe mit den Zielsetzungen der DB AG zwingen uns dazu, jetzt auch als Land zu handeln und nicht erst lange in den Ausschüssen darüber zu beraten.

Meine letzte Bemerkung: Es würde allen gut tun, den Artikel „Mobilität ist machbar“ im „Spiegel“ vom 18. September 2000 zu lesen. Darin wird die gesamte Problematik sehr gut geschildert und erläutert.

(Beifall bei SPD, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Eichelberg das Wort.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Den Antrag von SPD und Grünen können wir gut verstehen. Die Missstände hat Herr Schröder auch sehr deutlich aufgezeigt. Sie sind ja auch niemandem verborgen geblieben, spätestens seit man das alles in den Zeitungen gelesen hat. Aber ist dieser Antrag wirklich überlegt? Bringt uns der Wunsch der Antragsteller wirklich den gewünschten Durchbruch für unsere Zielvorstellungen? Trifft er die rechtliche Situation aufgrund des Grundgesetzes und des EG-Vertrages?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

(Uwe Eichelberg)

Wir meinen schlichtweg - nein!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das kann uns aber doch nicht hindern!)

Lassen Sie uns doch gemeinsam feststellen: Es gibt kein Industrieland, das kostendeckende Eisenbahnstrecken betreiben kann. Das ist einfach ein Fakt und darüber dürfen wir uns nicht hinwegtäuschen. Ich halte es für äußerst gefährlich, das Land Schleswig-Holstein in neue Risiken hineinzustürzen, wenn wir kein Geld haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir wollen ja welches kriegen!)

- Welches kriegen? Von jemandem, der nichts hat?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Von Hans Eichel!)

Deshalb meinen wir, dass wir nicht in das letzte Jahrhundert zurückgehen können, denn die Situation hat sich total verändert. Es gibt so viele Mängel, die die Bahn heutzutage nicht überwinden kann, weil in vielen Fällen Flugzeuge, Schiffe und Kraftfahrzeuge einen Wettbewerb mit der Bahn einfach nicht mehr zulassen. Dennoch kann es nicht sein, dass jedes Bundesland nun wieder ein **eigenes Eisenbahnnetz** aufbaut wie vor 100 Jahren. Das kann es nicht sein.

Im Grundsatz wäre es natürlich schön, wenn man sagen könnte: Ich möchte etwas und die anderen bezahlen es und geben mir das Geld. Aber ist das nicht ökonomisch völlig unrealistisch? Dann gäbe es ja gar kein Problem bei der Bundesbahn. Wenn die Deutsche Bahn AG mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet wäre, stünde sie heute ja nicht vor dieser schwierigen Situation. Und Konnexität von der Bundesregierung zu verlangen - das haben wir in anderen Fällen auch noch nicht erreicht. Ich halte das also für äußerst gefährlich.

Das Pällmann-Gutachten hast du ja eben zitiert, Bernd. Ich denke, darin ist die Problemlage der Bundesbahn ganz deutlich aufgezeigt. Lassen Sie mich zitieren:

„Der **Finanzbedarf** für die Bundesschienenwege im Zusammenhang mit der Realisierung der 'Strategie Netz 21' umfasst rund 13 Milliarden DM, zunächst nur bis zum Jahr 2010. Davon kann das Unternehmen allenfalls 3,7 Milliarden DM selbst aufbringen. Von den verbleibenden 9,3 Milliarden DM werden nach dem gegenwärtigen Stand 6,8 Milliarden DM durch den Bund abgedeckt. Das führt rechnerisch auf einen ungedeckten Finanzbedarf von 2,5 Milliarden DM.

Darin ist noch nicht einmal der **Instandhaltungsrückstand** gerade in den regionalen Netzen eingeschlossen. Brückenbauwerke und Sonderbauwerke sind überhaupt nicht erst berücksichtigt.“

Bei dieser Situation kann sich die Bundesbahn eigentlich nur durchwursteln, denn betriebswirtschaftlich lässt sich da gar nichts machen.

Warum sollen sie uns nun besser ausstatten? Herr Mehdorn hat meines Erachtens - für so dumm halte ich ihn schlichtweg nicht, dass er das nicht erkennen würde - keine andere Möglichkeit, als sich durchzulavieren, denn woher soll er die 9 Milliarden DM, die ihm fehlen, bekommen?

Summa summarum meinen wir, wir sollten diesen Antrag heute nicht überstürzt verabschieden, auch wenn das im Augenblick populistisch erscheint, sondern wir sollten im Ausschuss noch einmal genau darüber sprechen, was wirklich getan werden muss. Welche Strecken sind in der Zukunft wirklich zwingend notwendig, nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch? Da müssen wir ganz realistisch werden.

Weiter müssen wir von der Bundesregierung aber wirklich die **strikte Trennung von Bahnnetz und Betrieb** verlangen, die die DB AG ja nicht will.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Diese Trennung muss einfach kommen. Das verlangt auch das EU-Recht - die Richtlinie 91/440.

Die finanzielle Sicherung der Investitionen muss außerdem in vollem Umfang beim Bund bleiben. Sie wird ja aus dem Mineralölsteueraufkommen finanziert, aber nach unserer Meinung muss auch eine **Zweckbindung** zumindest eines gewissen Anteils für die Bundesbahn vorgesehen werden, denn auch dies gehört ja zu einer solchen Struktur dazu.

Außerdem meinen wir, dass sich die Deutsche Bahn AG im Personenfernverkehr auf die TEN-Linien - also die Hauptlinien, die europaweit vorgeschrieben sind - beschränken sollte, also auf die Verbindungsstrecken zwischen den Metropolen.

Die Monopolstellung im **Güterfernverkehr** für die DB-Cargo sollte aufgehoben werden. Wir meinen, dass gerade ein Wettbewerb im Güterfernverkehr erhebliche Bereinigungen und Entlastungen auf den Bundesstraßen mit sich bringen könnte.

Weiter: Die Länder werden den **Personennahverkehr** übernehmen, aber nicht die Strecken, sondern die Bewirtschaftung. Was dies angeht, so meine ich, dass die der Interregiostrecken durch uns vernünftig bewirtschaftet werden können - allein wegen der besseren

(Uwe Eichelberg)

Beurteilungsmöglichkeit, die wir hier vor Ort haben. Der Herr Minister hat immer sehr deutlich gesagt, dass wir in diesem Punkte gut vorangekommen sind.

Die **Bahnstationen** gehören unseres Erachtens mit zum Netz. Die Verantwortung dafür muss auch beim Bund bleiben.

Andererseits muss - damit das auch vernünftig abläuft - das **Bundesbahnaufsichtsamt** gestärkt werden. Die Bundesbahnaufsicht muss die Qualität der Anbieter und die Sicherheit gewährleisten. Sie gilt auch als Regulierungsbehörde.

Deswegen bitten wir Sie, im Ausschuss noch einmal mit Vernunft darüber zu sprechen. Das Ziel ist ja für alle Parteien dasselbe, nur dürfen wir uns beim Bund nicht lächerlich machen, sondern wir müssen die richtigen Zahlen und vernünftige Wünsche auf den Tisch legen. Dann kann man damit auch arbeiten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Wirtschaftsminister will den Wettbewerb auf der Schiene fördern, indem er weitere Strecken ausschreibt. Die Regierungsfractionen wollen - jedenfalls habe ich ihren Antrag so verstanden - den Wettbewerb auf der Schiene fördern, indem sie das Schienennetz wieder in unmittelbares Staatseigentum zurückführen - Bund oder Land. Das ist Privatisierung auf Schleswig-Holsteinisch!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Absicht des Ministers unterstützen wir voll und ganz, die Rückwärtsrolle von SPD und Grünen machen wir allerdings nicht mit. Es ist inzwischen ja wohl unbestritten, dass sich die DB selbst Vorteile bei der Nutzung des Netzes eingeräumt und Konkurrenten benachteiligt hat. Diese Entwicklung ist nicht überraschend. Sie liegt sozusagen in dem Institut „Eigentum“; der Eigentümer versucht natürlich immer, sich so weit wie möglich Vorteile zu verschaffen, und Monopolisten überschreiten dabei häufig - ich nehme an, darin sind wir uns einig - die Grenzen des Hinnehmbaren. Ein Verfahren beim Bundeskartellamt war deshalb anhängig und die DB hat reagiert. Zum 1. Januar 2001 wird das Preissystem für die Trassennutzung umgestellt und die Mengenrabatte für die DB entfallen.

Das Problem ist insofern etwas kleiner geworden. Trotzdem zeigt der Vorgang, dass die **institutionellen Bedingungen des Netzzugangs** noch nicht optimal sind. Der Staat hat die angemessene Versorgung der Bevölkerung mit Transportangeboten auf der Schiene zu sichern. Das folgt ganz konkret aus Artikel 87 e Abs. 4 des Grundgesetzes,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nachlesen!)

bedeutet aber nicht, dass er das Schienennetz unmittelbar selbst betreiben muss; im Gegenteil!

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Jahrzehnte bis 1994 haben gezeigt, dass dies zu erheblicher Misswirtschaft führte, die wiederum die Erfüllung des staatlichen Versorgungsauftrags eher gefährdete. Die Folgen haben wir heute noch zu tragen, zum Beispiel ein in weiten Strecken verrottetes Gleismaterial.

Genau diese Missstände und diese Misswirtschaft waren der Anlass für die Bahnreform.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Wir stimmen mit Ihnen allerdings darin überein, dass prinzipiell alle Anbieter diskriminierungsfreien Zugang zum Schienennetz haben müssen und dass der Staat diese Chancengleichheit sichern muss.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ihre aus dem Pällmann-Gutachten übernommene **Forderung nach totaler Verstaatlichung des Netzes** schießt allerdings weit über dieses Ziel hinaus. Zugang zu gleichen Bedingungen für alle Anbieter lässt sich verwirklichen, indem lediglich die Preisgestaltung für Fahrplantrassen überwacht wird.

Nehmen Sie das Beispiel des Telekommunikationsmarktes: Eine Regulierungsbehörde sorgt dafür, dass alle Anbieter gleiche Konditionen für die Nutzung des ehemals staatlichen Monopolnetzes haben. Warum soll ein ähnliches Modell nicht auch für das Schienennetz infrage kommen?

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Wir brauchen dazu nicht einmal eine neue Behörde. Die Aufsicht könnte im Bundesverkehrsministerium selbst oder beim Eisenbahnbundesamt liegen.

Ich möchte noch zwei möglichen Missverständnissen vorbeugen.

Erstens. Gleich hohe Preise für die Nutzung einer Fahrplantrasse bedeuten nicht, dass die Preise für alle Fahrplantrassen gleich hoch sein müssen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Die ökonomische Effizienz gebietet es vielmehr, dass die Nutzung besonders stark nachgefragter Fahrplannetze teurer sein sollte als die Nutzung der weniger nachgefragten. Hier kommt dann auch der staatliche Versorgungsauftrag, die Garantie des Staates, wieder zum Tragen: Bei Strecken mit geringen Ertragsaussichten muss der Staat die Anbieter - Netz oder Betreiber - stärker unterstützen, um die Anbindung der Bevölkerung an das Schienennetz zu sichern.

Zweitens. Die Regulierung der Trassenpreise bedeutet auch nicht, dass sich der Staat komplett aus der Finanzierung des Erhalts und des Ausbaus des Schienennetzes zurückziehen könnte. Eine flächendeckende Anbindung an die Schiene wird sich privatwirtschaftlich auf absehbare Zeit nicht rechnen.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Ich glaube, auch hier sind wir uns einig. Steuergelder müssen weiterhin in das Schienennetz fließen und die Ankündigung, in den nächsten zehn Jahren 25 Milliarden DM für das Schienennetz einzubringen, war ja deutlich genug.

Ein öffentliches Unternehmen in privatrechtlicher Form und mit Gewinnerzielungsabsicht wird diese Gelder allerdings effektiver einsetzen als jede öffentliche Verwaltung.

Die totale **Verstaatlichung des Schienennetzes** ist der falsche Weg, um Chancengleichheit beim Zugang zu sichern. Das wäre ein Rückfall in schlechte alte Zeiten. Deshalb lehnen wir diesen Antrag im Prinzip ab. Selbstverständlich werden wir uns aber einer Ausschussüberweisung keinesfalls widersetzen und mit Ihnen stimmen und dieses Problem mit Ihnen allen diskutieren.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag ist das Ergebnis meiner vierjährigen Erfahrung als Verantwortlicher „Verkehr“ in einer der beiden Regierungsfraktionen in diesem Landtag.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das merkt man!
- Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Meine Geduld ist am Ende. Wir treiben in Schleswig-Holstein die Regionalisierung voran, wir haben einen Landesnahverkehrsplan verabschiedet, der den **Ausbau des Schienenverkehrs** in 15 Jahren beschreibt, wir haben begonnen, alle Strecken nach und nach auszuschreiben und bis 2008 sollen alle Strecken in Schleswig-Holstein in den Wettbewerb gehen.

In den kommenden Jahren stehen Hunderte von Millionen an Geldern für Investitionen zur Verfügung und trotz alledem schäme ich mich zunehmend, verkehrspolitischer Sprecher zu sein. Der Ausbau der Strecke Pinneberg - Elmshorn verzögert sich seit Jahren, die beschlossene Wiederinbetriebnahme der Strecke Neumünster - Bad Segeberg wurde inzwischen auf das Jahr 2002 verschoben. Nicht einmal die notwendigen Reparaturen werden durchgeführt. Mittlerweile gibt es eine Reihe Langsamfahrstrecken, die ein Einhalten der Fahrpläne - nach Auskunft der DB ZugBus - „verunmöglichen“.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer trägt denn die Verantwortung?)

Auf der Hochbrücke über den Kanal bei Hochdonn dürfen die Züge nur noch 30 km/h fahren.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Die DB-Netz kassiert auf den Strecken in Schleswig-Holstein insgesamt 215 Millionen DM an Trassengebühren pro Jahr; davon bezahlt das Land 160 Millionen DM für die Regionalzüge, 35 Millionen DM bekommt die DB für den Fernverkehr und 20 Millionen DM für den Güterverkehr.

Der Unterhalt dieser Strecken kostet nach internen Schätzungen, die unbestritten sind, aber nur ein Drittel dieses Geldes, nämlich 70 Millionen DM. Der Rest fließt in die superteuren Neubauvorhaben nach Berlin und ins Rheinland.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

Dazu kommt, dass die Investitionen für den Schienenverkehr seit Jahren an Schleswig-Holstein vorbeigehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und wer ist daran schuld?)

Alle unsere Bemühungen sind nutzlos, wenn nicht in die Strecken in Schleswig-Holstein investiert wird. Fahrplanverbesserungen, Integrierter Taktfahrplan scheitern, weil wir nicht mehr Züge fahren lassen können und weil die notwendigen Beschleunigungen nicht realisiert werden können.

Wir erleben zurzeit eine Grundsatzdiskussion über die Zukunft der Bahn, die leider nicht mit der **Bahnre-**

(Karl-Martin Hentschel)

form abgeschlossen ist, sondern ich stelle fest: Wir brauchen eine zweite Bahnreform!

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Hätten wir die Strecken in eigener Regie, dann könnten allein mit den Trassengebühren, die nicht für den Unterhalt verwendet werden, alle wichtigen Vorhaben in Schleswig-Holstein, einschließlich des Tunnels in Rendsburg als Ersatz für die Hochbrücke, innerhalb von zehn Jahren abgeschlossen werden.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Aus diesen Gründen trete ich dafür ein, dass wir die Bundesregierung auffordern, das **Schienennetz** aus der DB AG herauszulösen. Meine Fraktion präferiert dabei eine Lösung, die ähnlich der des Straßennetzes ist, dass das Netz also wieder in **staatliche Hand** geht und dass es gleichmäßig allen Verkehrsteilnehmern zur Verfügung gestellt wird - so wie wir es beim Straßennetz auch haben.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Die Pällmann-Kommission auf Bundesebene hat vorgeschlagen, eine Gesellschaft zu gründen, die Trägergesellschaft ist und die sozusagen privatwirtschaftlich, aber unter staatlicher Obhut das Gleiche betreibt. Das kommt aber letztlich auf das Gleiche heraus.

Ich halte das nicht für die entscheidende Frage. Die entscheidende Frage, über die wir heute reden, ist das Gebot, ein deutliches Signal an die Bundesregierung zu geben, dass das Land Schleswig-Holstein eine zweite Bahnreform für erforderlich hält, dass eine Änderung in den jetzigen Strukturen erforderlich ist und dass die Strecken aus der DB AG herausgelöst werden müssen, um gleiche Konkurrenzbedingungen zu erhalten.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt.

Ich halte es für sinnvoll - dass wie beim Straßennetz - auch die Hauptstrecken vom Bund verwaltet werden, die regionalen Strecken von den Ländern. Das macht Sinn, weil sich der Bund nicht um jede kleine Nebenstrecke kümmern muss; das kann man vor Ort besser erledigen.

Deshalb halte ich eine solche Trennung in Hauptstrecken und Nebenstrecken für sinnvoll, sachgemäß und finde, dass sie richtig ist, sodass wir dementsprechend vorgehen sollten.

Wir brauchen ein offenes Netz, damit das Land zielgerichtet den Regionalverkehr ausbauen kann, damit private Bahngesellschaften im Fernverkehr schnelle und moderne Züge anbieten können, um dem Flugzeug endlich mit günstigen Preisen und gutem Service Konkurrenz zu machen. Wir brauchen ein offenes Netz, damit Speditionen frei und günstig Güterwagen fahren lassen können und so endlich massenhaft Güter auf die Schiene verlagern. Ich hoffe deshalb auf die Unterstützung aller Fraktionen.

Auch angesichts der aktuellen Diskussion, die wir jetzt über die Interregio-Züge im Land führen, halte ich es für nötig, dass deutliche Signale nach Berlin gehen und dass diese deutlichen Signale schnell gegeben werden, weil die Verhandlungen ständig laufen. Deswegen bin ich auch dafür, dass wir heute in der Sache abstimmen und die Vorlage nicht erst an den Ausschuss überweisen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD sowie Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein schwerer Fehler im System, dass ein Marktteilnehmer, die Deutsche Bahn, auch quasi den Markt besitzt, auf dem alles stattfindet, und so den Zugang zum Markt kontrollieren kann. Dies geht zulasten aller anderen Mitbewerber und auch zulasten des Landes Schleswig-Holstein, das relativ hohe Preise für Verkehrsleistungen zahlen muss. Dies hat mit Marktwirtschaft wirklich nichts zu tun.

Auch der Gütertransport wird durch diese Strukturen mit Sicherheit nicht billiger. Solche Strukturen sind ein Standortnachteil für Deutschland, der schnellstmöglich behoben werden muss.

Wenn man bedenkt, wie viele Regionalstrecken entweder stillgelegt oder doch zumindest nicht im besten Zustand sind, so ergibt sich, dass dies mit wirtschaftlichem Pioniergeist bei der Bahn ebenfalls nichts zu tun hat - jedenfalls nichts mit dem, was den Regionalverkehr angeht.

Die **Deutsche Bahn** konzentriert sich immer mehr auf den **Fernverkehr** und versucht, ihre Strukturen zu verschlanken. Die Finanzspritze in Höhe von 2 Milliarden DM jährlich durch Verkehrsminister Klimmt, die jetzt in Aussicht gestellt wurde, wird die Bahn höchstwahrscheinlich fast ausschließlich für

(Lars Harms)

überregionale Strecken außerhalb Schleswig-Holsteins nutzen; denn wie wir heute der Zeitung entnehmen können, sollen Verkehre in Schleswig-Holstein eher abgebaut als ausgebaut werden.

So sind nicht zuletzt die Interregio-Strecke nach Flensburg und die ICs an der Westküste in Gefahr. Es besteht die Gefahr, dass von den geplanten Milliarden-Investitionen der Bahn in Schleswig-Holstein nicht viel hängen bleiben wird, sondern wir im Gegenteil weiter abgekoppelt werden. Mit dem politischen Ziel, mehr Fahrgäste und mehr Güter auf die Schiene zu bringen, ist diese Entwicklung in keinster Weise zu vereinbaren. Die Bahn scheint für Schleswig-Holstein nichts übrig zu haben.

Die Trassenpreise müssen sinken, um dadurch mehr Konkurrenz zu ermöglichen und so eine bessere Verkehrsinfrastruktur im Bahnbereich zu erhalten.

Eine mögliche **Übernahme des Streckennetzes** der DB AG durch den **Bund** und durch das **Land** kann dazu beitragen, dass der Bahnverkehr bessere Bedingungen bekommt. Daher muss es das Ziel sein, die Strecken von der DB AG abzulösen und in die Regie von Bund und Land zu geben - genauso wie es bei den Straßen der Fall ist.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Durch die Übernahme des Streckennetzes durch Bund und Land hätten im Übrigen auch kleine regionale Bahnbetreiber eine bessere Chance, sich am Markt behaupten zu können, ohne automatisch gezwungen zu sein, ständig über Fusionen und Zusammenschlüsse, die oft eher Aufkäufe sind, nachdenken zu müssen. Jetzt kann man nur mit der großen DB in Zusammenschlüssen konkurrieren, was für kleine Unternehmen nicht leicht ist. Das kennen wir vor allen Dingen an der Westküste.

Der Ausbau und die Unterhaltung der Strecken muss nach Landesinteressen erfolgen. Selbstverständlich müssen ökonomische Anforderungen gewahrt bleiben. Aber das ist auch kein Problem. Das Land würde nur die Infrastruktur für die konkurrierenden Unternehmen zur Verfügung stellen und erhält dann von allen den gleichen Preis. Die Gewinne könnte das Land in den Ausbau und die Unterhaltung unserer Strecken reinvestieren.

Die Übernahme des Streckennetzes liegt im Landesinteresse, weil das Land selbst die Gewinne für Streckenprojekte dort einsetzen kann, wo es am sinnvollsten ist,

(Zurufe von der F.D.P.: Welche Gewinne?)

im Interesse der Wirtschaft, weil Gütertransporte durch die Konkurrenzsituation preiswerter werden, im Interesse der kleinen regionalen Bahngesellschaften, weil sie bei gleichen Zugangsmöglichkeiten zum Markt auch die gleichen Chancen haben wie die großen, und im Interesse der Fahrgäste, weil auch die Fahrpreise dann endlich sinken und sich die Bahnverbindungen verbessern können.

Daher stimmen wir dem Antrag in der Sache zu.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es gibt tatsächlich Sozialdemokraten, die da klatschen!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Minister Dr. Rohwer.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielleicht zunächst das Positive. Der **Schiienenverkehr** in **Schleswig-Holstein** ist in den letzten Jahren attraktiver geworden. Wir haben die Zugangebote in Schleswig-Holstein im **Nahverkehr** seit 1995 um 13,5 % erhöht und die Zahl der Fahrgäste um 15 % gesteigert. Das zeigt: Die Länder haben nach der Regionalisierung ihre Chance genutzt. Wo Wettbewerb eingeführt worden ist, wo Regionalisierung stattgefunden hat, hat eine Ausweitung der Fahrgastzahlen, der Streckennutzungen stattgefunden. Wo das nicht der Fall war, hat das nicht stattgefunden, nämlich im Fernverkehr. Die Geschichte des Fernverkehrs der letzten Jahre zeigt, dass mangelnder Wettbewerb, mangelnde Steuerung und auch mangelnde Trennung von Netz und Betrieb - ich komme gleich darauf - Probleme verursacht haben.

Natürlich muss auch der **Fernverkehr** wirtschaftlicher arbeiten, keine Frage. Aber Wirtschaftlichkeit kann nicht bedeuten, dass nur kurzfristig versucht wird, so schnell wie möglich schwarze Zahlen zu erreichen, sondern Wirtschaftlichkeit bedeutet, ein Konzept dafür zu haben, dass Bahnfahren im Fernverkehr attraktiver wird.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Warum sind denn die Belegungszahlen von manchen Intercitys und Interregios in Schleswig-Holstein so ungünstig? - Doch nicht deswegen, weil die Zugangebote falsch sind, sondern deswegen, weil sie teilweise zu falschen Zeiten fahren, weil sie keine Anschlüsse

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

haben, weil sie nicht attraktiv vermarktet werden. Das heißt, hier haben wir ein ganz anderes Problem.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist wie mit der EXPO!)

Wir verhandeln im Moment mit der Bahn - das wissen Sie - über die Frage, wie wir Fernverkehrsverbindungen für Schleswig-Holstein sichern können. Wir haben dabei konstruktive Angebote gemacht. Die Bahn neigt zurzeit nicht dazu, auf unsere konstruktiven Angebote einzugehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

- Herr Kubicki, das ist Beweis dafür, dass die Struktur nicht stimmt. Die Verhandlungsmacht zwischen den Ländern und der Bahn ist nicht im Lot. Das einzige Druckmittel, das wir zurzeit haben, ist, dass wir im Nahverkehr mit Wettbewerb drohen können. Wir haben kein Druckmittel gegenüber der Bahn, im Fernverkehr Strecken aufrechtzuerhalten, außer dass wir immer sagen: Beides gehört zusammen; wenn ihr das macht, dann machen wir das. Das reicht leider nicht. Ich komme gleich darauf zurück.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber die SPD regiert auch in Berlin!)

- Auch, aber eben nicht allein. Das ist das Strukturproblem. Ich werde das gleich erläutern.

Qualität und Struktur des Bahnnetzes müssen verändert werden, das Netz muss saniert werden, das Netz muss ausgebaut werden, damit Engpässe verschwinden, auch in Schleswig-Holstein, und das Netz muss wettbewerbsneutral sein. Wie lässt sich das lösen?

Zurzeit betreibt bekanntlich die Bahn selbst das Netz. Sie hat aber nicht nur nicht die finanzielle Kraft, sondern auch nicht die organisatorische Kraft, die Probleme des Netzes zu lösen.

(Unruhe)

Herr Eichelberg, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass im Moment eine Finanzierungslücke von 2,5 Milliarden DM pro Jahr besteht. Wenn aber das UMTS-Programm kommt, das genau 2,5 Milliarden DM für Instandsetzung und **Ausbau des Schienennetzes** vorsehen soll, dann ist dies genau der Ansatzpunkt, dass wir gemeinsam überlegen, wie diese Mittel eingesetzt werden.

Jetzt komme ich zur Begründung, warum wir die Trennung von Netz und Betrieb brauchen. Wenn die 2,5 Milliarden DM der Bundesbahn zugewiesen werden, müssen Bund und Länder der Bahn klipp und klar sagen, dass diese 2,5 Milliarden DM nicht etwa nur zum Ausbau des Metropolnetzes verwendet werden,

des Netzes zwischen den großen Zentren, die für die Bahn bekanntlich bei Hamburg aufhören.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das kann doch Klimmt machen!)

Um das zu tun, müssen wir ein Druckmittel haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das kann doch Klimmt machen!)

- Wenn Klimmt das machen will - wir unterstützen ihn dabei, das war ein Thema bei der Verkehrsministerkonferenz -,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er will es ja nicht!)

dann wird es für Klimmt leichter, wenn er der Bahn nicht nur sagt: „Bahn, mach gefälligst etwas auf den und den Strecken“, sondern wenn er einen klaren Instandsetzungs- und Ausbauplan macht.

Herr Kubicki, wenn Klimmt dann aber das Netz nicht hat, kommt etwas anderes ins Spiel, das nämlich die Bahn den diskriminierungsfreien Zugang zu den Strecken im Fernverkehr immer noch behindern kann, weil das nicht nur ein Trassenpreisproblem ist, das ja jetzt gerade schrittweise gelöst wird, indem auf Druck des Kartellamtes neue Trassenpreise eingeführt werden, sondern weil auch die versteckte Diskriminierung weitergeht. Die versteckte Diskriminierung besteht darin, dass Fahrzeiten, dass Slots nicht freigegeben werden, dass die Fahrpläne nicht abgestimmt werden und so weiter.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kubicki, ich appelliere an Sie, dass Sie sich dieses Themas noch einmal mit uns gemeinsam annehmen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ja, ich komme sofort zum Schluss. - Ich glaube nicht, dass es ausreichend ist, analog zum Telekommunikationsnetz oder Energienetz nur die Durchleitung zu ermöglichen. Wir haben hier eine ganz andere Art von Netzen, wo mit Diskriminierungen, mit versteckten Diskriminierungen, viel mehr Wettbewerb vermieden werden kann.

Ich plädiere zusammengefasst dafür: Lassen Sie uns darüber sprechen, wie wir **Wettbewerb** auch im

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

Fernverkehr erreichen! Im Nahverkehr sind wir ja gut davor. Dafür reichen diskriminierungsfreie Trassenpreise meines Erachtens nicht aus, sondern wir brauchen diskriminierungsfreie Zugänge. Ich bin davon überzeugt, dass wir eine Trennung brauchen, dass wir dies auch managen können. Der Betrieb von Regionalstrecken in Schleswig-Holstein zeigt - AKN als Beispiel -, dass wir einzelne Strecken günstiger bewirtschaften können, als es die Bahn zurzeit tut.

(Glocke des Präsidenten)

Zusammengefasst: Ich plädiere dafür, diesen Schritt zu tun, hier möglichst eine gemeinsame Position aufzubauen, weil wir dann gemeinsam Druck gegenüber der Bahn und natürlich auch der Bundesregierung entfalten können. Ich plädiere dafür, dass wir uns diesem Ansinnen gemeinsam stellen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Eichelberg das Wort.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir möchten noch einmal an Sie appellieren, gerade wegen der Problematik, die der Minister eben dargelegt hat, darüber im Ausschuss zu sprechen. Es geht nicht so, wie es von Ihnen angedacht ist: Übernahme des Netzes und des Betriebes bei voller Kostendeckung durch den Bund. Das ist einfach unrealistisch. Wir meinen, dass die Trennung von Netz und Betrieb nach EU-Recht klipp und klar durchgehalten werden muss. Das heißt nicht, dass das der DB weggenommen werden soll und dafür das Land Schleswig-Holstein Netz und Betrieb hat. Das kann es doch nicht sein!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dann kommen wir in denselben Schlamassel.

Wenn Sie sagen, bei Landesstraßen und Bundesstraßen gebe es genau die gleiche Trennung - ja, wir leiden doch gerade darunter, dass auch vom Bund das Geld für Landes- und Bundesstraßen nicht in dem Umfang kommt, wie wir es brauchen. Das ist ja gerade die Problematik. Wir kriegen nie das Geld, das wir brauchen, und dann hängen wir mit der Strecke dran und müssen das aus unserem Haushalt finanzieren, obwohl wir nichts haben.

Lasst uns deshalb noch einmal über den Antrag reden! Wir sind uns im Ziel doch einig. Da kommt es auf vier Wochen wirklich nicht an. Der Minister ist ein guter Verhandlungspartner und kriegt das mit. Klimmt schon

hin. Aber lasst uns wenigstens Nägel mit Köpfen machen!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Es ist sowohl Ausschussüberweisung als auch Abstimmung in der Sache beantragt worden. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, den Antrag an den Ausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmhaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. bei Enthaltung der Frau Abgeordneten Hinrichsen abgelehnt worden.

Damit kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag in der Sache zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmhaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen worden.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Verschluckt euch mal schön!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 c auf:

Handelsschiffbau bei HDW

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/425

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Stritzl.

(Thomas Stritzl [CDU]: Es soll erst berichtet werden!)

- Wenn Sie sich darauf verständigt haben, ist das wunderbar. - Herr Minister Dr. Rohwer, Sie haben das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielleicht zunächst drei Vorbemerkungen.

Erstens. Standortfragen sind unternehmerische Entscheidungen, die in unserem Wirtschaftssystem von den Unternehmen und nicht vom Staat getroffen werden. Auf die Entscheidung der HDW hat das Land seit seinem Ausstieg im Jahre 1990 bekanntlich keinen direkten Einfluss mehr.

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

Zweitens. Es liegt auf der Hand, dass sich die Landesregierung gleichwohl nachhaltig dafür einsetzt, dass der **Werftenstandort Kiel** in der deutschen Werftenlandschaft auch künftig die zentrale Rolle einnimmt und in der europäischen Werftenlandschaft ebenso.

Drittens. Dies gilt auch und gerade für den Neubau von Handelsschiffen.

Die Landesregierung kann und will - ich bitte um Verständnis - heute keine Aussagen zu unternehmensinternen Planungen machen, auch nicht zu Personalentscheidungen. Ich halte es auch generell nicht für sinnvoll, dass man sich an solchen Spekulationen über künftige Entwicklungen beteiligt. Wir haben allerdings heute eine Sondersituation und es ist nahe liegend, dass die gestrigen Entscheidungen zu HDW zahlreiche Spekulationen auslösen, die ja auch zu Ihrem Antrag geführt haben.

Der Schiffbau bildet den Kern der deutschen maritimen Industrie. Dieser Bereich ist ein wichtiger Faktor für die Wirtschaftsstruktur, für die Beschäftigung und für die technologische Innovation in den Küstenländern und nach wie vor ein bedeutender Wirtschaftszweig mit über 100.000 Arbeitsplätzen bundesweit. Die Landesregierung hat ein großes Interesse an der Erhaltung dieses Wirtschaftszweiges. Kein anderer Bereich - um das auch an dieser Stelle deutlich zu sagen - ist von den Landesregierungen in den letzten Jahren in einem vergleichbaren finanziellen Umfang gefördert worden. Dies gilt übrigens auch für HDW. Die Landesregierung ist sich der besonderen Bedeutung dieses Unternehmens für Wirtschaftskraft, Innovation und Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein und im Raum Kiel bewusst. Kein anderes Unternehmen hat eine vergleichbare Förderung in Schleswig-Holstein erhalten. Herr Lederer hat sich, wie Sie sicherlich gehört haben, gestern auf der Pressekonferenz auch positiv über die Förderung des Landes geäußert. Die Wettbewerbshilfe ist auch ein Beitrag für HDW. Die Probleme, die HDW in den letzten Monaten hatte, waren keine Probleme der mangelnden Förderung durch Wettbewerbshilfe, sondern bekanntlich andere Probleme.

Auch, aber nicht nur deswegen gibt es natürlich ständige Kontakte zwischen Landesregierung und HDW auf allen Ebenen. Wir sind deswegen auch zuvor über die Entscheidungen informiert worden und haben in den Gesprächen, und zwar hier in Kiel mit dem Aufsichtsrat und natürlich auch bei der WestLB, deutlich gemacht, dass wir angesichts der erheblichen Förderung in den letzten Jahren erwarten, dass der Standort Kiel vollständig gesichert und der **Handelsschiffbau** bei **HDW** als starke Säule erhalten bleibt. Dies ist uns

in den Gesprächen zugesagt worden. Herr Lederer hat dies in seiner Pressekonferenz gestern bestätigt.

Ich werte es in diesem Zusammenhang übrigens als gutes Zeichen, dass Herr Lederer, der Vorstandsvorsitzende von Babcock-Borsig, auch für einige Jahre den Vorsitz im Vorstand von HDW übernimmt. Dies ist ein deutliches Zeichen, dass der Schiffbau bei Babcock zum Kernbereich des Konzerns gehört, dort zur strategischen Zukunftsaufgabe zählt und dass HDW in diesem Zusammenhang die zentrale Rolle spielen wird. Nach allem, was wir besprochen haben und was er gesagt hat, gehe ich davon aus, dass der Handelsschiffbau wirklich eine Säule im Gesamtkonzept von HDW bleibt.

Übrigens: Ich habe den positiven Eindruck aus den Gesprächen und auch aus den Presseveröffentlichungen, dass sich Herr Lederer verstärkt auch sozusagen für die Stärkung des Schiffbaukonzerns Deutschland einsetzen wird, das heißt die Chancen nutzen wird, um vielleicht doch noch Thyssen, HDW und andere zusammenzubringen, weil das nach meiner Ansicht - langfristig jedenfalls - die einzige Chance ist und was, Herr Stritzl, auch nicht zulasten von Kiel gehen muss, weil HDW ein starker Partner dabei ist und bleiben wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auch Thyssen!)

- Auch Thyssen, aber bekanntlich hat auch HDW ein besonders starkes Standbein. - Ich möchte dazu den Vorstandsvorsitzenden der Babcock-Borsig AG und jetzigen Vorstandsvorsitzenden der HDW zitieren:

„Daher bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass die schnelle und nachhaltige Sanierung des Handelsschiffbaus eine Aufgabe ist, der ich mich als Konzernchef persönlich stellen will. Nur einer Mannschaft erfahrener Sanierer kann es gelingen, das entstandene Leck zu dichten. Ich freue mich, für diese schwierige Aufgabe die Unterstützung der IG-Metall und des Betriebsrates zu haben, und bin sicher, dass die Belegschaft der Werft sich des Ernstes der Lage bewusst ist. Die Werft verfügt über eine Vielzahl hervorragender Fachleute. Gemeinsam wird es uns gelingen, den Handelsschiffbau wieder flott zu bekommen und damit die Zukunft der Howaldtswerke als Universalwerft langfristig zu sichern.“

(Glocke des Präsidenten)

Ich meine, das sind klare Worte. Wir werden darauf drängen, dass diese Ankündigungen eingelöst werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Minister für den Bericht und eröffne jetzt die Aussprache.

Herr Abgeordneter Stritzl!

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, das Positive zuerst: Ich möchte Ihnen für das Engagement danken, das Sie hier dargelegt haben.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich will Ihnen sagen: Ich habe mit Freude gehört, was der Vorstandsvorsitzende von Babcock-Borsig - zumindest heute in der Presse - zu seinem Engagement bei HDW dargelegt hat. Aber ich will Ihnen auch sagen: Ich höre die Botschaft gern, nur ein wenig fehlt mir der Glaube.

Warum? Ich will es kurz begründen. - Bei **HDW** besteht eine Situation, die zu einem Wechsel im Vorstand geführt hat. Sie haben gesagt, Sie wollten die Gründe nicht nachzeichnen. Nun liest man dazu einiges in der Zeitung. Sicherlich mag es mit einigen Verlusten im **Handelsschiffbau** zusammenhängen, die zurzeit diskutiert werden, vielleicht auch mit Fehlentscheidungen, die im Management getroffen worden sind. Gleichwohl ist festzuhalten: Das Jahresergebnis wird in diesem Jahr dem des Vorjahres entsprechen: rund 70 Millionen DM nach Steuern. Kein schlechtes Ergebnis. Aber der entscheidende Punkt, der uns doch etwas nachdenklich stimmen muss - dies wurde auch in den Zeitungen sehr deutlich gesagt -, ist, dass offensichtlich die wahre Ursache der Auseinandersetzungen in der Frage liegt: Soll der Standort **Kiel** als **Universalwerft** erhalten bleiben oder nicht?

Dazu will ich aus der Presse Folgendes zitieren:

„Während sich Herr Rathjens in erster Linie als Werftchef verstanden habe, der in Kiel einen vollständigen Schiffbaubetrieb erhalten wollte, betrachte Lederer die HDW-Werft lediglich als einen Renditebringer für den Gesamtkonzern. Daher werde Babcock mittelfristig auf den Ausstieg von HDW aus dem verlustreichen Handelsschiffbau drängen, hieß es.“

Das ist der eine Punkt, der uns Sorge macht. Ich hoffe, dass sich dies nicht weiter umsetzt. Denn wir haben in der Vergangenheit leider schon gesehen - Sie haben selbst das Stichwort WestLB genannt -, dass die neuen Anteilseigner bei HDW in der Tat HDW nur noch als Cashcow betrachten.

Ich will ein Beispiel dafür nennen. Im Jahre 1990, als die Privatisierung der HDW anstand, hat es Gespräche mit der Preussag und auch mit dem Chef der WestLB, Herrn Neuber, gegeben. Damals wurde gesagt, es werde auch die Verantwortung für die industriepolitischen Arbeitsplätze in Kiel übernommen und man fühle sich insbesondere auch der Werft verpflichtet. Ein Ausdruck dieser Verpflichtung war offensichtlich, die Kieler Werkswohnungen, 9.000 Stück, die heimliche „Kriegskasse“ der HDW, zu verlagern. Eines schönen Tages schaue ich in die „Kieler Nachrichten“ und darin steht, dass alle 9.000 Kieler Werkswohnungen der Preussag Immobilien GmbH zugeschlagen wurden. Deren Sitz ist Hannover. Die erste Tranche - 2.000 Stück - ist an einen Hamburger Investor verkauft: Kein Pfennig an HDW, kein Pfennig an das Land, aber 200 Millionen DM für die Preussag. 30 % der Preussag gehören Herrn Neuber und die Preussag hält wiederum 30 % an Babcock und 10 % von Babcock hält wiederum die WestLB.

Das heißt, hier hat es eine Verschiebung von Vermögenswerten zulasten der HDW, zulasten des Landes mit erheblichen Umströmungen gegeben. Das heißt, hier wird Vermögen aus dem Land geschleust. Das muss man schlicht und ergreifend feststellen. Ich sage nicht, dass das rechtlich nicht zulässig ist, ich stelle das nur politisch fest.

Ich möchte gern, dass Sie Ihr Engagement fortsetzen und nicht innehalten in dem Bemühen, Herrn Neuber daran zu erinnern, dass er diese Verantwortung für den Standort Kiel, für das Land Schleswig-Holstein mit dem Erwerb der Beteiligung damals nicht nur übernommen, sondern auch zugesagt hat.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Denn bei Babcock - so heißt es ja - handelt es sich nicht gerade um ein florierendes Unternehmen. Das ist noch vorsichtig ausgedrückt; denn es ist bekannt, dass Babcock zurzeit im Börsenwert so mies steht, dass Preussag die Babcock-Aktien auf dem Markt gar nicht veräußern kann, gleichwohl aber veräußern will, um sich weiter in die Erschließung im Bereich des Tourismus einbringen zu können. Da liegt meine Sorge und da liegt auch die Sorge vieler auf der Werft, die sagen: Wir müssen aufpassen, dass der Satz - nun zitiere ich aus der Zeitung -: „Lederer steht unter Druck, weil er die Finanzierungsinteressen, die Babcock-Aktionäre, Preussag und WestLB berücksichtigen muss“, dass dieser Druck, nicht zu einer weiteren Schwächung der Werft führt.

Es hat hier schon Abflüsse gegeben. Auch dies will ich

(Thomas Stritzl)

mit einem Zitat belegen:

„Natürlich wurde ein Teil der Vorauszahlungen für die Schiffsneubauten in Höhe von 750 Millionen DM in das Cash clearing des Konzerns einbezogen.“

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

750 Millionen DM wurden in das Cash clearing des Konzerns einbezogen. Das ist das, worüber wir uns auf dieser Seite Sorgen machen müssen.

Ich sage Ihnen voraus, Herr Minister: Sie stehen mit in der politischen Verantwortung, wesentlich Fürsorge dafür zu tragen, dass dieses Spielchen so nicht weitergeht. Nach unserer festen Überzeugung ist HDW - Sie haben das so vorgetragen; da haben wir Einigkeit - ein zentraler Bestandteil einer wirtschaftspolitisch florierenden Situation in Kiel und in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Glocke des Präsidenten)

Wir sind alle aufgefordert, allen möglichen Einfluss geltend zu machen, damit eines nicht stattfindet: HDW darf nicht zum Spielball im Firmenmonopoli der WestLB und ihres Chefs Neuber werden. Ich bitte Sie, darauf zu achten.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Rother das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! An den Spekulationen des Herrn Stritzl möchte ich mich mit meinem Wortbeitrag nicht so gern beteiligen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, es geht hier um die Situation des Schiffbaus in unserem Land. Die Situation bei HDW macht deutlich, dass sich der deutsche Schiffbau immer noch in einer bedrohlichen Lage befindet, auch wenn die günstigen Zahlen im Auftragsvolumen und in der Beschäftigung für die gesamte Branche Anlass zu Hoffnung geben, da sich der Schiffbau insgesamt im Aufwind befindet. Die Basis für diesen Auftrieb ist aber immer noch so dünn, dass jede Störung - wie auch immer sie begründet sein mag - einem Unternehmen zum Verhängnis werden kann - eben nicht nur in Kiel, sondern beispielsweise auch in Wewelsfleth oder anderswo im Land.

Die Bundesregierung hat auf der ersten Maritimen Konferenz im Juni deutlich gemacht, dass der Schiffbau eine Zukunftsbranche ist, die sich in ihrer Bedeutung mit der Luft- und Raumfahrtindustrie messen kann. Mit der Einsetzung eines Koordinators für die maritime Industrie wird die Entwicklung der Prozesskette in der Industrie nunmehr auch von staatlicher Seite unterstützt. Die Grenzen dieser staatlichen Unterstützung finden sich jedoch im internationalen Wettbewerb, wenn man die Situation auf dem **internationalen Schiffbaumarkt** auch kaum als Wettbewerb im Bau von Schiffen bezeichnen kann, sondern eher als Wettbewerb in der Subventionierung von Werften. Insbesondere die Ignoranz internationaler Abkommen durch Korea und die Anstrengungen Chinas, mehr Marktanteile zu erhalten, lassen keine Entspannung und auch kein Mehr an Marktwirtschaft auf dem internationalen Schiffbaumarkt erwarten. Die weltweite **Produktionsüberkapazität** wird nicht abgebaut.

Mit einer Vielzahl von Hilfen unterstützen Bund und Länder seit vielen Jahren den deutschen Schiffbau. Mit der jetzigen Werftenhilfe und der Abwicklung der ersten Tranche wurden der Bestand der Schiffbauproduktion in Deutschland gesichert. Das Land hat sich daran in den vergangenen Jahren auch mit einer dreistelligen Millionensumme und mit der Übernahme von Bürgschaften beteiligt und einen wirkungsvollen Beitrag geleistet. Der Minister hat in seinem Vortrag darauf hingewiesen, dass der neue Vorstandsvorsitzender der HDW auf der gestrigen Pressekonferenz auch ausdrücklich die Unterstützung des Landes gewürdigt und sich dafür bedankt hat.

Mit der **HDW** ist ein Traditionsunternehmen in die Krise geraten, das seit über 150 Jahren Schiffe produziert und alle Phasen der wechselhaften Geschichte der deutschen Werften leidvoll durchschritten hat. Nun, in einer Situation, wo sich in den letzten drei Jahren Umsatz und Auftragsbestand wieder erhöht haben, gerät das Unternehmen durch unternehmerische Fehlentscheidungen und eine zweifelhafte Konzernstrategie in die Krise. Noch im Mai dieses Jahres hat der damalige Vorstandsvorsitzende Rathjens gegenüber der Presse betont, dass HDW aufholen will, ganz besonders im **Handelsschiffbau**. Anfang September wurde nun durch die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat öffentlich gemacht, dass das Unternehmen in einer schwierigen Krise ist. Für uns ist klar, dass der Schiffbaustandort HDW, der Schiffbaustandort Kiel, gesichert werden muss - und das in beiden Unternehmensfeldern, dem Handel- und dem Marineschiffbau. Die Schiffbauindustrie ist wesentlicher Bestandteil der schleswig-holsteinischen Industrielandschaft, einer Hightech-Branche mit Verbindungen zu einer vielfältigen Zulieferindustrie im ganzen Land.

(Thomas Rother)

Wir erwarten vom Konzern eine in die Zukunft gerichtete Strategie des Unternehmens, um an dem Auftrieb der Branche wieder teilhaben zu können. Das Auftragsvolumen von 8 Milliarden DM im Marine-schiffbau und von 1,5 Milliarden DM im Handels-schiffbau sind deutliche Belege dafür. Es gibt keinen Anlass, das Unternehmen schlecht zu reden oder irgendwelche Gespensterdiskussionen aufzubauen. Es gibt vielmehr Anlass, nach vorn zu blicken. Die als Krisenursachen angeführten massiven internen Organisations- und Kommunikationsprobleme - wie es auch der Presse zu entnehmen war - müssen gelöst werden. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihren Familien muss die Angst um den Verlust ihrer Arbeitsplätze genommen werden.

(Beifall des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

Und so freuen wir uns ganz besonders über die Aussage, dass keine **Arbeitsplätze** gefährdet sind - mit Ausnahme derer, die in den Führungsetagen für die Krise mitverantwortlich sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dass Sie auf solche Sprüche reinfallen, finde ich schon bemerkenswert!)

Wir begrüßen auch - der Wirtschaftsminister hat darauf hingewiesen -, dass sich der Mutterkonzern Babcock sehr wohl seiner Verantwortung für die Tochter HDW bewusst ist. Wir erwarten von der Europäischen Union nicht nur die Androhung, sondern auch die Durchführung von Sanktionen gegenüber Südkorea, wenn sich Südkorea nicht an die Schiffbauvereinbarung hält.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wir erwarten auch von der Bundesregierung, dass dem Versprechen des Bundeskanzlers auf der nationalen maritimen Konferenz auch Taten in Form von deutlichen Hilfen für die Werftindustrie - in welcher Form auch immer - folgen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch Unsinn!)

Das muss gegenüber der EU-Kommission auch durchgesetzt werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wettbewerb und Subventionsabbau, aber nicht so etwas; das funktioniert nicht!)

- Herr Kayenburg, wenn es denn so einfach ginge!

Das **Land** wird bereit sein, seinen **Anteil an der Finanzierung** dieser Hilfen zu tragen. Wir sind an der Seite von Herrn Lederer, dem neuen Vorstandsvorsitzenden, wenn es gilt, das Unternehmen zu sanieren, und werden diesen Prozess begleiten. Wir sind auch an der Seite der IG-Metall, des Betriebsrats und der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, die in dieser schwierigen Situation sehr klug und verantwortungsbewusst gehandelt haben. Eine nachhaltige Lösung der Probleme kann nur gemeinsam mit den Beschäftigten entwickelt werden.

(Beifall bei SPD und SSW - Glocke des Präsidenten)

Dem Minister möchte ich auch an dieser Stelle für seine Bemühungen danken. Ich denke, alles Weitere ist im Bereich der Spekulation, eine Frage der einzelbetrieblichen Wirtschaft und auch eine Frage der Kontrolle, wie die Hilfen des Landes und des Bundes verwendet werden und sicherlich nicht unbedingt Gegenstand für eine parlamentarische Diskussion, in der man herrlich spekulieren kann, wer wohin Geld verschoben hat.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Christel Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Schlagzeilen und Gerüchte um das Schicksal der HDW haben uns offensichtlich alle gleichermaßen schockiert. Deswegen möchte ich mich zunächst einmal bei den Antragstellern sehr herzlich bedanken, dass sie dieses zum Thema der heutigen Landtagssitzung gemacht haben, selbstverständlich aber auch bei dem Wirtschaftsminister, der kurzfristig bereit war, über den derzeitigen Stand der Erkenntnisse Auskunft zu geben.

(Vereinzelter Beifall bei F.D.P. und CDU sowie Beifall beim SSW)

Ebenso freue ich mich über das erneute klare Bekenntnis des gesamten Hauses, aber auch des Wirtschaftsministeriums zu dem **Erhalt der Universalwerft HDW** und insbesondere auch zum Handelsschiffbau.

Die Meldungen zur Situation der Werften waren in der letzten Zeit relativ positiv, so positiv, wie wir das lange nicht mehr erlebt haben. Es gab selbst bei den Arbeitsplatzzahlen steigende Tendenzen. Das hat es seit Jahren nicht mehr gegeben. Umso größer war

(Christel Aschmoneit-Lücke)

natürlich das Entsetzen, dass dies offenbar alles nicht ausreicht. Es ist eben doch eine verdammt heikle Situation, wenn Unternehmen meinen, Aufträge, die nicht kostendeckend sind, reinnehmen zu müssen, weil sie meinen, sonst im internationalen Wettbewerb bei den Verzerrungen nicht mehr durchhalten zu können.

Das ist eine unternehmerische Gratwanderung, die nur gelingen kann, wenn absolut nichts schief geht. Dass in der letzten Zeit aber einiges schief gegangen ist, ist ein offenes Geheimnis. Ich werde mich im Übrigen hüten, die diesbezüglichen Unternehmensentscheidungen zu kommentieren oder gar zu kritisieren. Auch der Austausch des Vorstandes - so sehr man ihn persönlich bedauern oder allgemein begrüßen mag - ist eine unternehmensinterne Personalentscheidung, die zunächst einmal von der Politik nicht zu kommentieren ist.

(Beifall im ganzen Haus - Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Nach den gestrigen Erklärungen des neuen Vorstandes heißt es heute im Tenor der Berichterstattung: „Aufatmen bei HDW in Kiel“. Ich habe den Minister ebenso verstanden. Der Handelsschiffbau soll erhalten bleiben. Der neue Chef will sich persönlich um die schnelle Sanierung kümmern. So weit, so gut, Aufatmen und Optimismus jedenfalls heute.

Trotzdem ist es angesichts der Erfahrungen und der skandalösen Umstände um die Pleite des Bremer Vulkan zwingend, dass wir uns mit den Hintergründen der Krise auseinander setzen und vor allem rechtzeitig deutlich machen, wo die Interessen des Landes für die Zukunft liegen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Natürlich haben wir ein massives Interesse daran, dass HDW in seiner jetzigen Form als **Großwerft** bestehen bleibt. Ein Wegbrechen des zivilen Schiffbaus hätte gravierende Folgen nicht nur für HDW selbst, sondern für den gesamten deutschen Handelsschiffbau und für die kleineren Werften in Schleswig-Holstein - ganz zu schweigen von der Zulieferindustrie im gesamten Bundesgebiet. 3.000 Arbeitsplätze bei HDW selbst sind ein unabwiesbares Argument für uns. Aber nicht nur die Zahl der **Arbeitsplätze** an sich, sondern die Qualität der Produkte spricht für den Erhalt.

(Beifall bei F.D.P., CDU und SSW)

Wir sind uns in diesem Hause immer darüber einig gewesen, dass es sich bei dem Schiffbau in Kiel um eine hochmoderne Hightech-Industrie handelt. Nur diese Zukunftsfähigkeit hat immer wieder den Einsatz von erheblichen Landesmitteln für die **Wettbewerbs-hilfe** gerechtfertigt. Die F.D.P.-Fraktion hat sich - wie Sie ebenfalls wissen - immer dafür eingesetzt. Die

Landesregierung und der Landtag sind auch aus diesem Grunde in der erhöhten Verantwortung für das weitere Schicksal von HDW.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Der neue Chef hat bei seinen Sanierungsplänen darauf hingewiesen, Handelsschiffbau könne auch profitabel betrieben werden. Sein Beispiel: Kostenreduzierung bei Blohm + Voss. Auch HDW hat übrigens in den letzten zehn Jahren erfolgreich rationalisiert und Kosten reduziert. Offensichtlich reicht das aber nicht aus. Mich würde wirklich interessieren, wer wann zu welchem Zeitpunkt die Entscheidung trifft, ob sich die Sanierungsanstrengungen noch lohnen oder nicht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Minister, Sie haben vorhin davon gesprochen, dass sich Herr Lederer hier erfreulicherweise direkt engagieren will. Ich habe von der Seite bisher nichts gehört. Herr Lederer hat aber eines sehr deutlich gemacht - Herr Kollege Stritzl hat ja mehrere Zitate gebracht; lassen Sie mich ein anderes ergänzen -: Dass eine Mutter die Verwaltung von Eigenmitteln der Tochter an sich ziehe, sei unter Großkonzernen absolut üblich. Das ist sicherlich so, muss aber unsere erhöhte Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir wünschen der HDW und dem neuen Vorstand bei der schnellen Sanierung sehr viel Glück. Aber lassen Sie uns ein sehr wachsames Auge darauf halten, was mit den Geldern passiert, die auch aus diesem Lande kommen. Die Landesregierung mit ihrer bekannten Affinität zur WestLB ist hier besonders gefordert.

(Beifall bei F.D.P., CDU und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr gut!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich nehme ernst, was Sie gesagt haben, Frau Aschmoneit-Lücke. Wir sollten alle wachsam sein, wie es weitergeht. Das Problem an dieser ganzen Debatte ist, dass wir alle schon seit Jahren wissen, wie es mit der Werftindustrie aussieht, dass wir alle wissen, dass die Subventionen in Korea nach der Korea-Krise immer noch nicht aufgehört haben zu fließen. Im Gegenteil! Im Zusammenhang mit der Krise der ostasiatischen Staaten hat der Internationale Währungsfonds Korea 50 Milliarden DM an Krediten gegeben. Damit

(Karl-Martin Hentschel)

sind die Werften in Korea saniert worden. Das ist das Problem, vor dem wir heute stehen. Wenn wir Interesse haben, können wir einmal eine Debatte über den Internationalen Währungsfonds führen, der zurzeit in Prag die Restrukturierung diskutiert. Es hat jedoch nicht viel Zweck, heute Nachmittag tiefer in die Debatte einzusteigen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Davon verstehen Sie auch nichts!)

Zu Herrn Stritzl kann ich nur anmerken: Ob Sie gläubig sind oder ob Ihnen der Glaube fehlt, wird für HDW wenig Auswirkung haben.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das, was Sie hier vorgetragen haben, würde in logischer Konsequenz dazu führen, dass Sie die Landesregierung zu einer Verstaatlichung der HDW aufriefen. Das wäre die logische Konsequenz, wenn ich richtig verstanden habe, was Sie hier vorgetragen haben. Das hat mich allerdings etwas überrascht.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen wir wie beim Bahnnetz und den Betreibern!)

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Vertreter der Arbeitnehmer bei HDW im Aufsichtsrat gesagt haben, dass sie die jetzt eingeleiteten Veränderungen in der Führungsstruktur von HDW als Beitrag zum Erhalt des Marine- und Handelsschiffbaus und damit zur Sicherung der Arbeitsplätze unterstützen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was will uns das sagen?)

Diese Entscheidung und diese Erklärung der Arbeitnehmer sind für uns ein Signal, dass alle, die bei HDW arbeiten und an diesem Prozess beteiligt sind, versuchen, aus der Situation das Beste zu machen. Das Land tut das Seine durch Zahlung sehr hoher **Subventionen**. Jeder hier weiß, dass es der größte Subventionstatbestand ist, den dieses Land tätigt. Da ist auch nichts hinzuzufügen. Es hat hier auch niemand gefordert, dass dem etwas hinzugefügt wird. Daher können wir nur hoffen, dass sich die Situation auf den internationalen Schiffbaumärkten entspannt. Wir können nur hoffen, dass die Sanierung von HDW erfolgreich weitergeht. Ich bin sicher, dass der Wirtschaftsminister diesen Prozess stets intensiv begleiten und im Sinne von Frau Aschmoneit-Lücke wachsam beobachten wird. Daher wünsche ich den Arbeitnehmern und der Werft HDW alles Gute und hoffe, dass es gut geht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der SSW begrüßt es ausdrücklich, dass sich der Landtag heute auf Antrag der CDU-Fraktion mit diesem Thema beschäftigt, denn HDW in Kiel bietet mit die größten und wichtigsten industriellen Arbeitsplätze in Schleswig-Holsteins. An der Weiterentwicklung dieses Standortes hängt die Zukunft Tausender Mitarbeiter und ihrer Familien sowohl bei der HDW direkt hier in Kiel als auch bei vielen Zulieferanten. Natürlich können wir als Landtag nicht viel mehr tun, als an die Verantwortlichen des Konzerns zu appellieren.

Rechtliche Einwirkungsmöglichkeiten haben die Landesregierung und der Landtag seit dem **Verkauf der Anteile** an HDW nicht mehr. Wir sollten uns prinzipiell nicht in personelle Entscheidungen der Werft einmischen. Wenn aber diese personellen Entscheidungen gleichzeitig als Anzeichen dafür gewertet werden könnten, dass die Konzernspitze Kiel als Standort für den Handelsschiffbau aufgeben wollte, können wir das als verantwortliche Politikerinnen und Politiker dieses Landes nicht hinnehmen.

(Beifall bei SSW, CDU und F.D.P.)

Die Frage ist aber, ob dies der Fall ist oder ob der gestrige Austausch im Vorstand der Werft, der ja gemeinsam von HDW-Mehrheitsgesellschafter Babcock/Borsig und den Arbeitnehmervertretern - was ganz wichtig ist - getragen wurde, nicht auch auf lange Sicht positiv gesehen werden kann.

Wichtig ist auf jeden Fall, dass die neue Leitung künftige Entscheidungen weiterhin im Einvernehmen mit dem Betriebsrat und den Beschäftigten trifft.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Es ist richtig, dass HDW in den letzten Jahren ihren Überschuss hauptsächlich dem **Marineschiffbau** zu verdanken hat und dass der Handelsschiffbau für dreistellige Millionenverluste verantwortlich war. Aber zum einen hatte die Leitung der Werft in den vergangenen Jahren deutlich gemacht, dass man enorme Anstrengungen unternahme, dieses Defizit abzubauen, und zum anderen wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass der Marineschiffbau von technologischen Entwicklungen und Erfahrungen des Handelsschiffbaus profitiere. Somit haben wir Synergieeffekte, die man berücksichtigen muss.

Wir sollten gemeinsam an die neue Leitung der Werft appellieren, dass diese Fakten nicht außer Acht gelas-

(Lars Harms)

sen werden und dass Kiel somit auch in Zukunft als Standort für den Handelsschiffbau erhalten bleibt.

Wir sollten uns - zumindest derzeit - im öffentlichen Raum mit etwaigen Spekulationen zurückhalten. Anderenfalls trüge dies nur zur Verunsicherung der Beschäftigten bei, was wir in der derzeitigen Situation unbedingt vermeiden sollten. Wir hoffen, dass Leitung und Beschäftigte der Werft zu guten Lösungen kommen werden.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Anträge sind nicht gestellt worden. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf:

Zukunft des Wohnungsbaus

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/381 (neu - 2. Fassung)

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/437

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Ich eröffne die Aussprache. Frau Abgeordnete Gröpel hat das Wort.

Renate Gröpel [SPD]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß, dass wir schon fast am Ende der Tagesordnung angekommen sind. Man könnte meinen, Wohnungsbau hätte im Moment nicht gerade Konjunktur. Trotzdem glauben wir, dass es notwendig ist, auch das Thema Wohnungsbaupolitik noch einmal mit einem Antrag im Landtag zu diskutieren. Die Wohnungsnot ist zum Glück vorbei. Dazu haben auch die massiven Anstrengungen der letzten Jahre im öffentlich geförderten Wohnungsbau beigetragen. Bis vor kurzem meldeten Fachverbände und Medien eine Entspannung am Wohnungsmarkt. Schon da stellte sich die Frage: Kann die Wohnraumversorgung der Bevölkerung nicht gestrost den Marktmechanismen überlassen werden? Hat Wohnungsbaupolitik generell ihre Daseinsberechtigung verloren? Die Antwort der SPD-Fraktion ist klar und eindeutig nein. Wohnungspolitik ist unverzichtbar.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der soziale **Wohnungsbau** ist ein zentrales Element der Wohnungsbaupolitik und hat - neben dem frei finanzierten Wohnungsbau - in den letzten Jahrzehnten dazu beigetragen, dass die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land gut mit Wohnraum versorgt ist. Die Anforderungen an eine zukunftsfähige Städte- und Wohnungsbaupolitik haben sich jedoch geändert. Es gilt heute, diesen veränderten Problemstellungen - auch im Wohnungsbaurecht - gerecht zu werden.

Die Bundesregierung hat bereits mit der deutlichen **Verbesserung des Wohngeldes** zum 1. Januar 2001 - die längst überfällig war - einen entscheidenden Schritt zur Stärkung der sozialen Wohnungspolitik eingeleitet. Im nächsten Schritt ist die **Reform des sozialen Wohnungsbaus** vorgesehen. Sie hat Auswirkungen auf Länder und Kommunen. Im Koalitionsvertrag haben SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vereinbart, sich für eine Reform des Wohnungsbaus einzusetzen. Hierzu dient der vorliegende Antrag „Zukunft des Wohnungsbaus“, der sich im zweiten Teil auch mit dem Landeswohnungsbauprogramm beschäftigt.

Wir erwarten, dass sich die Landesregierung bei der Reform des sozialen Wohnungsbaus auf Bundesebene für folgende Ziele einsetzt: Wir wollen den Bund nicht aus der Verantwortung für den sozialen Wohnungsbau entlassen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deshalb fordern wir, dass er eine dauerhaft gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern bleibt. In diesem Punkt finden wir uns durchaus im Antrag der CDU wieder.

(Beifall des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Herr Storjohann, das gilt auch für viele andere Punkte. Vor allem werden wir den Bund auch nicht aus der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus entlassen. Das heißt, wir erwarten, dass er sich auch künftig ausreichend an der Finanzierung des Wohnungsbaus beteiligt. Wir sind der Meinung, dass die Rückflussmittel aus den Bundeskrediten generell wieder für die Wohnraumförderung eingesetzt werden sollen. Wir haben in Schleswig-Holstein die gesetzliche Verpflichtung und wir wollen, dass es dabei bleibt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das jetzige Förderungssystem hat sich inzwischen als zu starr und zu unflexibel erwiesen; es hat zum Teil auch zu Fehlentwicklungen geführt. Deshalb bedarf es einer besseren und zielgenaueren Einsetzung von För-

(Renate Gröpel)

dermitteln. Die SPD begrüßt daher den Vorschlag der Bund-Länder-Arbeitsgruppe, das Modell der **vereinbarten Förderung**, das seit 1996 in Schleswig-Holstein praktiziert wird, zur Regelförderung zu machen.

Herr Storjohann, lassen Sie mich an dieser Stelle auf eine Forderung Ihres Antrags zum Landeswohnungsbauprogramm eingehen. Da schreiben Sie:

„Dazu gehört auch eine angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen, damit diese ihren Anteil an der Finanzierung leisten können.“

Ich weiß nicht, auf welchem Schleichweg Sie wieder die kommunale Beteiligung an den Finanzen einbringen wollen, denn die **Kommunen** wurden in den letzten Jahren durch das Modell der vereinbarten Förderung entlastet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, dass dies - auch in den Städten und Gemeinden - viel zu wenig zur Kenntnis genommen wird. Ein Beispiel aus dem Jahr 1997: Hätten sich die Kommunen in Schleswig-Holstein nach dem alten Recht an der Finanzierung des Programms beteiligen müssen, dann hätten sie über 21 Millionen DM mehr für die Wohnungsbauprogramme aufwenden müssen. Das heißt, dass wir die Kommunen schon erheblich entlastet haben. Mit der Reform des sozialen Wohnungsbaus werden wir die **Regelförderung** haben, sodass es den Kommunen auch in Zukunft möglich sein wird, sich zu beteiligen.

Um einen ausreichenden Bestand an preisgünstigen und belegungsgebundenen Wohnungen zu sichern, sollen Maßnahmen im Wohnungsbestand - wie die Modernisierung und der Erwerb von Belegungsrechten - gleichberechtigt neben die Neubauförderung treten. Auch das ist eine Forderung Ihres Antrags, die wir gern unterstützen. Trotzdem sind wir der Auffassung, dass die Förderung auch des Neubaus von Sozialwohnungen in besonderen Bedarfsfällen nach wie vor unverzichtbar ist. Natürlich wollen wir auch Belange des Klimaschutzes und des Energiesparens stärker als bisher berücksichtigt wissen. Die Diskussion zur Ökosteuer zeigt dies im Bereich der Energiekosten deutlich. Gerade im Wohnungsbau kann man hier ein bisher nicht genutztes Potential stärker fördern.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ein besonderer Schwerpunkt bei der Reform ist die Sicherung von sozial- und städtebaulich ausgewogenen **Siedlungsstrukturen**. Das erreichen wir nur durch

eine vorausschauende Förderungs- und Belegungspolitik sowie durch eine städtebauliche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Dazu dient auch das Bund-Länder-Programm „**Soziale Stadt**“, von dem es gilt, es auch in Zukunft zu sichern.

Wir nehmen aber auch die Sorgen der Wohnungsunternehmen ernst, die auf die Problematik der **Fehlbelegungsabgabe** hinweisen. Um Missverständnissen vorzubeugen, betone ich, dass die Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe kein Allheilmittel ist, mit dem das Problem der überforderten Nachbarschaften allein gelöst werden kann.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Der Verzicht auf die Fehlbelegungsabgabe kann aber ein Baustein zur Stabilisierung sein. Deswegen wollen wir den Bund auch hier nicht aus seiner Verantwortung entlassen. Der **Bund** hatte von seinem Recht Gebrauch gemacht, ein Bundesgesetz zu erlassen. Wir fordern hiermit die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass mit der Reform des sozialen Wohnungsbaus die Grundlagen geschaffen werden, die das Gesetz entbehrlich machen. Das heißt aber auch, dass der Bund seiner Verantwortung bei der Finanzierung des Wohnungsbaus wieder mehr gerecht werden muss. Herr Storjohann, da sind wir uns einig.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Bundesregierung hat im Haushalt für das Jahr 2001 450 Millionen DM für den Wohnungsbau eingeplant. Das ist die unterste gesetzliche Grenze. Damit können wir nicht zufrieden sein. Wir erwarten eine angemessene Ausstattung der Wohnungsbauinstrumente. Es kann nicht sein, dass die Länder - wie zum Beispiel derzeit Schleswig-Holstein - das fünffache an Komplementärmitteln aufbringen müssen, damit überhaupt noch ein Wohnungsbauprogramm realisiert werden kann. Hierzu tragen natürlich auch die Einnahmen aus der Fehlbelegungsabgabe bei. Das heißt, nur bei einer angemessenen Beteiligung des Bundes am Wohnungsbauprogramm könnte der Einnahmeausfall verkraftet werden.

Wir wollen aber auch die Wohnungsunternehmen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen und fordern bei Verzicht auf die Fehlbelegungsabgabe eine angemessene Beteiligung, zum Beispiel durch Kooperationsverträge, Mietzinssenkungen, Sozialarbeit oder ähnliche Umfeldverbesserungen. Die SPD-Fraktion erwartet also nicht nur ein reformiertes Wohnungsbaurecht für eine moderne und soziale Wohnraumförderung, sondern auch eine ausreichende finanzielle Ausstattung, damit das neue Wohnungsbaurecht von den Län-

(Renate Gröpel)

dern - zusammen mit den Kommunen - entsprechend umgesetzt werden kann.

(Lothar Hay [SPD]: Das ist modern!)

- Über das Moderne unterhalten wir uns später noch einmal. Ich glaube, mit Herrn Storjohann sind wir uns schon einig. Die Wohnungsbaupolitiker wissen schon, was gemeint ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich noch kurz auf die Schwerpunkte des **Landeswohnungsbauprogramms** eingehen. Wir können in Schleswig-Holstein zurzeit von einem entspannten Wohnungsmarkt sprechen. Trotzdem bleibt nach unserer Auffassung die **Förderung des sozialen Wohnungsbaus** unverzichtbar, um auch künftig bezahlbaren Wohnraum für Haushalte bereitzustellen, die auf dem freien Wohnungsmarkt sonst keine Chance hätten.

In den nächsten Jahren wird es ein massives Auslaufen von Belegrechtsbindungen im Mietwohnungsbau geben. Hier ist es dringend geboten, entgegenzuwirken. Das heißt, auch die Förderung in Schleswig-Holstein muss sich deswegen auf die Maßnahmen konzentrieren, die der **Sicherung von Belegrechten** dienen. Das sind - wie schon erwähnt - die Modernisierung im Bestand, der Ankauf von Belegrechten, aber auch ein bedarfsgerechter Neubau, vor allem im Rahmen größerer, mehrjähriger Stadtentwicklungsprojekte wie zum Beispiel im Hochschulstadteil in Lübeck oder hier an der Hörn in Kiel. Es bleibt nach wie vor unverzichtbar, einen Teil der Mittel in die Neubauförderung zu stecken.

Eine große Herausforderung für die **Wohnungspolitik** ist, das Auseinanderbrechen sozial gemischter und deshalb stabiler **Stadtstrukturen** zu verhindern. Das Programm „Soziale Stadt“ ist hier eines der Zukunftsprogramme überhaupt. Wir wollen, dass dieses Programm im Landeswohnungsbauprogramm fortgeführt und finanziell abgesichert wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber auch eine gute **Mischung** von **Mietwohnungsbau** und **Eigentum** dient der Stabilisierung. Deshalb ist es richtig, weiterhin zukünftig 50 % der Mittel für die Eigentumsförderung bereitzustellen und das vorrangig den Haushalten zugute kommen zu lassen, die ohne zusätzliche Förderung kein Eigentum erwerben könnten.

Ein Schwerpunkt bleibt für uns dabei die Förderung der Gruppenselbsthilfe, wie sie der Kleinsiedlerbund schon seit Jahren erfolgreich praktiziert.

Im Hinblick auf den zunehmenden Anteil von alten Menschen in der Gesellschaft sowie auf die sich wandelnden gesellschaftlichen Anschauungen wollen wir Modelle des altengerechten und behindertengerechten sowie des generationsübergreifenden und nachbarschaftlichen Wohnens fortentwickeln.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Renate Gröpel [SPD]:

Ja, ich komme zum Schluss.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Sie hatten schon zehn Minuten.

Renate Gröpel [SPD]:

Ich komme sofort zum Schluss, Herr Präsident! - Also, es gibt noch viel zu tun. Die Wohnungsbaupolitik hat immer Konjunktur - dieser Auffassung bin ich, denn Wohnung ist und bleibt ein Grundrecht des Menschen.

Noch ein letzter Satz: Es ist alternative Abstimmung vorgesehen, ich glaube, wir waren so verblieben, Herr Storjohann! Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Storjohann.

Gero Storjohann [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Reinhard Sager wurde schon ganz nervös, als er von Frau Gröpel immer so scharf angeguckt wurde.

(Heiterkeit - Lothar Hay [SPD]: Ich gehe davon aus, Frau Gröpel hat Geschmack! - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kehren Sie bitte zu Ihrer parlamentarischen Ansprache zurück!

Gero Storjohann [CDU]:

Lieber Herr Bauminister Buß, ich weiß nicht, wie Sie es empfunden haben, als Sie den heute zu diskutieren-

(Gero Storjohann)

den Antrag gesehen haben. Ich jedenfalls fragte mich: Was wollen meine roten und meine grünen Kollegen mit diesem Antrag erreichen?

(Thomas Stritzl [CDU]: Gute Frage!)

In **Berlin** und in **Kiel** haben Sie Mehrheiten, die es Ihnen erlauben, Ihre jeweiligen Koalitionsverträge im Bereich **Wohnungsbau** über die Gesetzgebung umzusetzen. Aber nun scheint Sand im Getriebe zu sein. Fraktionen und Regierung scheinen nicht mehr zusammen -, sondern gegeneinander zu arbeiten.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Es scheint ein Klima von Misstrauen zu herrschen.

(Widerspruch bei der SPD - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das kommt öfter vor!)

Deshalb empfinde ich den heute vorgelegten Antrag auch als eine einzige Misstrauenserklärung gegenüber den eigenen Regierungen in Kiel und Berlin.

(Beifall der Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Die von Ihnen gestützten rot-grünen Kabinette scheinen sich wohl von bisher sicher geglaubten Positionen verabschieden zu wollen. Deshalb ist ihr Misstrauen natürlich berechtigt, für mich aber auch Anlass genug, die Entwicklung der **Verpflichtungsermächtigungen auf Bundesebene** in den letzten Jahren einmal aufzuzeigen. 1993 nämlich betrug der Beitrag des Bundes noch fast 4 Milliarden DM. 1998, im letzten Jahr der CDU/CSU-geführten Bundesregierung, standen noch 1,35 Milliarden DM zur Verfügung. Die rot-grüne Koalition reduzierte auf 1,1 Milliarden, dann auf 600 Millionen DM und im Haushaltsentwurf 2001 auf die gesetzliche Mindesthöhe von 450 Millionen DM.

(Thomas Stritzl [CDU]: Kahlschlagpolitik!)

Dieses Vorgehen ist ein einziger wohnungspolitischer Skandal.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Rot-Grün ist nun am Tiefpunkt ihrer gebrochenen Wahlversprechen angekommen.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Ich möchte auch gern auf die **Zweckbindung der Rückflussmittel** eingehen. Der drastische Rückgang der bundeseigenen Fördermittel wirft die Frage nach einem Verstoß gegen § 20 II. Wohnungsbauengesetz auf, da inzwischen - dank hoher Verpflichtungsrahmen aus der Regierungszeit der CDU/CSU - jetzt mehr Mittel zurückfließen, als für den sozialen Wohnungsbau aufgewendet werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Hört, hört!)

Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben wird sich in den kommenden Jahren noch weiter öffnen. Rot-Grün hat es somit geschafft, die soziale Wohnungsbauförderung zu einer Gewinnquelle zu machen. Sie machen keine soziale Politik mehr. Sie haben nämlich vor der Bundestagswahl eine Verstärkung des Bundesanteils versprochen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Ah!)

Sie brechen heute massiv ihre Wahlversprechen und machen jetzt sogar noch Kasse.

(Beifall bei der CDU)

Bis zur Mitte der Legislaturperiode, also im Sommer, blieb die Bundesregierung den Beweis einer integrierten Wohnungs- und Städtebaupolitik schuldig. In diesen Wochen beginnen die rot-grünen Koalitionsfraktionen erstmals, sich der Notwendigkeit zur Reform des sozialen Wohnungsbaus zu erinnern. Angesichts der aus den Fünfzigerjahren stammenden gesetzlichen Grundlagen ist die **Reform** auch überfällig. Aber sie hätte bereits Anfang 1999 in Kraft treten können, wenn die Gesetzesvorlage des damaligen Bauministers Töpfer nicht auf eine politisch-wahltaktisch motivierte Blockadehaltung der SPD-regierten Länder gestoßen wäre.

Statt zügig nach der Bundestagswahl eine neue Gesetzesinitiative anzugehen, hat die neue Bundesregierung mittlerweile den Stellenwert des sozialen Wohnungsbaus herabgesetzt und die Voraussetzungen für eine Einbettung der Reform in eine integrierte **Wohnungs- und Städtebaupolitik** schrittweise verschlechtert.

Auf das Herunterschrauben der Mitfinanzierung auf das gesetzliche Mindestniveau bin ich bereits eingegangen. Zusätzlich sind die steuerlichen **Förderbedingungen** des Mietwohnungsbaus rückwirkend teilweise abgebaut worden. Investitionshemmende Eingriffe in die Spielräume beim Vermietungsertrag über eine Mietrechtsreform sind von der Bundesregierung in die Diskussion gebracht worden.

Der in der Förderung des sozialen Wohnraums angestrebte besondere Stellenwert des selbst genutzten Wohneigentums erscheint durch den stufenweisen Abbau der Eigenheimzulage wie durch die drastische Kürzung der Bundesmittel beim sozialen Wohnungsbau, bei dessen Förderung Eigentumsmaßnahmen immer wichtiger werden, gefährdet. Bayern fördert zu 75 % nur Eigentumsmaßnahmen,

(Thomas Stritzl [CDU]: Die haben auch eine gute Regierung!)

(Gero Storzjohann)

Baden-Württemberg zu 95 %. Wir haben es nach vielen, langen Diskussionen geschafft, dass wir in Schleswig-Holstein endlich bei 50 % sind.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört! - Renate Gröpel [SPD]: Wir hatten auch noch den Mietwohnungsbau!)

Die stärkere Gewichtung der **Bestandsförderung**, eine der unumstrittenen Zielsetzungen einer Reform der sozialen Wohnraumförderung, wird durch den Wegfall der Geltendmachung als Vorkosten wie der Verteilung von Erhaltungsaufwand auf mehrere Jahre erheblich behindert.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Der finanzielle Start des Programms „Soziale Stadt“, über das wir schon öfter gesprochen haben, ging in Wahrheit zulasten der sozialen Wohnungsbauförderung.

Fazit: Zur Mitte der Legislaturperiode in Berlin ist ganz klar: Trotz weiterhin sinkender Beschäftigungszahlen im Baugewerbe und trotz sinkender Zahl der Bauanträge setzt Rot-Grün keine Impulse für die Ankurbelung der Wohnungswirtschaft.

Die Abschaffung des Bauministeriums hat zu einem Verlust des politischen Gewichts der Wohnungs- und Städtebaupolitik geführt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Über die Ausgestaltung des **Landeswohnungsbauprogramms** wird ebenfalls noch heftig gerungen. Deswegen ja heute auch der Antrag. Die Bedarfsprognosen sind in den letzten Jahren sehr zögerlich den realen Verhältnissen angepasst worden.

Die bereitgestellten Mittel für den Geschosswohnungsbau liegen brach. Eine Umschichtung zugunsten der Eigentumbildung kann eher und kräftiger erfolgen - das ist die Auffassung der CDU.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der Wohnungsmarkt ist zurzeit sehr entspannt. Dennoch gibt es einige kleine Inseln, auf denen es sich lohnt vereinzelt, Geschosswohnungsbau zu machen, sei es im Bereich Kraftgürtel Hamburg oder auch auf einigen Inseln, die dafür noch infrage kommen, Heinz Maurus!

(Martin Kayenburg [CDU]: Aber die sind nicht so klein!)

In den letzten vier Jahren hat sich die **Zahl der geförderten Wohneinheiten** in Schleswig-Holstein halbiert. 2.400 Wohneinheiten sollen in diesem Jahr erreicht werden. Ich bin interessiert, ob der Minister das

gleich bestätigen kann. Zurzeit sieht es nach meiner Auffassung nicht danach aus.

Wie Hohn klingt die Formulierung im rot-grünen Antrag, „dem massiven Auslaufen der Belegrechtsbindungen im Mietwohnungsbau gilt es, entgegenzuwirken“. Sie haben zurzeit einen Bestand von 80.000 Sozialwohnungen. Wenn jedes Jahr 5.000 Belegbindungen herausfallen, schaffen Sie es mit Ihren jetzigen Programmzahlen nicht, den Abgängen irgendetwas entgegenzusetzen. Das ist Augenwischerei. Da müssten Sie schon wesentlich stärker programmatisch eingreifen. Aber das tun Sie nicht.

(Renate Gröpel [SPD]: Ja, was denn nun - Eigentum oder Mietwohnungsbau?)

Die CDU bekennt sich zur verstärkten Eigentumsförderung,

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD: Ah!)

- ja, aha! - wobei wir auch die neuen Richtlinien mit der individuellen Zinsanpassung sehr kritisch sehen, denn damit werden auch Fallen für zukünftige Wohnungsinhaber aufgestellt, denen sie manchmal nicht enttrinnen können.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fallen?)

Und bürokratische Hemmnisse sorgen dafür, dass das Wohnungsprogramm so, wie es jetzt besteht, nicht optimal abgerufen wird.

Wir machen uns also dafür stark, dass verstärkt das **Eigentum** gefördert wird. Auf diese Weise werden auch **Mietwohnungen** frei und damit wird die Situation für Haushalte mit Problemen beim Zugang zum Wohnungsmarkt insgesamt verbessert.

Wir unterstützen ausdrücklich die **Gruppenselbsthilfemaßnahmen des Deutschen Siedlerbundes** und anderer Träger und setzen uns für ein ausreichendes Kontingent hierfür ein. - Vielleicht kann der Herr Minister auch darauf eingehen, wie es in diesem Jahr mit dem Kontingent des Deutschen Siedlerbundes aussieht und ob er bereit ist, da noch etwas zu tun.

Die CDU bekennt sich zur Bedeutung des sozialen Wohnungsbaus, ausgerichtet an den in unserem Antrag formulierten Leitlinien.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hildebrand.

Günther Hildebrand [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es bleibt zu hoffen, dass dem **Wohnungsbau** in Schleswig-Holstein eine bessere Zukunft beschieden ist als den verschiedenen Versionen dieses Antrages, die schon nach kurzer Zeit ihre Zukunft immer hinter sich hatten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Für den Fall, dass ich mit den verschiedenen Versionen nicht immer ganz auf dem Laufenden bin, halte ich meine Rede vielleicht besser nur unter Vorbehalt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Es irritiert ein wenig, wenn die Regierungsfractionen einen Antrag zum Wohnungsbau einbringen, der wenig mit der quantitativen Entwicklung der letzten Jahre auf diesem Politikfeld zu tun hat. Die **Zahl der geförderten Wohneinheiten** ist dramatisch zurückgegangen. Im Jahre 1996 betrug sie noch 5.400 Einheiten, für 2001 hat sich die Zahl mehr als halbiert und ist bei 2.400 angekommen.

(Renate Gröpel [SPD]: Darauf sind wir auch stolz! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist so auch sinnvoll!)

- Ist ja in Ordnung! Die Situation auf dem Wohnungsmarkt hat sich entspannt; das kann man daran erkennen. Das hat auch etwas mit den Anfang bis Mitte der Neunzigerjahre investierten Anstrengungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau zu tun.

Wesentlich mehr Einfluss haben hingegen der Rückgang des Wanderungsdrucks aus den fünf neuen Bundesländern und die Verminderung der Anfang der Neunzigerjahre extrem hohen Aussiedlerzahlen bei gleichzeitig stark gestiegener Aktivität des privaten Wohnungsbaus.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist sehr richtig!)

Hauptziel der Wohnungsbauförderung kann aus diesem Grund nicht mehr die Sicherstellung der Grundversorgung der breiten Bevölkerung sein; sie muss zielgenauer werden. Mit der notwendigen **Neuorientierung der Förderpolitik** ist auch eine **Umstellung der Förderinstrumente** unumgänglich.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Sie haben in Ihren Antrag eine neue Passage eingefügt, nach der die Förderung so reformiert werden soll, dass die Erhebung der **Fehlbelegungsabgabe** zukünftig nicht mehr nötig ist. Das schaffen Sie aber nur, wenn

Sie die Objektförderung auslaufen lassen und die sogenannte Subjektförderung einführen.

(Beifall bei der F.D.P. - Renate Gröpel [SPD]: Das kann man auch anders machen!)

Das kann durch das sukzessive Auslaufen der Belegungsbindung und die Umstellung der Förderung auf ein personenbezogenes Wohngeld erreicht werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Nutzen wir doch die relative Entspannung auf dem Wohnungsmarkt, um echte Reformen voranzubringen!

Es ist bedauerlich, dass Sie dies nicht wollen. Oder wie ist die unter Punkt 2 aufgeführte Aufforderung an die Landesregierung, sich auf Maßnahmen zur **Sicherung der Belegrechtsbindung** zu konzentrieren, zu verstehen? Das hat mit Innovation wenig zu tun.

Und wie wollen Sie die Fehlbelegungsabgabe überflüssig machen, wenn Sie weiterhin massiv auf die Objektförderung setzen?

(Beifall bei der F.D.P.)

Entweder ist der rot-grüne Gemeinschaftsantrag in diesem Punkt inkonsequent oder aber er ist das Ergebnis eines Formelkompromisses, der die Unterschiede der Auffassungen in der Regierungskoalition kaschieren soll.

(Joachim Behm [F.D.P.]: Genauso ist es!)

Der Antrag enthält in vielen Passagen unverbindliche Feststellungen der Marke „das jetzige Fördersystem muss weiterentwickelt werden“ oder Forderungen wie etwa zur Finanzierung des Wohnungsbaus durch den Bund, auf deren Einhaltung selbst das machtvolle Bundesland Schleswig-Holstein keinen Einfluss hat.

Der größte Teil des Antrags beschreibt die gängige Praxis und lässt eigentlich nur den Schluss zu, dass Sie Ihr eigenes schlechtes Gewissen gegenüber Mieterinnen und Mietern sowie Betroffenen mit einem kraftvollen Antrag ohne inhaltliche Neuerungen bekämpfen wollen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Eine Debatte hierüber können wir uns sparen. Unterhalten müssen wir uns hingegen über die Forderung auf Förderung der Belange des **Klimaschutzes**, des **Energiesparens** und der **Qualität des Wohnens** in der Stadt oder über die Forderung auf Steuerung der Stadt-Umland-Wanderungen durch sozialen Wohnungsbau.

Die Landesmittel für den Wohnungsbau sind im Sinkflug. Die F.D.P.-Fraktion bezweifelt, dass es Sinn macht, die ohnehin schon knappen Ressourcen für den

(Günther Hildebrand)

Wohnungsbau mit ökologischen, städtebaulichen und sozialen Zielen zu überfrachten. Das Minimax-Prinzip sollte gerade im Wohnungsbau gelten, mit einem gegebenen Mitteleinsatz möglichst viel zu erreichen.

Wir sollten im Ausschuss intensiv erörtern, ob wir den alten Weg der Objektförderung weitergehen möchten oder ob wir nicht doch die Chance nutzen sollten, zukünftig Menschen statt Steine zu fördern.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das war punktgenau. - Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die kürzlich vorgestellte Studie „Nachhaltiges Bauen und Wohnen in Schleswig-Holstein“ macht eindrucksvoll deutlich, dass wir im **Wohnungsbau** eine grundlegende **Wende** brauchen. Auch im Wohnungsbau müssen Ressourcen und Flächen sowie der Verbrauch von Energie gespart werden. Die Studie, die in Zusammenarbeit mit dem Öko-Institut, der Architekten- und Ingenieurkammer Schleswig-Holstein sowie der Bauwirtschaft Schleswig-Holsteins erarbeitet wurde - in der „Trägerschaft“ des MUNF -, macht unter anderem deutlich, dass beispielsweise auch die endliche Ressource - ich greife nur eines dieser vielen Beispiele heraus - Sand und Kies - die werden besonders in unserem Land gefördert - inzwischen zur Neige geht. Das sind Fakten, die uns aufmerksam werden lassen sollten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Herr Hildebrand, insofern bin ich ganz froh, dass Sie heute diesen Antrag zur Diskussion gestellt haben, und auch froh darüber, dass wir in der Sache abstimmen werden, so sehr wir mit dem Kollegen Storzjohann versucht haben, eine gemeinsame Formulierung hinzubekommen. Aber nachdem Sie nicht zustimmen wollten, können wir nur noch in der Sache darüber abstimmen. Das ist so aber auch okay, denn auch in dieser Debatte zeigt sich ja, dass zwischen uns Welten liegen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Gerade im **sozialen Wohnungsbau** ist es wichtig, Herr Hildebrand, Klimaschutz und wärmesparende Maßnahmen zu fördern, weil gerade jene Leute, die auf den sozialen Wohnungsbau angewiesen sind, natürlich nicht die teuren Heizkosten bezahlen sollen, die

folgerichtig zur Diskussion stehen, wenn wir uns um diese Klimaschutzangelegenheiten nicht kümmern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da bin ich nun sehr froh und habe überhaupt keine Sorge, dass die Koalition in Berlin nicht klar zu dem Programm steht, da sie nämlich vorgestern ganz klar die erfolgreiche **Ökokomponente** für die Eigenheimzulage bis zum Jahre 2002 verlängert hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das ist auf Initiative der grünen Fraktion schon zu schwarz-gelben Zeiten eingeführt worden. Jetzt ist dem noch einmal eigene Schubkraft verliehen worden. Das kann mich nur erfreuen und ich finde, das sollte uns alle hier erfreuen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Manchmal bedauere ich, dass wir hier keinen Tagelichtschreiber oder so etwas haben,

(Holger Astrup [SPD]: Das fehlte noch!)

denn es gibt schöne Kurven, die man hier vorführen könnte, an denen man noch einmal deutlich machen könnte, wie sehr die **Wohnungsbaumittel** in den Jahren 1987 und 1988 im Keller waren; 1989 haben sie sich dann langsam wieder erholt.

(Holger Astrup [SPD]: Wir haben das genau vor Augen!)

Sie sind dann mit der **Bevölkerungsentwicklung** immer weiter auseinander gegangen. Zurzeit haben wir immer noch eine Schere, die ziemlich geöffnet ist.

Die Wohnungsbauförderung sinkt ein wenig und die Bevölkerungsentwicklung sinkt ebenfalls. Wir haben deswegen einen Anstieg beim Wohnraumbedarf, weil die Menschen immer noch einen erhöhten Flächenbedarf anmelden, denn immer mehr Singles wollen eine eigene Wohnung haben. Ich kann das gut verstehen, aber von daher - das ist nun einmal Fakt - rührt der Bedarf und der weitere Anstieg des Bedarfs.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diesem weiteren Bedarf müssen wir natürlich auch gerecht werden, denn das Problem, mit dem wir uns im Wohnungsbau immer wieder auseinander setzen, ist ja das, was man mit dem - wie ich finde - nicht so schönen Begriff „Schweinezyklus“ bezeichnet. Das kennen wir aus der Bildungspolitik auch. Das steht uns immer wieder im Wohnungsbau ins Haus und das ist für alle Beteiligten an diesem Thema völlig schädlich. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass es eine einigermaßen stetige und verstetigte **Wohnungsbauförderung**

(Irene Fröhlich)

geben muss - im **Mietwohnungsbau** - und natürlich - das haben wir in den letzten Jahren gezeigt - auch hälftig im **Eigenheimbau**. Ich finde das auch in Ordnung.

Um Ihnen noch einmal deutlich zu machen, was uns veranlasst, das hier zu diskutieren, will ich Folgendes sagen: Uns steht eine erneute Stadtflucht ins Haus. Unsere Städte sind aufgrund rücksichtsloser und eben nicht nachhaltiger Bodenpolitik dabei zu veröden; sie sind kinderfeindlich und damit lebensfeindlich

(Werner Kalinka [CDU]: Wer ist denn dafür verantwortlich? Sie doch!)

und damit nicht zukunftsfähig, Herr Kalinka! Das haben unter anderem diejenigen zu verantworten, Herr Kalinka, die die Städte unter dem Aspekt der Autofreundlichkeit entwickelt haben und hauptsächlich unter dem Aspekt einer Bodenpolitik, die immer nur nach Rendite gefragt hat und nicht nach Nachhaltigkeit in der Bewirtschaftung des Bodens. Da müssen wir dringend umsteuern.

Weiter schreibt uns zum Beispiel der **Mieterbund** Schleswig-Holstein in seinem wohnungspolitischen Forderungsprogramm ins Stammbuch, dass es unumgänglich ist, im Wohnungsbau zu einer Verstetigung zu kommen. Ich sagte es bereits.

Herr Storjohann scheint diese Forderung auch gelesen zu haben, denn das mit den 80.000 Wohnungen im Bestand und mit der jährlichen Abschmelzung steht ebenfalls darin. Darauf macht uns der Mieterbund aufmerksam. Das finde ich auch sehr dankenswert. Natürlich ist das den speziellen Interessen des Mieterbundes und seiner Klientel geschuldet, ist aber auch eine nachvollziehbare Forderung, die wir Grünen immer geteilt haben.

Aber in der jetzigen Situation müssen wir unser besonderes Augenmerk darauf richten,

(Glocke des Präsidenten)

dass **Wärmeschutz** und **Energiesparen** Hauptanliegen sind, wenn wir die Wohnungspolitik in den kommenden Jahren zukunftsfähig weiterentwickeln wollen. - Ich komme zum Schluss, Herr Präsident!

Wir wollen deswegen den Schwerpunkt auf Altbausanierung und zukunftsgerechte und lebensfreundliche Entwicklung unserer Städte legen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD sowie Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Hinrichsen.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass Sie nun alle sehr gespannt sind, was ich zu sagen habe,

(Zurufe: Ja, ja!)

da ich - so nehme ich an - die vorletzte Rednerin des heutigen Tages sein werde.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Auch für den SSW stellt der **soziale Wohnungsbau** einen wichtigen Aspekt in der Wohnungspolitik dar. Wir begrüßen es, dass mit dem vorliegenden Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf eingegangen wird, dass im sozialen Wohnungsbau auf geänderte Problemstellungen reagiert werden muss.

Die Bedürfnisse des sozialen Wohnungsmarktes müssen gedeckt werden und Städteplanung muss dahin gehend entwickelt werden, dass gute Lebensgrundlagen für die Menschen geschaffen werden. Jedoch geht die schwierige Haushaltslage des Landes auch hier nicht spurlos an der Wohnungsbauförderung vorbei und es soll künftig weniger, dafür aber gezielter gefördert werden. Dies war unter anderem einer Pressemitteilung von Herrn Innenminister Buß vom Juni dieses Jahres zur künftigen Wohnungsbaupolitik zu entnehmen. Hier stellt sich mir eigentlich im ersten Moment die Frage: Wenn künftig gezielter gefördert werden soll - wurde dann die bisherige Wohnungsbauförderung ungezielt vergeben?

Der SSW ist der Auffassung, dass der Antrag mit seiner Bitte an die Landesregierung - hier hat die Kollegin Gröpel in ihrer Rede gesagt, nunmehr auch als Forderung an die Landesregierung -, sich bei der **Reform des sozialen Wohnungsbaus** für die Ziele einzusetzen und Schwerpunkte für das Wohnungsbauprogramm zu berücksichtigen, einfach der einzig richtige Weg ist.

Wir begrüßen vor allem - besonders mit Blick auf die momentane Haushaltslage -, dass die soziale Wohnraumförderung dauerhaft gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern bleiben soll und dass sich der Bund weiterhin an der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus zu beteiligen hat.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Weiter halten wir es für sinnvoll, dass die **Bestands-**

(Silke Hinrichsen)

förderung aufgewertet wird und gleichberechtigt neben die **Neubauförderung** tritt.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei der SPD)

Dies halte ich für unabdingbar. Einer Pressemitteilung des Schleswig-Holsteinischen **Mieterbundes** ist zu entnehmen, dass es in den Jahren 2000 bis 2008 - die Kollegen sind darauf zum Teil auch schon eingegangen - zu einer Halbierung des derzeitigen Bestandes von 80.000 auf 40.000 Wohneinheiten mit Belegrecht kommen wird. Die Erhaltung des Belegrechts für mindestens 80.000 Wohneinheiten halte ich für unbedingt erforderlich. Dass wir im Augenblick in vielen Bereichen eine entspannte Lage haben, ist sehr schön, aber wir wissen, dass es auch immer wieder zu Engpässen kommt. Leider können wir die nicht so gut vorhersehen. Deshalb ist es nötig, dass weiterhin mindestens 80.000 Wohneinheiten ein Belegungsrecht haben. Hier finde ich es jedoch wichtig, dass jeweils vor Ort entschieden werden muss, welche Variante auch günstiger ist.

Angesichts der gestrigen Debatte zur Ökosteuer wurde auch einmal wieder deutlich, dass **Energieeinsparmaßnahmen** dringend notwendig sind. Deshalb müssen solche Vorgaben nicht nur bei Neubauten, sondern auch bei den Sanierungsmaßnahmen berücksichtigt werden.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD])

Weiter war der Pressemitteilung des Mieterbundes zu entnehmen, dass dort die Auffassung vertreten wird, dass ein Bestand von 120.000 Einheiten im sozialen Wohnungsbau angemessen wäre. Ich muss eingestehen, dass mich diese hohe Zahl erschreckt hat. Es geht jedoch aus dem gemeinsamen Antrag hervor, dass die Förderung des Neubaus von Sozialwohnungen für besondere Bedarfsfälle auch weiterhin unverzichtbar ist. Mit diesem Punkt des Antrages muss nach meiner Auffassung der möglicherweise anstehenden Knappheit auf dem Wohnungsmarkt entgegengewirkt werden.

Die Überarbeitung der **Reform zur Fehlbelegungsabgabe** ist ebenfalls ein wichtiger Punkt, damit in Wohngebieten nicht einseitige Strukturen entstehen, sondern damit es zu Mischstrukturen kommt. Damit meine ich, dass in den Städten Wohnstrukturen geschaffen werden müssen, die die Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung widerspiegeln.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb halte ich auch die vorgesehene Dezentralisierung der Entscheidungsmöglichkeiten über den Einsatz von Fördermitteln in Abstimmung mit Bund und Ländern für sinnvoll.

(Beifall der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD])

Vor Ort kann auch besser über den Wohnungsbedarf entschieden werden. Die kommunale Aufwertung durch größere finanzielle Entscheidungsmöglichkeiten trägt maßgeblich dazu bei, dass das Wirken von Politik und Verwaltung näher bei den Betroffenen stattfindet.

Zum Antrag der CDU möchte ich eigentlich noch Folgendes sagen. So wichtig diese Aufgabe ist: Wir haben den Antrag erst heute um 15:15 Uhr erhalten. Ich bedauere sehr, dass heute eine alternative Abstimmung stattfinden soll. Es befinden sich auch in dem schriftlichen Antrag einige gute Punkte.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Es fehlt aber - um Ihnen auch das zu sagen - eindeutig das Projekt „Soziale Stadt“ und es wäre möglich gewesen, einige andere Sachen zusammen zu erarbeiten,

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Renate Gröpel [SPD])

um so zu einem gemeinsamen Antrag zu kommen. Leider wird dies heute nicht der Fall sein. Wir werden uns aus diesem Grund dem Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anschließen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Minister Buß.

Klaus Buß, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin dankbar dafür, dass ich durch den Antrag der SPD und der Grünen die Möglichkeit habe, Ihnen als neuer Wohnungsbauminister einige Gedanken unterbreiten zu können. - Herr Storzjohann, den Antrag kann ich nun wirklich nicht als Dokument des Misstrauens zwischen Fraktion und Regierung ausmachen, obwohl ich nach Ihrem Hinweis noch einmal nachgeforscht habe.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann dürften wir gar keine Anträge mehr verabschieden!)

(Minister Klaus Buß)

Mit der **Reform des Zweiten Wohnungsbaugesetzes** - dazu möchte ich Ihnen ein paar Punkte sagen - kommen eine ganze Reihe von Änderungen auf uns zu. Im Mittelpunkt der Förderung stehen künftig jene Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und deshalb auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Es geht also nicht mehr darum, breite Schichten der Bevölkerung - wie es bisher hieß - zu bedienen. Die bisherigen Einkommensgrenzen werden auf den Prüfstand gestellt und mit den Einkommensgrenzen des Wohngeldrechts harmonisiert. Ich meine, das ist überfällig. Die Länder sollen die Möglichkeit erhalten, von bundeseinheitlichen Grenzen abzuweichen.

(Beifall der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD])

Der Begriff „sozialer Wohnungsbau“ wird ersetzt durch „soziale Wohnraumförderung“. Damit können auch die Begründungen von Belegungsbindungen an vorhandenem Wohnraum und der Erwerb vorhandenen Wohnraums zur Selbstnutzung gefördert werden. Auch das ist ein äußerst wichtiger Punkt.

Für Neubauten wird es das Kostenmietrecht nicht mehr geben. Die Förderung - Frau Gröpel hat darauf hingewiesen - erfolgt auf der Grundlage von Vereinbarungen, eine Praxis, die wir in Schleswig-Holstein seit 1996 haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Länder werden verpflichtet, Maßnahmen zu entwickeln, Fehlförderungen abzuschöpfen, und die Bindungen der sozialen Mietwohnungen einschließlich der Mietpreisvorteile sollen erhalten bleiben. Zugleich ist vorgesehen, im Bestand das Kostenmietrecht abzulösen.

Ich halte es für richtig, in diesem Zusammenhang auch die Grundsatzfragen nach der Notwendigkeit der **Fehlbelegungsabgabe** zu stellen, wie das im Antrag der Koalitionsfraktionen angesprochen ist.

(Unruhe)

Die Forderung, auf die Fehlbelegungsabgabe zu verzichten - das haben wir in der letzten Zeit in der Presse des Öfteren gehört -, wirft allerdings recht komplizierte Fragen auf. Die Konsequenzen hinsichtlich der Bestandsmieten von Sozialwohnungen müssten beachtet werden. Der Verzicht auf die Fehlbelegungsabgabe erfordert eine Annäherung der Sozialmieten an die Vergleichsmieten. Die Erwartungen hinsichtlich einer besseren sozialen Durchmischung problematischer Wohnungsbestände sind möglicherweise überzogen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Es ist etwas zu laut, meine Damen und Herren!

Klaus Buß, Innenminister:

Enttäuschungen sind vorprogrammiert. Andere Instrumente, wie zum Beispiel die mittelbare Belegung, wirken auf die soziale Mischung direkter ein.

Auf Bundesebene könnte allerdings im Rahmen der Reform des Wohnungsbaurechts gegebenenfalls ein Maßnahmenbündel geschnürt werden. Bei Verzicht auf die Fehlbelegungsabgabe könnten die Wohnungsunternehmen im Rahmen von Kooperationsverträgen entsprechende Gegenleistungen anbieten - ein Punkt, auf den ich die Wohnungswirtschaft in Schleswig-Holstein schon des Öfteren hingewiesen habe. Das könnte zum Beispiel die Zur-Verfügung-Stellung von Belegrechten in ungebundenen Wohnungsbeständen sein.

Blicken wir auf die Situation in unserem Land! Durch die hohe **Bautätigkeit** - das ist mehrfach erwähnt worden - und die hohen **Förderzahlen** der vergangenen Jahre hat sich die Lage auf dem Mietwohnungsmarkt deutlich entspannt. Darüber sollten wir alle gemeinsam sehr froh sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir dürfen uns aber sicherlich nicht entspannt zurücklegen und die Entwicklung allein dem Markt überlassen - wenn es auch nicht der „Schweinezyklus“ ist, Herr Hildebrand! Da habe ich ein bisschen Erfahrung; das ist etwas anderes.

Es gibt weiter eine Reihe sozialer, ökologischer, aber auch wirtschaftspolitischer Gründe, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus fortzusetzen. Die jüngste Bevölkerungsprognose spricht von einem künftigen **Neubaubedarf** von jährlich rund 8.500 Wohnungen bis zum Jahr 2005. Das sind die Zahlen, die Frau Franzen aus Ihrem Haus geliefert hat. Die Erfahrung zeigt, dass davon rund ein Viertel sozial gefördert werden sollte, damit eine **nachfrageorientierte Wohnungsversorgung** gewährleistet werden kann. Denn Wohnungen zu bezahlbaren Preisen sind ein Standortfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Stadt-Umland-Wanderung, die in der Debatte auch angesprochen worden ist, wird auch nach meiner Überzeugung weiter zunehmen. Es kann zu unerwünschten sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen kommen. Deshalb brauchen vor allem die

(Minister Klaus Buß)

Städte und zentralen Orte unsere Unterstützung bei der Planung neuer Wohngebiete und der Modernisierung ihrer Wohnungsbestände.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Besonders junge Familien, die den Wunsch nach einem Einfamilienhaus haben, müssen besser gefördert werden. Ein weiterer Schwerpunkt muss die **Förderung von Eigentum** im Wohnungsbestand sein, um gefährdete Nachbarschaften zu stabilisieren. Außerdem müssen Modernisierungsmaßnahmen besonders unterstützt werden. In dem Zusammenhang nenne ich auch den angesprochenen **Siedlungsbau**. Herr Behm, Frau Gröpel, wir waren ja beim Siedlerbund; da habe ich sehr deutlich meine Auffassung zu diesem Bereich gesagt.

Bis 2008 werden weitere soziale Mietwohnungen aus der Bindung herausfallen. Die Lücke kann durch Neubauaktivitäten allein nicht aufgefangen werden. Deshalb bin ich dafür, dass wir Möglichkeiten eines Ankaufs von Belegungsrechten im Bestand prüfen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Besondere Chancen bietet der hohe Altbaubestand aus den Sechziger- und den Siebzigerjahren. Dort laufen einerseits die Bindungen aus, andererseits besteht Modernisierungsbedarf. Auch darüber ist gesprochen worden.

Eine vom Staat geförderte **Modernisierung** bewirkt dann nicht nur weitere Bindungen, sondern auch günstigere Mieten. Das ist für Standorte mit relativ hohem Mietniveau besonders wichtig. Die Modernisierung gibt uns gleichzeitig die Chance, ökologische Qualitätsziele - Frau Fröhlich hat das besonders angesprochen - einzuführen und die Wohnungsgrundrisse der Altbauten an neue Wohnbedürfnisse anzupassen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Von besonderer Bedeutung ist aus meiner Sicht schließlich die **Verzahnung** der **Wohnungsbauförderung** mit der allgemeinen **Städtebauförderung** und dem Programm „Soziale Stadt“ - die Verzahnung! Investitionen in die Wohngebäude und in das Wohnumfeld sind aus meiner Sicht besonders wichtig, damit bestimmte Gebiete nicht sozial umkippen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Die **Landesregierung** wird Ende November ihr **Wohnungsbauprogramm** verabschieden. Die Vorbereitungen dazu laufen auf Hochtouren. Wir sind in intensiven und wichtigen Gesprächen mit der Woh-

nungswirtschaft. Schon jetzt lässt sich sagen, dass das Programm trotz knapper Kassen sowohl den Anforderungen an eine soziale Wohnraumversorgung als auch dem siedlungsstrukturellen Steuerungsbedarf und der energietechnischen Erneuerung in unserem Lande gerecht werden wird.

Ich bitte um Ihr Verständnis, dass ich weitere Einzelheiten zu dem Programm jetzt nicht nennen kann; darüber muss erst das Kabinett beschließen. Aber ich möchte Ihnen hier gern noch einmal versichern: Gerade vor dem Hintergrund der drei von mir genannten Punkte sind wir auf einem sehr guten Weg. Lassen Sie uns daran gemeinsam arbeiten!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW sowie der Abgeordneten Uwe Eichberg [CDU] und Joachim Behm [F.D.P.])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Es ist Abstimmung in der Sache beantragt. Es ist um alternative Abstimmung gebeten worden. Gibt es Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren.

Ich stelle zunächst den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/38 (neu - 2. Fassung), zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Dann stelle ich den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/437, zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit ist der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen worden. - F.D.P.?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die F.D.P. hat sich enthalten! - Unruhe)

- Die F.D.P. hat sich enthalten? - Herr Kubicki zur Geschäftsordnung!

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Weil Sie überhaupt nicht gefragt haben, ob man mit Nein stimmt, möchte ich für die F.D.P.-Fraktion erklären, dass wir bei beiden Anträgen mit Nein stimmen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Wunderbar. Damit steht das Votum trotzdem fest.

(Unruhe)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

Sozialversicherungspflicht der Studierenden

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/383

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Nach Übereinstimmung der Fraktionen soll eine Aussprache nicht erfolgen, sondern gleich in der Sache abgestimmt werden. Wer dem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

Fehlfahrten bei Rettungsdiensteinsätzen

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/384

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Eine Aussprache soll auch hier vereinbarungsgemäß nicht erfolgen.

Es wird beantragt, den Antrag dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 a auf

Verbraucherberatung Schleswig-Holstein e.V.

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/415

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Antrag in der Sache abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzei-

chen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Man muss nur lange genug warten, dann ist Einstimmigkeit da.

(Heiterkeit)

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf:

Wahl der Mitglieder für den Stiftungsrat der Kulturstiftung des Landes Schleswig-Holstein

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
Drucksache 15/355

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/414

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse über die Wahlvorschläge abstimmen und schlage Ihnen dazu offene Abstimmung vor. Wer den Wahlvorschlägen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Wahlvorschläge sind einstimmig so angenommen.

Als Letztes rufe ich Tagesordnungspunkt 26 auf:

Finanzielle Absicherung des Programms „Ziel - Zukunft im eigenen Land“ (2000 - 2006)

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/380

Eine Aussprache ist ebenfalls nicht vorgesehen.

Mir wurde mitgeteilt, dass der für diese Tagung geforderte Bericht in der Oktober-Tagung gegeben werden soll. Ich lasse über den Antrag in der Sache abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Bevor ich die Sitzung schließe, gebe ich noch bekannt, dass die 6. Tagung des Landtages am 18. Oktober um 10:00 Uhr in diesem Haus beginnen wird.

Damit ist die Sitzung geschlossen.

Schluss: 17:41 Uhr